

Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V.



Jahresbericht 2013 | 2014

Vorwort	2
Leitbild des ISTE	4
Grußwort Dr. Nils Schmid MdL, stellv. Ministerpräsident und Minister für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg	5
WIRTSCHAFTSPOLITIK	6
TARIFPOLITIK UND ARBEITSRECHT	22
ROHSTOFFSICHERUNG UND RAUMORDNUNG	28
TECHNIK UND NORMUNG	38
UMWELT- UND NATURSCHUTZPOLITIK	56
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT	78
Veranstaltungen im Überblick	88
Rohstoffgewinnung in Baden-Württemberg	96
Organisationsstruktur des ISTE	98
In Personalunion betreute Organisationen	100
Gremien des ISTE	102
Statistik	106
Impressum	108
EXKURSE	
Brauchen wir ein Landesvergabegesetz?	19
Renaissance der heimischen Naturwerksteine	20
Abbaustätten auf der regionalen Streichliste	36
R-Beton – Königsweg bei der Verwertung von Bauschutt?	51
Wie nachhaltig ist grüne Kommunalpolitik?	66
Artenschutz und Bauvorhaben	75
Geokoffer – Bausteine des Landes	92

VORWORT

Präsident Peter Röhm (rechts)
und Hauptgeschäftsführer
Thomas Beißwenger



LIEBE LESERINNEN UND LESER,

keiner zweifelt daran: Mineralöl ist ein wertvoller Rohstoff und hat seinen Preis! Zwar sorgten die Kostensteigerungen bei Kraftstoffen und Heizöl in den vergangenen Jahren für Murren, doch jedem ist klar „ohne geht es nicht“. Und so wird der Anstieg des Preisniveaus in diesem Bereich akzeptiert.

MINERALISCHE ROHSTOFFE – BODENSCHÄTZE STATT RAMSCHARTIKEL!

Anders sieht es bei Produkten der Baustoff-, Steine- und Erdenindustrie aus. Bodenschatz oder Ramschartikel, das ist hier die Frage, und das, obwohl unbestritten feststeht, dass es ohne Schotter, Kies, Zement, Beton sowie andere Bau- und Zuschlagsstoffe ebenfalls nicht geht.

Landauf und landab beklagen die Unternehmen, dass ihnen die Kosten davonlaufen und die Erlöse auffressen. Doch anstatt die Kosten wie ein ordentlicher Kaufmann auf den Preis des Produkts umzulenken, werden sie vielfach über die Verfüllungsgebühren betriebsintern subventioniert. Ein Zukunftsmodell ist das nicht. Stattdessen muss sich die Branche um Transparenz

bemühen und so eine höhere Wertschätzung für ihre Produkte am Markt erzielen. Nur auf diese Weise kann es zu einer Verbesserung der Erlössituation kommen, die die gleiche Akzeptanz erfährt wie jene in der Mineralölindustrie.

Betreiber von Steinbrüchen, Kies- und Sandgruben, aber auch Hersteller von Baustoffen, müssen an ihren Standorten aktiv für sich werben. Das enorme Innovationspotential, der Beitrag zur Ressourcenschonung durch dezentrale Rohstoffversorgung und Substitution durch Recycling, die umfangreichen Investitionen in die Rekultivierung und Renaturierung von Abbaustätten bis hin zur Schaffung neuer „Hotspots“ der Biodiversität oder die Entwicklung äußerst energieeffizienter Verfahren in den Produktionsstätten müssen stärker in die Öffentlichkeit getragen werden. Dann steigt auch die Wertschätzung für mineralische Rohstoffe und die Einsicht, dass Steine, Erden und die Produkte, die aus ihnen entstehen, Güter sind, die ihren hohen Wert haben.

DAMIT DER ALLTAG FUNKTIONIERT

Nicht nur der Gebäude- und Infrastrukturbau, sondern auch zahlreiche industrielle Anwendungen in der Glas-, Stahl-, Papier- oder Lebensmittelindustrie und

die Agrarwirtschaft sind ohne mineralische Rohstoffe nicht denkbar. Tag für Tag tragen die Unternehmen dazu bei, dass der Alltag von mehr als 81 Mio. Bundesbürgern funktioniert. Auf diese Leistung kann die Branche stolz sein, und das sollte sich auch mit Blick auf ihre eigenen Produkte bemerkbar machen.

Denn nur wer sich selbst wertschätzt, kann erwarten, dass andere ihn wertschätzen. Weder die Politik, noch der Markt, an dem ein massiver Wettbewerbsdruck herrscht, sind verantwortlich dafür, ob mineralische Rohstoffe als Bodenschatz angesehen oder zum Ramschartikel degradiert werden. Es sind die Unternehmen selbst, die für ihre Produkte und das hinter ihnen stehende Know-how selbstbewusst werben müssen.

AKTUELLE TRENDS

Wir haben diesen Jahresbericht um Themen ergänzt, von denen wir glauben, dass sie neue Trends in der Branche darstellen oder die es wert sind, kritisch kommentiert zu werden. Zwei dieser Trends sind die besorgniserregende Zunahme der Konzentration der Rohstoffgewinnung auf (zu) wenige Standorte, mit der eine gleichzeitige Abnahme der Akzeptanz von



Rohstoffgewinnung einhergeht und der Einsatz von R-Beton zur Ressourcenschonung. Ferner meinen wir einen Trend zu erkennen, dass die heimischen Naturwerksteine wiederentdeckt werden. Drei, zugegeben kleine, Neuaufschlüsse geben Anlass zur Hoffnung. Zuletzt wollen wir den zum Teil völlig überzogenen zumindest aber zu starren und womöglich gesellschaftlich nicht mehr zu akzeptierenden Artenschutz als Hemmschuh jeder Projektentwicklung und Kostentreiber bei Planungsvorhaben beleuchten.

DER ISTE BLEIBT IM DIALOG

Zum zweiten Mal kommt ein Mitglied der Landesregierung zu Wort. Wir danken dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Nils Schmid für sein Grußwort in diesem Jahresbericht. Er lobt die „Hidden Champions“, d.h. Firmen wie die Rohstoffbranche, die nicht im täglichen Bewusstsein der Öffentlichkeit stehen, aber unverzichtbare Aufgaben für unsere Gesellschaft erfüllen.

GEWALTIGE BAUAUFGABEN LIEGEN VOR UNS

Windräder, dezentrale Energieanlagen, Pumpspeicherkraftwerke – sie alle müssen gebaut werden, um die Energiewende zu realisieren. Infrastrukturprojekte im Straßen-, Schienen- und Wasserbau müssen umgesetzt werden, damit die notwendige Mobilität für unseren Wirtschaftsstandort erhalten bleibt. Der Wohnungsbau für sozial Schwächere, für die Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft und für energetische Optimierung muss dringend unterstützt werden. Die marode Abwasserkanalisation ist eine tickende Zeitbombe, die dringend entschärft werden muss. Und nicht zuletzt muss unsere bestehende Infrastruktur, insbesondere im Bereich der Straßen und Brücken, erhalten und saniert werden. Hierfür sind öffentliche Investitionen in Milliardenhöhe unerlässlich, ebenso wie mineralische Rohstoffe, die verbrauchsnahe und dezentral aus heimischen Lagerstätten gewonnen und Recycling-Baustoffe, die aus gebrauchten mineralischen Baustoffen aufbereitet und wiederverwertet werden.

Peter Röhm
Präsident des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.

Stabwechsel nach neun Jahren
Präsidentschaft:
Hans-Martin Peter (links) und
sein Nachfolger Peter Röhm

STABWECHSEL AN DER ISTE-SPITZE

Am 8. Mai 2014 ging die neunjährige, erfolgreiche Präsidentschaft von Hans-Martin Peter zu Ende. Herr Peter wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt. Die Mitglieder des ISTE, der Beirat, das Präsidium und der neu gewählte Vorstand sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danken Hans-Martin Peter für seine ehrenamtliche Tätigkeit.

Er hat den ISTE in wirtschaftlich schwierigen Jahren übernommen und durch finanziell schwierige Jahre gesteuert. Er war ein sehr ausgleichender, allseits geschätzter Präsident, der den ISTE mit ruhiger Hand zielstrebig geführt hat. Herzlichen Dank Hans-Martin Peter!

Doch auch für die neue Führung des ISTE sind genügend Aufgaben „übrig geblieben“, und ständig entstehen neue Herausforderungen. Wir sind gespannt auf die gemeinsamen Lösungen mit der Politik, der Verwaltung, der Wissenschaft und den Bürgern!

Thomas Beißwenger
Hauptgeschäftsführer des
Industrieverbandes Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V.



Die 16-köpfige Belegschaft des ISTE (es fehlen Dr. Michael Aufrecht und Sabrina Miller) setzt sich mit großem Engagement für die Interessen der Mitglieder ein.

LIEBE PARTNER DES ISTE,

der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, regionale Wirtschaftspolitik zur Deckung des Rohstoffbedarfs, ausgewogene Tarif- und Sozialpolitik für 500 Unternehmen mit 800 Werken und 15.000 Beschäftigten sowie die Bereitstellung von Baustofftechnologie zur Sicherung unseres Lebensstandards – diesen wesentlichen Zielen verpflichten sich die Mitglieder des ISTE.

ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pflegen in engem Schulterschluss mit ehrenamtlich tätigen Unternehmerinnen und Unternehmern einen intensiven und offenen Dialog mit Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Mitgliedern des Verbandes.

Die Verbindung von Ökologie, Ökonomie und Sozialem hat eine jahrzehntelange Tradition und spiegelt sich unter anderem in der gemeinsamen Erklärung „Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ von NABU, IG BAU und ISTE aus den Jahren 2000 und 2012 wieder.

Der Verband ist in branchenspezifische Fachgruppen gegliedert, die transparent, demokratisch und vorausschauend zwischen Haupt- und Ehrenamt wirken. Systematisch und regelmäßig werden von den Gremien Aufgaben erörtert, Forschungsprojekte konzipiert und durchgeführt, Resultate überprüft und den Mitgliedern zur Beschlussfassung vorgelegt und abschließend dokumentiert.

Oftmals sind neue gesetzliche Bestimmungen Anlass, dass der ISTE aktiv wird: Wir stellen Auswirkungen auf die Öffentlichkeit und die Branche dar, zeigen Chancen und Risiken auf und vertreten somit unternehmensübergreifend eine Meinung, die aus hoher fachlicher Kompetenz resultiert. Dieses Vertrauen in den ISTE gilt es täglich neu zu erarbeiten. Es ist unser „Rohstoff“ als Dienstleister.

Ressourcen und Technologien optimal und zielgerichtet nutzen, Verantwortung für Menschen übernehmen, Risiken und Beeinträchtigungen minimieren, regional verantwortungsbewusst agieren – zu diesen Leitlinien stehen stellvertretend für die ISTE-Mitglieder tagtäglich alle ISTE-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ostfildern, den 15. Mai 2014



In konstruktivem Dialog mit dem ISTE: Dr. Nils Schmid MdL, stellv. Ministerpräsident und Minister für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

gerade für den Hoch-Technologie Standort Baden-Württemberg ist eine sichere Versorgung mit Rohstoffen unerlässlich. Während das Land bei Kies, Sand und Steinen Selbstversorger ist, sind unsere Unternehmen bei Eisen, Kupfer, Erdöl und Seltenen Erden vom globalen Rohstoffbezug und -import abhängig. Daher ist eine nachhaltige Rohstoffversorgung als Beitrag zur Standortsicherung wichtig für Beschäftigung, Lebensqualität und Wohlstand in Baden-Württemberg.

Die Baustoffbranche ist in Bezug auf den effizienten Umgang mit Rohstoffen in mancher Hinsicht ein Vorbild für andere Industrien: Bereits heute weisen bestimmte Baustoffe eine Recyclingquote von über 80 Prozent aus. Gerade angesichts der stabilen Nachfrage nach Steine-Erden-Rohstoffen in Deutschland und der prognostizierten wachsenden Nachfrage von Rohstoffen weltweit nehmen Ressourceneffizienz und das Recycling von Rohstoffen eine besondere Bedeutung ein.

Dies gilt für Branchengrößen ebenso wie für kleine und mittelständische Unternehmen. Gerade in Baden-Württemberg, dessen wirtschaftliche Struktur stark von den vielen mittelständischen, in ihrem Bereich als Weltmarktführer

agierenden „Hidden Champions“ geprägt ist, nimmt der Erhalt und Ausbau der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft unserer Unternehmen einen besonderen Stellenwert ein.

Daher unterstützt das Land kleine und mittelständische Unternehmen im Rahmen der Wirtschaftsförderung, beispielsweise durch die Vergabe von Innovationsgutscheinen, die auch für Fragestellungen zu Recycling und Ressourceneffizienz eingesetzt werden können.

Um gemeinsam den Risiken der Rohstoffversorgung zu begegnen und die Chancen, die sich aus einem umsichtigen Haushalten mit Ressourcen ergeben, zu ergreifen, hat die Landesregierung Ressourceneffizienz zu einem ihrer Leitmotive gemacht. Die gemeinsame Erklärung des „Rohstoffdialog Baden-Württemberg“, die im Mai 2013 vom Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg abgegeben wurde, ist zugleich ein Bekenntnis zur nachhaltigen Rohstoffsicherung im Land.

Nachhaltigkeit ist auch ein wichtiges Thema der Wohnraumförderung. Die Landesregierung bekennt sich zu einer sozial orientierten Wohnraumförderung. Auf der Grundlage der Landeswohnraumförderungsprogramme

sollen gerade einkommensschwächere Haushalte, die sich selbst am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können, von staatlicher Seite Unterstützung erhalten. Daneben gehen von den Förderansätzen wichtige wirtschaftliche Impulse für den Wohnungsbau aus.

Ökonomische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit liegen häufig nah beieinander.

Gemeinsam mit Bürgern, Verbänden und Interessenvertretungen die Zukunft unseres Landes, seiner Gesellschaft und Menschen zu gestalten, ist nicht nur gesellschaftliche und wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern gleichzeitig Anspruch der Landesregierung und mir ganz persönlich eine Herzensangelegenheit.

In diesem Sinne freue ich mich auf den weiteren Austausch mit Ihnen

Dr. Nils Schmid MdL
Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg

»Ein Land, das seine Infrastruktur vernachlässigt, wird seine Wirtschaftskraft und letztendlich auch seine Lebensqualität verlieren. Der Standort Baden-Württemberg verdient mehr politisches Engagement für dringend nötige Bauaufgaben.«



Peter Röhm, G+P Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen, Präsident des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Das Funktionieren unserer Wirtschaft hängt nicht nur vom unternehmerischen Können ab. Auch die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Industrie müssen stimmen. Der ISTE wirkt aktiv mit, die Wirtschaft unseres Landes leistungsfähig zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern.

In Baden-Württemberg gibt es über 500 Unternehmen, die mineralische Rohstoffe gewinnen, weiterverarbeiten oder gebrauchte mineralische Rohstoffe aufbereiten und verwerten. Insgesamt geschieht dies in rund 800 Werken mit 15.000 Beschäftigten. Die Branche erwirtschaftet einen Gesamtumsatz von rund fünf Milliarden Euro pro Jahr im Land.

Pro Einwohner und Jahr müssen etwa zehn Tonnen Gestein aus der Natur entnommen werden, damit beispielsweise Häuser, Bürogebäude, Straßen, Bahnlinien und Radwege gebaut werden können. Insgesamt werden so jährlich je nach Konjunktur landesweit zwischen 80 und 100 Mio. Tonnen mineralische Rohstoffe gewonnen. Gebrauchte Bau-

stoffe werden durch Baustoffrecycling und Verwertung im Kreislauf gehalten. So werden heute bis zu 90 Prozent des Bauschuttes und Straßenaufbruchs verwertet.

Der ISTE steht für heimische Rohstoffe und heimische Märkte, für dezentrale Strukturen und kurze Transportwege und für einen nachhaltigen und sparsamen Umgang mit Ressourcen.

Der ISTE vertritt die Interessen seiner Mitglieder bei Gesetzgebungen und Verordnungen des Landes und des Bundes. Er ist zu allen wirtschaftlichen und politischen Themen im Gespräch mit dem Parlament, der Regierung und der Verwaltung des Landes Baden-Württemberg. Diese Gespräche finden auch mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landes statt.



EIN LAND, IN DEM BRÜCKEN UND STRASSEN VERROTEN, WIRD SELBST VERROTEN

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Verkehrsinfrastruktur ist sträflich unterfinanziert. Was heute beim Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur versäumt wird, kann später nicht nachgeholt werden. Nur eine zweckgebundene PKW-Maut wird die Probleme lösen können.

Der ISTE setzt sich mit der „Aktion Pro Mobil“ gemeinsam mit dem Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) und mit den Industrie- und Handelskammern dafür ein, dass Mobilität heute und in Zukunft ideologiefrei, intelligent und bezahlbar bleibt.

Weitere Informationen unter www.lvi.de/Aktion_Pro_Mobil/Pro_Mobil.htm

WOHNUNGSBAUPOLITIK – DAS DACH ÜBER DEM KOPF DARF NICHT ZUM LUXUSGUT WERDEN

Der Wohnungsbau wurde in Baden-Württemberg jahrelang leichtfertig vernachlässigt. Vor allem in den Ballungszentren steigen die Mieten. Junge Familien, Senioren und gering verdienende Menschen sind vom Wohnungsmangel in den Ballungsräumen besonders betroffen.

Der ISTE setzt sich gemeinsam mit den Partnern der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ im Land und auf Bundesebene für eine bessere Wohnraumpolitik ein.

Weitere Informationen: www.impulse-fuer-den-wohnungsbau.de

ENERGIEPOLITIK – STROM MUSS BEZAHLBAR BLEIBEN

Baden-Württemberg hat eine einmalige Wirtschaftslandschaft. Die Unternehmen müssen weiter sicher und bezahlbar mit Strom versorgt werden. Steigende Energiekosten gefährden die industrielle Wertschöpfung in Baden-Württemberg.

Die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm kommt schneller voran als geplant. Endlich!

Unsere Interessen werden durch den Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. (BBS) auf Bundesebene und im Land durch den Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) vertreten. In beiden Verbänden ist der ISTE eingebunden und beide Verbände unterhalten Arbeitsausschüsse zum Thema Energie und Energiepolitik. Ferner kooperiert der ISTE mit dem Großabnehmerverband Energie Baden-Württemberg e.V. (GAV).

Für den künftigen Umbau der Energieversorgung (dezentrale Kraftwerke, Speicher und Netze) sind mineralische Baustoffe notwendig, die von den Regionalverbänden vorausschauend gesichert werden müssen.

Weitere Informationen unter www.energieintensive.de

Kalksandsteine bestehen aus den Naturprodukten Wasser, Sand und Kalk. Durch die Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ werden sie wieder verstärkt nachgefragt.

Kalksandsteinproduktion in Rheinau-Freistett



KONJUNKTURELLE RAHMENBEDINGUNGEN

GESAMTWIRTSCHAFTLICHER RAHMEN

Die baden-württembergische Wirtschaft war im Jahr 2013 durch ein sehr verhaltenes erstes Halbjahr geprägt, dem ein deutlicher Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte folgte. 2013 ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP), das umfassende Maß für die insgesamt erbrachten Leistungen, um 0,5% gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Das preisbereinigte BIP in Deutschland war nach ersten Berechnungen im Jahresdurchschnitt um 0,4% höher als im Vorjahr. In den vorangegangenen Jahren war das BIP noch kräftiger gewachsen, im Jahr 2012 um 0,7% und 2012 sogar um 3,3%.

Nach den Ergebnissen der jährlich vom Statistischen Landesamt durchgeführten Ergänzungserhebung, in die alle Betriebe sowie Arbeitsgemeinschaften des Bauhauptgewerbes in Baden-Württemberg einbezogen werden, er-

wirtschafteten die Baubetriebe im Jahr 2013 im repräsentativen Monat Juni einen Gesamtumsatz von über 1,1 Mrd. Euro. Das bedeutet eine Steigerung von fast 6 Prozent gegenüber dem Juni 2012.

Die konjunkturrelevanten Kennzahlen des Bauhauptgewerbes insgesamt zeigen somit eine positive Entwicklung im Jahr 2013 an. Das Baugewerbe trägt mit gut 4% zur baden-württembergischen Wirtschaftsleistung bei. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2013 übertrafen die baugewerblichen Umsätze ihren Vorjahreswert nominal um 2,7%.

BAUNACHFRAGE IM LAND

Die Aufträge im Jahr 2013 nahmen, verglichen mit 2012, um gut 6% zu. Damit hat sich der Aufschwung von 2012 weiterhin leicht verstärkt. Auch in 2013 gab es hierbei große Unterschiede zwischen den einzelnen Sparten.

Vor allem im Tiefbau war ein deutlicher Zuwachs zu erkennen. So verzeichnete der öffentliche Tiefbau einen 35% Zuwachs, der Wirtschaftsbau legte um 16,2% gegenüber dem Vorjahr zu, und der Straßenbau wuchs immerhin um rund 8%.

Den mit Abstand größten Zuwachs im Hochbau erfuhr mit knapp 11% der öffentliche Bau; der Wohnungsbau konnte nur mit 3,4% zulegen. Der Wirtschaftshochbau, der in 2012 den höchsten Zuwachs erfuhr, entwickelte sich regional unterschiedlich. Insgesamt brach er im Jahr 2013 um 6,9% ein.

BAUGENEHMIGUNGEN IM LAND

Die Anzahl der Baugenehmigungen wuchsen im Jahr 2013 lediglich um 0,3%, was darauf hindeutet, dass sich das Niveau der vergangenen Jahre auf die Dauer nicht halten lässt. Vor allem im Wohnungsbau sind mehr als knappe 3% Wachstum nötig, um den bestehenden Bedarf decken zu können.

Im öffentlichen Bau wurden hingegen knapp 7% mehr Genehmigungen als im Vorjahr erteilt.

Der baugewerbliche Umsatz nahm gegenüber 2012 um gut 6% zu; die Anzahl der Beschäftigten wuchs um gut 2%.

Entgegen den Ankündigungen von dringend notwendigen Investitionen in die Energieinfrastruktur, um das Energiekonzept der Bundes- und Landesregierung zu realisieren, wurde bislang keine nennenswerte Baunachfrage registriert.

Weitere Herausforderungen, vor allem für die Betonindustrie, sind im öffentlichen Bau bei abbruchreifen Straßenbrücken absehbar. Bis zum Jahr 2030 stehen jährlich 600 kommunale Brückenneubauten an. Hinzu kommen noch die zahlreichen Brückenerneuerungen im Bereich der Bundesfernstraßen und Autobahnen.



Stellvertretender ISTE-Hauptgeschäftsführer Heinz Sprenger erläutert die Rahmenparameter für die Sektorenuntersuchung Transportbeton des Bundeskartellamtes

Im Dialog: Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin der Grünen, Andrea Lindlohr, mit Thomas Beißwenger

ISTE-STATISTIK

Die ISTE-Statistik ergab für das Jahr 2013 für die Baustoffindustrie je nach Sparte einen Produktionszuwachs um bis zu sieben Prozent und einen Umsatzzuwachs von bis zu zehn Prozent. Allerdings schwanken die Zahlen stark zwischen einzelnen Regionen und zwischen den Fachsparten im ISTE. Im Durchschnitt ist die Produktion von 2012 zu 2013 um vier Prozent und der Umsatz um sechs Prozent gestiegen.

AUSSICHTEN

Bundesweit ist die Bauwirtschaft gut in das Jahr 2014 gestartet. Aufgrund der milden Witterung fiel die Winterpause in diesem Jahr aus; die Bauunternehmen konnten vielfach durcharbeiten und die hohen Bestände abarbeiten. Die gute Umsatzentwicklung gegenüber dem Vorjahr ist aber zu einem guten Teil auf den sehr harten Winter 2012/2013 zurückzuführen. Dadurch bedingte Umsatzeinbrüche sind nur mit hohen Anstrengungen ausgeglichen worden. Für das Jahr 2014 ist die Branche nach wie vor gut aufgestellt. Die Nachfrage nach Baudienstleistungen ist bundesweit weiter hoch.

Die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven für das Jahr 2014 in Baden-Württemberg sind ebenfalls erfreulich. Der Gesamtkonjunkturindikator des Statistischen Landesamtes, der bis zur Jahresmitte 2014 reicht, zeigt an, dass sich der Aufschwung wohl verstetigen wird. Im Jahresdurchschnitt erwarten wir für das Jahr 2014 ein reales Wachstum der baden-württembergischen Wirtschaft von etwa 1,75%.

Damit bewegen sich die Wachstumsaussichten für Baden-Württemberg etwa in dem Bereich, den der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) in seinem Jahresgutachten für Deutschland, das im November erschienen ist, insgesamt prognostizierte.

KARTELLRECHT

Wir arbeiten mit Zahlen, Daten und Fakten um festzustellen, wie sich die Konjunktur entwickelt und um anhand fundierter Analysen beispielsweise Tarifverhandlungen führen zu können. Das Grundgesetz ermächtigt in Artikel 9 Verbände dazu, entsprechende Daten zu erheben und mit ihren Sozialpartnern im Rahmen von Tarifgesprächen auszutauschen. Die Mitgliedschaft in Wirtschaftsverbänden verstößt deshalb nicht gegen das Kartellrecht.

Im Jahr 2012 sorgte die Walzasphaltentscheidung des Bundeskartellamtes für große Aufregung. Teilweise sind Mitgliedsunternehmen und viele Kunden an Asphaltmischwerken beteiligt. Vereinfacht formuliert muss lt. Bundeskartellamt ein gegründetes Gemeinschaftsunternehmen dann entflechtet werden, wenn die Mutterfirmen selbst weiter im relevanten Markt wirtschaftlich tätig sind. Im Dezember 2013 hat das Bundeskartellamt in der Deutschen Transportbetonindustrie mit einer Sektorenuntersuchung begonnen.



Bindend für die Verbandsarbeit des ISTE: der Leitfaden „Kartellrecht“ unseres Dachverbandes Bundesverband Baustoffe, Steine und Erden e.V.



Bauarbeiten für die Ortsumfahrung Neuhausen/Metztingen B 28

Was bietet der ISTE außer unbequemen Fragen zur Verkehrsinfrastruktur? Verkehrsminister Winfried Herrmann informiert sich am Rande der Landesdelegiertenkonferenz der Grünen in Esslingen.



VERKEHRSPOLITIK

Die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland war nach der soliden Vorarbeit der Daehre- und der Bodewig-Kommission ein Schwerpunkt in der öffentlichen Diskussion und im Bundestagswahlkampf. Der Straßenbau und die unterschiedlichen Modelle zu dessen Finanzierung („Ausländermaut“) sind bis heute ein wesentlicher Teil dieser Diskussion, die längst überfällig war.

In Baden-Württemberg ist im vergangenen Jahr die Priorisierung von Straßenbauprojekten beim Aus- und Neubau im Vordergrund gestanden. Das von der grün-roten Landesregierung damit verfolgte Ziel, die Investitionen in vorrangige Projekte zu lenken ist richtig, wenn der Vorrang auf den Erfordernissen des Verkehrs, der Bürger und der Wirtschaft liegt. Der Nachholbedarf beim Straßenbau ist in Baden-Württemberg besonders groß. Baden-Württemberg hat nicht profitiert von den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit, die Bundesmittel sind in dieser Zeit vorrangig in die neuen Länder geflossen. Dementsprechend ist nur etwa ein Drittel der vordringlichen Maßnahmen des Bedarfsplanes für die Bundesfernstraßen in Baden-Württemberg realisiert. Für den Wirtschaftsstandort und für die Baustoffindustrie ist es

deshalb von besonderer Bedeutung, dass dieser Nachholbedarf jetzt zügig abgebaut wird.

Ein Schwerpunkt der Landesregierung liegt zu Recht auf dem Erhalt der Straßen. Der notwendige Neu- und Ausbau darf damit aber nicht gegen den Erhalt ausgespielt werden. Beides ist gleichermaßen wichtig, wenn die Straßeninfrastruktur funktionieren soll. Auch der Bund hat den Schwerpunkt der Finanzmittel auf den Erhalt verlagert, so dass die notwendigen Mittel für den Neu- und Ausbau nur durch eine Erhöhung des Budgets im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen. Deswegen ist es auch richtig, dass Bundesverkehrsminister Dobrindt einen großen Teil der zusätzlich verfügbaren Investitionsmittel von 5 Mrd. Euro für den Neu- und Ausbau der Straßen verwenden will. Dies kann aber nur der Einstieg sein, Bund und Land müssen dringend mehr Geld für den Neu- und Ausbau der Straßen zur Verfügung stellen.

Hier agiert die grün-rote Landesregierung viel zu zaghaft und sie betont zu stark und fast schon gebetsmühlenartig den Vorrang des Erhalts vor dem Neu- und Ausbau. Im Zusammenhang mit den im Land gestoppten oder verzögerten Neu- und Ausbaumaßnahmen könnte man dabei durchaus auch Absicht unterstellen. Erhalt ist wichtig, aber Staus und Zeitverluste werden nur dann weniger, wenn endlich auch ein

schnell wirksamer Ausbau der Straßen erfolgt. Der Schienenverkehr ist weder heute noch in der Zukunft in der Lage, die bestehenden Verkehrsprobleme zu lösen. Es wäre schon ein guter Beitrag des Schienenverkehrs, wenn dort wenigstens ein Teil des Zuwachses aufgenommen werden könnte. Davon ist die Schiene weit entfernt. Die Straße ist bereits heute an vielen Stellen so überlastet, dass nur ein schneller Ausbau die vorhandenen Probleme lösen kann.

Die Verkehrspolitik der grün-roten Landesregierung greift hier zu kurz und verfolgt nicht überzeugend Ziele, die für ein wirtschaftlich starkes und exportorientiertes Bundesland wie Baden-Württemberg erforderlich sind. Im Vergleich zu unserem Nachbarland Bayern geraten wir bei der Infrastruktur zunehmend und immer deutlicher ins Hintertreffen. Bei wichtigen Infrastrukturprojekten entlang der Hauptverkehrsachsen und bei notwendigen Ortsumfahrungen fehlt der nötige politische Druck und wie es scheint manchmal auch der Wille, diese Projekte konsequent zu verfolgen und umzusetzen. Das ständige Mantra des zu geringen Geldes ist wenig überzeugend, wenn man sich nicht engagiert für die Belange der Wirtschaft einsetzt und dann auch noch verfügbares Geld nicht abrufen. Wichtige Projekte wie der



7.200.000.000 Euro pro Jahr werden zusätzlich für den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur in Deutschland benötigt. Dr. Karl-Heinz Daehre erläutert diese Zahl auf den Baustoff-Tagen 2013 in Filderstadt.

Schieneinfrastruktur ohne Flächenverbrauch: Tunnelbau beim Bahnprojekt Stuttgart-Ulm

Ausbau der A6 und der A8 mit dem Herzstück des Alaufstiegs kommen nicht voran und rücken sogar noch weiter in die Ferne.

Gemeinsam mit seinen Partnern vom Verbändebündnis „Aktion Pro Mobil“ führte der ISTE auch im Jahr 2013/2014 Gespräche mit Bundes- und Landtagsabgeordneten und den verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen.

VERKEHRSPOLITIK DES BUNDES

Leistungsfähige Verkehrswege und eine moderne Infrastruktur sind wichtig für das ganze Land. Das steigende Verkehrsaufkommen, neue Technologien, die intelligente Vernetzung der Verkehrsträger und die Verantwortung gegenüber der Umwelt sind Herausforderungen, die es zu meistern gilt. Der Südwesten konnte leider nicht von den Verkehrsprojekten der deutschen Einheit profitieren. Dementsprechend groß ist der Investitionsstau im Land. Ende September 2013 hat die grün-rote Koalition im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans 2015 eine priorisierte Anmelde-Liste nach Berlin übermittelt. Das Papier umfasst 158 Verkehrsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 11,2 Mrd. Euro. Im Durchschnitt der vergangenen Jahre hat der Bund nur eine Summe von 230 Mio. Euro pro Jahr beigesteuert.

Die Grundkonzeption des BMVBS sieht vor, dass die Verteilung der für den Bundesverkehrswegeplan (BWVP) vorhandenen Investitionsmittel in drei Schritten erfolgen soll. Für den Bereich der Straßenbauprojekte sind die Kategorien „Vordringlicher Bedarf Plus (VB+)“, „Vordringlicher Bedarf (VB)“ und „Weiterer Bedarf (WB)“ vorgesehen.

Die Projekte werden diesen Kategorien zugeordnet und nach den Kriterien Kosten-Nutzen-Verhältnis, Erreichbarkeiten, Umweltbetroffenheit, Städtebau und Erhaltungszustand sowie nach dem Potenzial an Minderung von Engpässen bzw. von Verkehrsbelastung auf Basis der Gesamtverkehrsprognose 2030 bewertet. Zu beachten ist hierbei, dass der Bund eine starre Aufteilung der Mittel zwischen Autobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen im Verhältnis 70:30 plant und die Kategorie „VB+“ Autobahnen und autobahnähnlichen Bundesstraßen vorbehalten ist.

ERST DAEHRE, DANN BODEWIG: ABER IMMER NOCH ZU WENIG GELD IM SYSTEM

Die „Daehre-Kommission“ hat ja bereits festgestellt, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland sowie die Mobilität der Bürger durch einen fortschreitenden Substanzverzehr der Verkehrsinfrastruktur ernsthaft gefährdet sind. Dies trifft für alle Verkehrsträger in der

Baulast des Bundes, der Länder, der Landkreise und der Gemeinden zu. Das ermittelte Defizit in der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung von mindestens 7,2 Mrd. Euro für Straße, Schiene und Wasserstraße zeigt sehr deutlich den dringenden Handlungsbedarf für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

Im Rahmen der Baustoff-Tage gliederte Dr. Karl-Heinz Daehre in seinem Vortrag diese Zahlen weiter auf. Demnach besteht die Summe aus einem Nachholbedarf von rund 2,65 Mrd. Euro für die nächsten 15 Jahre und einem weiteren Block von 4,55 Mrd. Euro, um den Erhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur voranzutreiben. „Jedes Jahr gibt es verkehrsbezogene Einnahmen in Höhe von etwa 52 Mrd. Euro“, so Daehre. „Gleichzeitig werden für die Verkehrsinfrastruktur jährlich zwischen 22 und 23 Mrd. Euro ausgegeben.“ Laut einem Gesetz aus den 60er Jahren müssten dem Kommissionsvorsitzenden zufolge jedes Jahr mindestens 50 Prozent der Einnahmen aus Mineralöl- und Kfz-Steuer in die Verkehrsinfrastruktur fließen. „Doch dieses Gesetz wird regelmäßig durch den finanziellen Verteilungskampf, der zwischen den einzelnen Politikfeldern herrscht, außer Kraft gesetzt.“

Podiumsdiskussion mit Bundespolitikern über Rohstoffgewinnung und Nachhaltigkeit auf der Jahreshauptversammlung 2013 in Konstanz

Die Landtagsabgeordnete und verkehrspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Nicole Razavi erläutert Versäumnisse der grün-roten Landesregierung im Bereich der Verkehrsinfrastruktur.



Die Folgekommission unter Leitung des ehemaligen Bundesverkehrsministers Kurt Bodewig („Bodewig-Kommission“) entwickelte konkretere Empfehlungen, die der Verkehrsministerkonferenz (VMK) der Länder vorgelegt wurden. Diese Empfehlungen wurden am 20.10.2013 auf der Sondersitzung der VMK in Berlin mit 16:0 Stimmen angenommen. Zu den Kernelementen der Empfehlungen zählen der Vorrang von Erhalt und Sanierung vor Aus- und Neubau. Darüber hinaus soll ein Sondervermögen zur Auflösung des Sanierungsstaus bei der Verkehrsinfrastruktur und eine Ausweitung der Lkw-Maut auf kleinere Lkw und alle Bundesstraßen erfolgen. Der letztgenannte Vorschlag findet sich nun auch im neuen Koalitionsvertrag der Großen Koalition wieder. Der Sanierungsfonds soll aus zusätzlichen Bundesmitteln mit insgesamt rund 40 Mrd. Euro über 15 Jahre gespeist werden.

Man muss anerkennen, dass es den beiden Kommissionen gelungen ist, den immensen Finanzbedarf für die Infrastruktur in der öffentlichen Wahrnehmung zu platzieren. Die Politik ist nun gefordert, die Finanzierungsdefizite endlich und konsequent anzupacken. Nun gilt es, die im Koalitionsvertrag vorgesehenen zusätzlichen fünf Mrd. Euro in 2015 und 2016 einzusetzen. Das wird vor allem die Rückgänge durch das

Auslaufen der Sonderprogramme kompensieren. Außerdem müssen endlich an die Stelle der jährlichen Budgetentscheidungen langfristig verlässliche finanzielle Rahmenbedingungen für ein effizientes Management der Verkehrsnetze treten.

Der Bundestagsabgeordnete der CDU, Steffen Bilger, betonte im Rahmen der Podiumsdiskussion der Winterarbeitstagung in Saalfelden, dass es insgesamt gesehen Anlass zur Hoffnung gebe. Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD vereinbart, in der aktuellen Legislaturperiode mehr in den Verkehrsreich zu investieren. Diese Mittel sollen unter anderem durch die Ausweitung der Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen erwirtschaftet werden und ohne Abzug der Verkehrsinfrastruktur zufließen. Das Gleiche gelte für die in der Diskussion stehende Pkw-Maut. „Dadurch werden zwar nicht alle Wünsche erfüllt“, so Bilger, „aber zumindest einige notwendige Projekte realisiert. Durch Priorisierung werden die Finanzmittel auch genau dorthin fließen, wo sie besonders dringend benötigt werden.“ Selbst Landesverkehrsminister Winfried Hermann hatte sich zuletzt öffentlich für eine streckenbezogene Pkw-Maut ausgesprochen. Eine Vignette kann aus seiner Sicht jedoch nur als Interimslösung dienen um sicherzustellen, dass höhere Mittel „ins System“ gelangen und entsprechend auch mehr Mittel für die Bundesfernstraßen nach Baden-Württemberg fließen.

VERSCHENKTE BUNDESMITTEL IN MILLIONENHÖHE – PERSONALMANGEL BEI DER STRASSENBAUVERWALTUNG

Die durch Verwaltungsreformen und Personalkürzungen gezeichnete Straßenbauverwaltung ist angesichts der Investitionssummen im vergangenen Jahr an die Grenze ihrer Kapazität gestoßen. Dies ist wohl auch der Grund dafür, dass das Land 26 Mio. Euro unter den geplanten Sollansätzen im Bundesfernstraßenbau geblieben ist.

Das Land konnte 2013 zudem nicht von sogenannten Ausgleichs- und „Swing-Straßenbaumitteln“ profitieren. Dieses Geld wäre ab Herbst 2013 abrufbar gewesen, weil Bauprojekte in anderen Bundesländern nicht so vorankamen wie erwartet. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen über den Verfügungsrahmen hinaus zusätzliche Mittel in der Größenordnung von 50 bis 80 Mio. Euro aus dem Bundeshaushalt abgerufen werden konnten, meldete das Land hierfür im Jahr 2013 offenbar keinen Bedarf an. Grund dafür seien erneut personelle Engpässe durch Stellenstreichungen in der Straßenbauverwaltung der Regierungspräsidien.

Während die alte Landesregierung in einem Sondereinstellungskorridor Straßenbau 2009 bis 2011 noch 90 neue Stellen im Bereich des Straßenbaus geschaffen hatte, wurden diese von Grün-Rot zu Beginn der Legislaturperiode nicht weitergeführt. Aufgrund der guten Haushaltslage wäre es durch-

CDU-Bundestagsabgeordneter Steffen Bilger (rechts) diskutiert mit dem Landtagsabgeordneten und verkehrspolitischen Sprecher von Bündis 90/ Die Grünen, Andreas Schwarz (links) sowie dem Sprecher der „Aktion Pro Mobil“, Wolfgang Pflaumer (unten rechts) im Rahmen der Mitgliederversammlungen Naturstein sowie Sand und Kies 2013 in Konstanz.



aus möglich gewesen, diese Stellen zu verlängern. Anscheinend sind die Aussagen des Verkehrsministers und des Ministerpräsidenten, dass gebaut würde, wenn der Bund nur Mittel zur Verfügung stellen würde, doch nur Worthülsen. Falls hier tatsächlich Geld, aus welchen Gründen auch immer, nicht abgerufen wurde – in Rede stehen bis zu 100 Mio. Euro – so ist dies angesichts der Probleme in der Infrastruktur einmalig, entlarvend und skandalös.

Der ISTE und weitere Wirtschaftsverbände sind überzeugt, dass im Straßenbau neue Finanzierungsinstrumente, wie zum Beispiel eine zweckgebundene Pkw-Vignette, endlich zur Anwendung kommen müssen. Darüber hinaus muss an einer Fondslösung gearbeitet werden, damit Finanzmittel auch unterjährig für das Bauen zur Verfügung stehen. Weiterhin brauchen wir einen „Ausbau Südwest“, sonst nimmt der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg weiter ernsthaft Schaden.

INFRASTRUKTURPOLITIK DES LANDES UND DER KOMMUNEN

AUCH DER LÄNDLICHE RAUM MUSS PROFITIEREN

60 Stunden im Stau musste 2013 jeder Autofahrer in Stuttgart durchschnittlich ertragen. Die deutsche Stau-Hauptstadt liegt im europäischen Vergleich hinter Brüssel, London, Antwerpen und Rotterdam auf Platz fünf.

Dass die grün-rote Landesregierung nur in begründeten Einzelfällen den Neubau von Straßen anstoßen will, ist nach Ansicht der Verkehrspolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag, Nicole Razavi, nicht zu befürworten. Die baden-württembergische Landtagsabgeordnete machte auf der Podiumsdiskussion der Winterarbeitstagung deutlich, dass der ländliche Raum von den Investitionen und Entwicklungen im Bereich der Verkehrspolitik nicht abgekoppelt werden dürfe. Die

CDU-Politikerin kritisierte, dass der frühere Generalverkehrsplan, der mehr als 700 Neu- und Ausbaumaßnahmen enthielt, von der Landesregierung auf 123 Maßnahmen reduziert wurde. Der Bau der genannten Maßnahmen (Neubau: 31, Ausbau: 73 sowie 19 Bahnübergänge) beginnt wegen der von der Landesregierung gekürzten Finanzierung noch laufender Maßnahmen frühestens 2015. Dieses Vorgehen begründete die grün-rote Landesregierung damit, dass nur noch die Projekte weiter geplant werden, die tatsächlich auch durchfinanziert sind. „Das hört sich zunächst gut an, aber Fakt ist, dass durch diese Vorgehensweise kein Maßnahmen- sondern ein Finanzierungsplan aufgestellt wird, der weder an Inflations- noch an Teuerungsraten ausgerichtet ist und auch nicht den Bedarf des Landes beim Neu- und Ausbau von Straßen definiert.“ Im Bereich der kommunalen Infrastrukturmaßnahmen kritisierte Nicole Razavi, dass die Landesregierung das Fördervolumen von etwa 75 auf 50 Prozent abgesenkt und dem kommunalen Straßenbau Mittel in erheblichem Umfang entzogen hat. Damit bestehe die berechtigte Sorge, dass finanzschwächere Kommunen die erforderliche Gegenfinanzierung nicht stemmen können und gegenüber finanzkräftigeren Kommunen ins Hintertreffen geraten.

Seit 1993 wurde die Anzahl der Personalstellen in der Straßenbauverwaltung halbiert, allein seit dem Jahr 2005 (Verwaltungsreform) gab es einen Abbau von rund 30 Prozent.



Der Vorsitzende der ISTE-Fachgruppe Naturstein Peter Rombold zählt Beispiele für fehlendes Engagement für den Straßenausbau in Baden-Württemberg auf.

Stets freundlich und dialogbereit: Andreas Schwarz MdL, Bündnis 90/ Die Grünen (links) im Dialog mit dem ISTE



ERHALT VOR NEU- UND AUSBAU – MITTEL AUFGESTOCKT

Für die Verbesserung des Straßenzustands sind laut Landesregierung 100 Mio. Euro pro Jahr erforderlich. Diese wurden zwar nominal im Haushalt eingestellt, werden aber durch Rückzahlungsverpflichtungen aus dem Landesinvestitionsprogramm um rund 23 Mio. Euro jährlich reduziert. Der ISTE fordert angesichts der guten Haushaltslage eine Erhöhung der Mittel für die Erhaltung von Landesstraßen in Höhe von mindestens 25 Mio. Euro.

Der zweite Nachtragshaushalt für 2014 sieht zumindest vor, die Ausgaben für die Sanierung der Straßen und Brücken in Baden-Württemberg zu verstärken. Das Ministerium kündigte zusätzliche Mittel für diesen Zweck an. Dies ist auch dringend nötig, da speziell die Landesstraßen laut der Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) in einem desolaten Zustand sind. Innerhalb von vier Jahren hat sich der Anteil der Kategorie „4,5-5 sehr schlecht“ nochmals um über 10 Punkte auf nun 27,8 % erhöht. Anhand dieser Zahlen wird überdeutlich, dass unsere Infrastruktur verrottet.

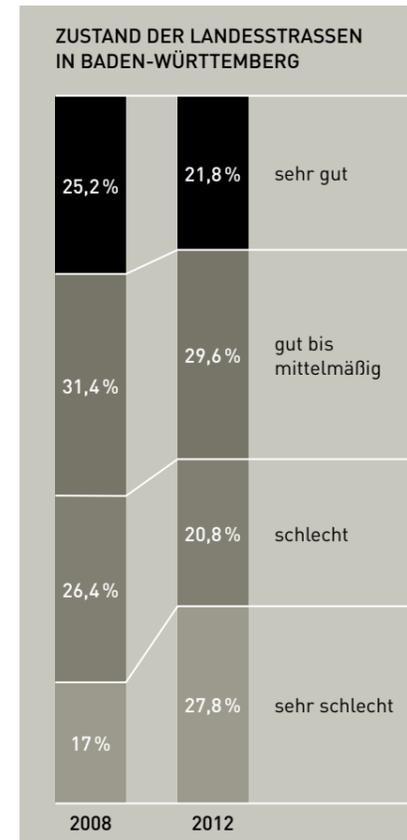
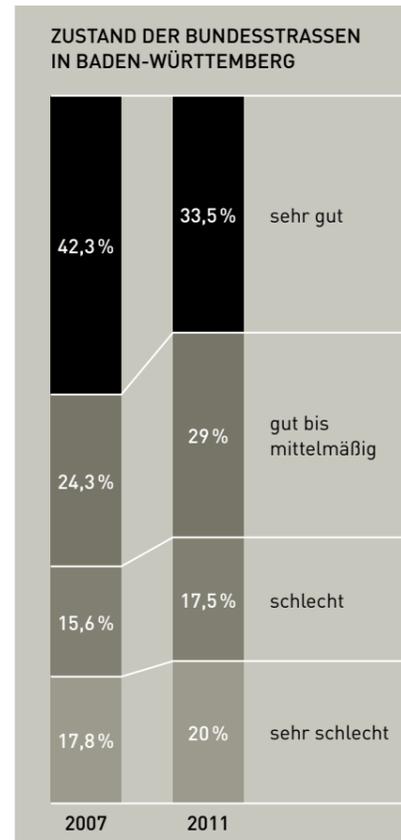
Trotz der richtigen und notwendigen Investitionen in den Straßenerhalt dürfen die Investitionen in den genauso wichtigen Neu- und Ausbau nicht zu kurz kommen. Die Erhaltungsinvestitionen dürfen auch schon gar nicht dazu missbraucht werden, die Mittel für den Neubau möglichst knapp zu halten.

BRÜCKENSANIERUNG KOMMT SPÄTER ALS ERWARTET

Der Zustand der Brücken im Zuge von Landesstraßen lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Innerhalb von elf Jahren hat sich demnach der Zustand deutlich verschlechtert. Es ist zukünftig mit Geschwindigkeits- und Lastbegrenzungen oder sogar Sperrungen zu rechnen, wenn die Landesregierung nicht mit der

Sanierung im Rahmen des „Brückenerfüchtigungsprogramms“ beginnt. Der Finanzbedarf für die Brückenerfüchtigung liegt bei rund 40 Mio. Euro pro Jahr. Diese Mittel müssen zusätzlich aufgebracht werden. Trotz des festgestellten dringenden Bedarfs soll das Sanierungsprogramm erst 2015 beginnen.

Zustandsnoten von Bundesfernstraßen und Landesstraßen in Baden-Württemberg.



Peter Fuss (oben) ist der neue Landesbeauftragte der „Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung e.V.“ für Baden-Württemberg.

Erste gemeinsame Jahreshauptversammlung von Deutschem Asphaltverband und ISTE 2014 in Baden-Baden: Der Leiter der Abteilung Straßenverkehr im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg, Gert Klaiber, stellt sich der Diskussion (links).

ENTFLECHUNGSGESETZ – MITTEL FÜR KOMMUNALEN STRASSENBAU BIS 2019 GESICHERT

Durch Vereinbarungen im Rahmen der Föderalismusreform sind diese Mittel bis 2019 festgeschrieben. Wie viel Geld für den kommunalen Straßenbau nach 2019 zur Verfügung steht, ist nach wie vor unklar. Hierzu fordern wir vom Landesverkehrsministerium entsprechenden Einsatz für den kommunalen Straßenbau. In Baden-Württemberg gehen ab 2014 60% der Mittel an ÖPNV/ Radverkehr und nur noch 40% in den kommunalen Straßenbau. Dies entspricht nicht dem Bedarf – vor dem Regierungswechsel war die Quote umgekehrt.

BAHNPROJEKT STUTTGART-ULM

Wir brauchen generell eine „Dafürmentalität“ für jede Art von Großprojekten. Die Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit sind die neuen Herausforderungen von Verkehrsprojekten, die es zukünftig souverän und frühzeitig zu meistern gilt.

Im Berichtszeitraum konnten nun endlich auch bauliche Fortschritte in Form von feierlichen Tunnelanschlüssen und Baubeginnen gefeiert werden. Die Baustellen sind nun unübersehbar. Diese Fortschritte waren wichtig und signalisieren den Projektgegnern: Nun gibt es kein Zurück mehr! Die Projektpartner

sind aufgerufen, der vertraglich vereinbarten Förderungspflicht nachzukommen und sich auf eine faire Kostenverteilung zu einigen.

Es ist vorgesehen, den Baufortschritt der verschiedenen Planfeststellungsabschnitte mit regelmäßigen Exkursionen für die ISTE-Mitglieder zu begleiten. Außerdem planen Betonmarketing Süd und ISTE regelmäßige Baustellenbesuche und Veranstaltungen mit Themen rund um das Bauen.

GSV-LANDESBEAUFTRAGTER FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Die gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung e.V. (GSV) engagiert sich für verkehrs- und umweltgerechte Verkehrskonzepte sowie deren Umsetzung. Die Organisation hat rd. 250 Mitglieder, vor allem Bürgermeister und Landräte.

Die Aufgabe der GSV ist es, der oft schweigenden Mehrheit für Baumaßnahmen eine Stimme zu geben. Die GSV unterstützt Bürgeraktionen und Bürgerinitiativen für den Bau von Ortsumgehungen und Lückenschlüsse. Ziel ist die Nutzung der Bürgerbewegung zur Verbesserung der jeweiligen Infrastruktur vor Ort.

Zusammen mit anderen Partnern werden aus dem Bau- und Baustoffumfeld unterstützt der ISTE seit 2013 die Arbeit eines eigenen Landesbeauftragten für Baden-Württemberg.

In enger Abstimmung mit der „Aktion Pro Mobil“, die primär die verkehrspolitischen Fragestellungen behandelt, soll die GSV gezielt bei konkreten Verkehrsprojekten auf regionaler Ebene – also vor Ort – tätig sein. Peter Fuss, Landesbeauftragter für Baden-Württemberg, hat seine Arbeit auf den Mitgliederversammlungen der Fachgruppen Sand und Kies sowie Naturstein 2014 vorgestellt.

IMPULSE FÜR DEN KANALBAU

Relativ jung ist unsere Beteiligung bei der Aktionsgemeinschaft „Impulse für den Kanalbau“.

Hierbei steht die Erneuerung des desolaten Zustandes der Abwasserkanäle und Entsorgungsbauwerke im Bereich der öffentlichen Entwässerung im Mittelpunkt. Insgesamt sind 10.000 km sanierungsbedürftig. Ein systematisches Erhaltungsmanagement fehlt. Rund 440 Mio. m³, das sind bis zu 20% der Abwassermenge, versickern jährlich unkontrolliert und stellen ein sehr hohes Gefährdungspotential für unser Grundwasser dar.

Allein in Baden-Württemberg bestehen jährlich rund 1,6 Mrd. Euro Investitionsbedarf, wobei lediglich 20% finanziert sind.

Die notwendige zusätzliche Transportbetonnachfrage kann auf ca. 0,25 Mio. m³/Jahr beziffert werden. Hinzu kommen weitere Baustoffe für die Verfüllung von Gräben.

Dr. Eckhart Meyberg, Leiter des Referats Wohnungswesen im Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Baden-Württemberg, auf den Baustoff-Tagen 2013 (rechts)

In der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“ kooperiert der ISTE mit der Landesvereinigung Bauwirtschaft. Ihr Hauptgeschäftsführer Dieter Diener kritisiert die Wohnungsbaupolitik des Bundes und des Landes (unten).



WOHNUNGSBAUPOLITIK

Der ISTE engagiert sich in einem breiten Bündnis von Vertretern der Bau- und Immobilienwirtschaft, von Kammern, Arbeitnehmern und Mietern aus Baden-Württemberg in der Aktion „Impulse für den Wohnungsbau“. Vorsitzender der Aktion ist unser Mitglied Jochen Bayer, E. Bayer Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Esslingen. Die Geschäftsstelle wechselte im April 2013 an den Betonfertigteilverband Baden-Württemberg. Zuvor war sie vier Jahre lang beim ISTE.

Der seit dem Jahr 2011 positive Trend der Baufertigstellungen von Wohnungen setzte sich im vergangenen Jahr fort. Das anhaltend starke Interesse an Sachwerten und die weiterhin historisch niedrigen Zinsen haben hierzu beigetragen. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Anstieg von einem extrem niedrigen Niveau ausgeht: 2010 hatte die Fertigstellungszahl mit 21.717 Wohnungen einen historischen Tiefpunkt. Mit den rund 30.100 Wohnungen in 2012 wurde knapp das Niveau des Jahres

2007 erreicht. Auch für das Jahr 2013 ist mit einer Steigerung zu rechnen. Der Wohnungsbau liegt aber weiterhin unter dem Bedarf. Dies macht sich insbesondere in den Ballungsräumen und Universitätsstädten Baden-Württembergs durch steigende Mieten bemerkbar. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, ist hier nicht so einfach. Insbesondere junge Familien, Senioren und gering verdienende Menschen sind davon betroffen. Die von der Großen Koalition eingeführte Mietpreisbremse ist keine Lösung und sorgt bei der Immobilienwirtschaft, den Eigentümerverbänden und fast allen Experten für Unverständnis. Sie bekämpft lediglich die Symptome, nicht die Ursachen für die Mietpreissteigerungen: fehlender Wohnraum. Die Probleme auf dem Wohnungsmarkt werden nicht gelöst, sondern verschärft.

Die Aufstockung der Mittel für das Wohnraumförderprogramm durch die Landesregierung ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung, muss jedoch weiter ausgebaut werden. Durch die Erhöhung der Landesmittel von 6,25 Mio. Euro auf 24,25 Mio. Euro erhöht sich das Programmvolumen von 48,45 Mio. Euro im Jahr 2011 auf aktuell 63,12 Mio. Euro um gut 30 Prozent. Allerdings sind 18 Mio. Euro Einnahmen aus der erhöhten Grunderwerbssteuer. Im Vergleich dazu hat das Nachbarland Bayern die Landesmittel für das Jahr 2014 von 177,50 Mio. auf 237,5 Mio.

Euro erhöht. Der dortige Landesanteil beträgt damit über das zehnfache des baden-württembergischen Mitteleinsatzes für den Wohnungsbau!

Um die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem, aber auch den modernen Standards entsprechendem Wohnraum sicherzustellen, braucht es Neubau wie Sanierung, dauerhafte, konjunktur- und kassenlagenunabhängige Investitionsanreize. Neben der Erhöhung des landeseigenen Förderprogramms auf 100 Mio. Euro pro Jahr setzt sich die Aktionsgemeinschaft daher auch weiterhin für

- die Wiedereinführung der degressiven Afa, die dem Finanzierungsvorbehalt im Koalitionsvertrag zum Opfer gefallen ist,
- die Verdoppelung der linearen Afa von 2 auf 4 Prozentpunkte,
- die Verabschiedung steuerlicher Anreize für energetische und altersgerechte Sanierung,
- die Gleichstellung des Ersatzneubaus bei nicht wirtschaftlich sanierungsfähiger, nicht Ortsbild prägender und bereits leer stehender Wohnungen in der KfW-Förderung ein.



Der Ausbau der erneuerbaren Energien darf keine Deindustrialisierung zur Folge haben. Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel (SPD) setzt sich zurecht für den Erhalt der Arbeitsplätze in Deutschland ein.

Zementklinkerherstellung im Drehrohrföfen bei 1.450° C: Eine Verdrängung der energieintensiven Branchen ins benachbarte Ausland ist keine Lösung, denn das Klima kennt keine Grenzen.

ENERGIEPOLITIK

Der ISTE vertritt seine Mitglieder auch in der Energiepolitik. Dieses Feld, das nicht nur in unserer Branche ganz besonderer Aufmerksamkeit bedarf, bearbeitet der ISTE nicht selbst. Vielmehr werden die Interessen der Steine- und Erdenindustrie in der Energiepolitik durch Fachleute im Bundesverband Baustoffe – Steine Erden e.V. (BBS) vertreten und im Land durch die Kollegen des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI).

Für die Energieberatung und Auskunft in einzelnen Fragen stellt der ISTE für die Mitglieder auf Wunsch Kontakte zu Fachleuten aus unserem Netzwerk her.

VERABSCHIEDUNG BEIHILFELEITLINIEN UND EEG-KABINETTSBESCHLUSS

Der ISTE selbst ist über seine Bundes Spitzenverbände MIRO, BTB und BRB in das Netzwerk der Verbände beim BBS und beim BDI in Sachen Energiepolitik eingebunden.

Das in diesem Netzwerk erzielte Ergebnis kann sich für unsere Branche sehen lassen:

Die Einigung zwischen Bundesregierung und EU-Kommission über die Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien (EEAG) wurde zwischenzeitlich offiziell verkündet. Gegenüber den bisherigen Entwürfen haben sich weitere Änderungen ergeben, die sich auch positiv auf die Unternehmen der Baustoff-, Steine- und Erdenindustrie auswirken.

Für die Entlastung stromintensiver Betriebe von nationalen Umlagen zur Förderung erneuerbarer Energien sollen demnach in Zukunft folgende Regelungen gelten:

Für Unternehmen, die einem der rund 65 Sektoren aus Anhang 3 des Entwurfs der Umwelt- und Energiebeihilfeleitlinien angehören, wird die EEG-Belastung auch in Zukunft deutlich begrenzt. Der Selbstbehalt beträgt grundsätzlich mindestens 15% der jeweiligen nationalen EEG-Umlage – dies entspricht in Deutschland derzeit ca. 0,94 Cent/kWh.

Alternativ kann die EEG-Belastung bei 4% der Bruttowertschöpfung des Unternehmens oder (für Unternehmen mit einer Stromkostenintensität > 20%) bei 0,5% der Bruttowertschöpfung „gedeckelt“ werden (Super-Cap).

Die Liste der 65 Sektoren basiert auf drei optionalen Kombinationskriterien:

1. Handelsintensität (Extra-EU) > 10% + Stromkostenintensität > 10%,
2. Handelsintensität > 4% + Stromkostenintensität > 20%,
3. Handelsintensität > 80% + Stromkostenintensität > 7%.

Über diese quantitativen Kriterien haben sich folgenden Steine und Erden-Branchen für die Liste qualifiziert: Gewinnung v. Natur(werk)stein, Kalk- und Gipsstein (08.11) sowie von Steinen und Erden (08.99), Glasfasern (23.14), Feuerfest (23.20), Fliesen (23.31), Ziegel.

Ein Beispiel für gelungene Zusammenarbeit der Verbände im Interesse der Industrie, da die Energiekosten auch in unserer Steine- und Erdenindustrie einen ganz erheblichen Kostenanteil in der Produktion darstellen.

ENTWURF EINES INTEGRIERTEN ENERGIE- UND KLIMASCHUTZKONZEPTEDES LANDES (IEKK)

Die Wirtschaft des Landes hat sich intensiv an dem IEKK beteiligt, das die konzeptionelle Grundlage für die Energie- und Klimapolitik des Landes bilden soll. So hat der Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie e.V. (LVI) eine sehr umfangreiche Stellungnahme abgegeben, in die unsere Belange grundsätzlich mit eingeflossen sind.

Die speziellen Belange der Steine- und Erdenindustrie haben wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Zementindustrie und der Betonmarketing Süd GmbH zusammengetragen und im Februar 2014 an das Umweltministerium weitergeleitet.

SPD-Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel (rechts) und der neue ISTE-Präsident Peter Röhm auf der Jahreshauptversammlung 2014 in Baden-Baden.

Bis zu 20 Prozent der Abwässer versickern im Boden! Die Aktionsgemeinschaft „Impulse für den Kanalbau“ sieht dringenden Investitionsbedarf von über 1,6 Mrd. Euro pro Jahr in Baden-Württemberg.



So haben wir klargestellt, dass das CO₂-Minderungspotential bei der Herstellung von Zement derzeit technisch weitgehend ausgeschöpft ist. Neue Bindemittel, die als Alternative für konventionelle Zemente in Frage kommen könnten, befinden sich derzeit noch im Labor- bzw. Technikumsstadium und sind noch weit entfernt von einer industriellen Produktion. Holz kann nicht, wie vom Umweltministerium vorgeschlagen, Zement oder Beton ersetzen. Dies ist mengenmäßig und technisch nicht im Ansatz zu leisten.

Wir hoffen, dass die Landesregierung unsere Position ernst nimmt und das IEKK entsprechend ändern wird.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

INFRASTRUKTURPOLITIK

- konsequenter Umstieg auf die Nutzerfinanzierung
- mehr Engagement der Landesregierung in Berlin für einen „Aufbau Südwest“ für alle Verkehrsträger
- für den Erhalt des Volksvermögens Landesstraßen sind jährlich mindestens 120 Mio. Euro notwendig
- Behebung des Personalmangels in der Straßenbauverwaltung, damit nicht wieder Bundesmittel verloren gehen
- aktive Förderung des Bahnprojekts Stuttgart–Ulm durch die gesamte Landesregierung
- Ausbau der Neckarschleusen bis Plochingen
- Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes durch den Bund über 2019 hinaus
- mind. 40 Mio. Euro in den nächsten drei Jahren für die Sanierung von Brücken durch das Land
- Erprobung von innovativen Fahrzeugkonzepten in der Baustoffindustrie (5-Achser mit 40 Tonnen)
- Aufstockung der Finanzmittel für öffentliche Kanalisation
- Beendigung der Gefährdung des Grundwassers durch Exfiltration aufgrund schadhafter öffentlicher Kanäle und privater Grundstücksentwässerungsanlagen

WOHNUNGSBAUPOLITIK

- ein landeseigenes Förderprogramm Wohnungsbau mit einem Volumen von 100 Mio. Euro p.a.
- eine Verdoppelung der linearen Abschreibungssätze von 2 auf 4 Prozentpunkte
- die Einführung einer erhöhten Abschreibung bei energetischen und altersgerechtem Neubau („Klimaschutz-AfA“)
- Realisierung der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung

ENERGIEPOLITIK

- Kosteneffiziente Umsetzung der Energiewende
- Gewährleistung der Versorgungssicherheit
- Wettbewerbsfähige Ausgestaltung der Energiebesteuerung, des Emissionshandels und des EEG
- Investitionsfreundliche Regelungen zur Förderung des energieeffizienten Bauens und Wohnens



Anhörung der Grünen im Landtag: Der ISTE setzt sich für ein Landesvergabe-gesetz ein. Über die Vergabe darf nicht allein der Preis entscheiden.

Wer Kinderarbeit in Steinbrüchen verhindern will, muss Naturwerksteine aus der EU kaufen. Wer zudem das Klima schützen und regionale Identität möchte, kauft heimische Rohstoffe aus der Umgebung.



DER PREIS DARF NICHT DAS ALLEINIGE KRITERIUM SEIN

Die öffentlichen Beschaffer, allen voran die Städte und Kommunen sind dazu aufgerufen, verantwortungsvoll einzukaufen und auf die Produktionsbedingungen der eingekauften Güter zu achten. Öffentliche Auftraggeber haben eine enorme Kaufkraft. Bund, Länder und Kommunen geben für Waren und Dienstleistungen jedes Jahr ca. 360 Mrd. Euro aus. Dies entspricht rd. 16% des BIP. Durch die Anforderungen an Lieferanten können sie großen Einfluss auf die faire und nachhaltige Gestaltung des Handels nehmen und so als Vorbild für Konsumenten und privatwirtschaftliche Einkäufer agieren.

Dies gilt besonders für den mittlerweile globalisierten Handel mit Naturwerksteinen und allen damit zusammenhängenden negativen Begleiterscheinungen (niedrige Sozial- und Umweltstandards). Städte und Kommunen können neben ökonomischen Kriterien auch soziale und ökologische Aspekte bei der öffentlichen Beschaffung mitberücksichtigen. Einige Städte und Kommunen haben ihre Ausschreibungen den neuen Kriterien bereits angepasst und achten auf eine sozial- und umweltverträgliche Beschaffung. Bei öffentlichen Ausschreibungen gewinnt in den meisten Fällen jedoch nach wie vor das günstigste Angebot. Heimische Naturwerksteine

können sich hier nur dann etablieren, wenn Kommunen bereit sind, einen etwas höheren Preis für diese Produkte mit Herkunftsnachweis im Baubereich zu bezahlen.

Die folgenden Aspekte sprechen für heimische Naturwerksteine:

- Bevorzugung heimischer Materialien aus sozialen Gründen
- Arbeits- und Gesundheitsschutz, keine Gefahr von ausbeuterischer (Kinder-)Arbeit
- Wertschöpfungskette und Arbeitsplätze im Land
- deutlich bessere Ökobilanz (Klimaschutz etc.)
- Gewährleistung hoher technischer Umweltstandards und des Arbeitsschutzes
- Arten- und Biotopschutz sind gewährleistet
- Erhalt von Kulturgut
- Erhalt des Steinmetz-Berufs

Deshalb muss aus unserer Sicht der Ausschluss von Baustoffen das Ziel sein, die unter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. Dies kann z.B. erreicht werden durch Festlegungen in kommunalen Friedhofssatzungen (Grabmale) oder auch die Definition von Grundsätzen bei der Beschaffung durch die öffentliche Hand. Aus diesem Grund befürworten wir die Einführung eines Landesvergabe-gesetzes durch die Landesregierung und haben dies auch auf einer Anhörung von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2013 vertreten.

Parallel dazu bietet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ebenfalls Ansatzmöglichkeiten durch die Wertung vergabefremder Kriterien (z.B. CO₂-Bilanz der Transporte).

§ 97 ABS. (4) GWB

Aufträge werden an fachkundige, leistungsfähige sowie gesetzestreue und zuverlässige Unternehmen vergeben. Für die Auftragsausführung können zusätzliche Anforderungen an Auftragnehmer gestellt werden, die insbesondere soziale, umweltbezogene oder innovative Aspekte betreffen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen und sich aus der Leistungsbeschreibung ergeben. Andere oder weitergehende Anforderungen dürfen an Auftragnehmer nur gestellt werden, wenn dies durch Bundes- oder Landesgesetz vorgesehen ist.

Somit ergibt sich für den ISTE folgende Rangfolge bei der Beschaffung von Naturwerksteinen durch die öffentliche Hand:

1. Heimischer, regionaltypischer Naturwerkstein (Baden-Württemberg und angrenzende Länder)
2. Europäischer Naturwerkstein
3. Importware mit Zertifikat

Nicht zertifizierte (Billig-)Produkte mit zweifelhafter Herkunft sollten in keinem Fall bei Arbeiten von öffentlichen Auftraggebern verwendet werden. Diese Produkte sind weder ökologisch noch sozial verträglich!

EXKURS RENAISSANCE DER HEIMISCHEN NATURWERKSTEINE

Wiedererschlossener Buntsandsteinbruch bei Tennenbach (Lkr. Emmendingen) und Neuaufschluss eines Stubensandsteinbruchs bei Waldenbuch (Lkr. Böblingen)

Die Sanierung von Baudenkmalen erfordert langfristig haltbares Originalgestein aus heimischen Lagerstätten.



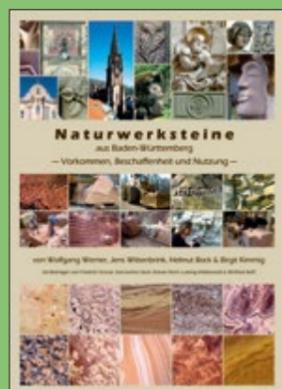
LGRB HILFT BEI DER ERSCHLIESSUNG NEUER NATURWERKSTEINLAGERSTÄTTEN

Baden-Württemberg ist reich an Lagerstätten von architektonisch attraktivem, gut bearbeitungsfähigem und witterungsbeständigem Naturwerkstein. Seit Kurzem gibt es für Baden-Württemberg und die unmittelbar angrenzenden Regionen eine umfassende Darstellung nahezu aller Gesteinstypen, die häufig als Werksteine verwendet wurden und werden. Wegen der stetig ansteigenden Nachfrage nach heimischem Werksteinmaterial hat das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) das Nachschlagewerk „Naturwerksteine aus Baden-Württemberg. Vorkommen, Beschaffenheit und Nutzung“ herausgegeben (Werner et al. 2013). Für die im Buch behandelten 82 Gesteinstypen werden räumliche und erdgeschichtlich-zeitliche Verbreitung, Form und Variabilität der jeweiligen Lagerstätten, Aussehen der verschiedenen Varietäten, ihre Eigenschaften und Einsatzbereiche beschrieben und die Bezugsmöglichkeiten aufgelistet.

Als Folge der seit den 1920er Jahren beschleunigten Stilllegung von Werksteinbrüchen, die besonders auf den umfangreichen Einsatz der modernen künstlichen Baustoffe und die anwachsenden Steinimporte aus aller Welt zurückzuführen ist, sind von den ehemals

vielen Hundert betriebenen Brüchen nur vergleichsweise wenige übrig geblieben. Immerhin stehen heute noch 52 Werksteinbrüche in Baden-Württemberg in Nutzung; Betreiber sind 42 verschiedene Firmen. Viele Steinbrüche werden nur zeitweise betrieben, andere fast regelmäßig. Neben Handwerksbetrieben, die jeweils einen Bruch nutzen, sind größere Firmen vertreten, die nicht nur in Baden-Württemberg sondern auch in den Nachbarländern Werksteingewinnung betreiben, um mit ihrem Angebot den wechselnden Ansprüchen der modernen Architektur gerecht zu werden.

Doch für den immensen historischen Baubestand – rund 60.000 Baudenkmäler sind in Baden-Württemberg registriert – reicht das derzeit in Baden-Württemberg und auch in ganz Deutschland verfügbare Angebot oft nicht aus; es fehlen viele Gesteinsarten oder bestimmte Varietäten von Werksteinen, die in den letzten Jahrhunderten verwendet wurden.



NEUE WEGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Einen Deutschland weit beachteten Weg hat Baden-Württemberg eingeschlagen, um das erforderliche hochwertige Originalgestein für die Erhaltung herausragender Bauwerke zu beschaffen. Wir kennen die rohstoffgeologischen Erkundungs- und Kartierarbeiten des LGRB meist im Zusammenhang mit der Bewertung von regionalplanerischen Vorrangflächen oder mit Erweiterungsverfahren, doch die Rohstoffgeologen dieses Amtes befassen sich seit langem auch mit den verschiedenartigen Naturwerksteinlagerstätten des Landes und beraten in diesem Zusammenhang die Natursteinindustrie, Gemeinden und kirchliche Bauämter, Baudenkmalpfleger und Restaurierungsfirmen.

Seit dem Jahr 2000 sucht das LGRB im Auftrag der staatlichen Denkmalpflege auch nach den besten Stellen, um Steinbrüche für die Gewinnung von Werksteinblöcken anzulegen, die primär der Bauwerkserhaltung zugute kommen sollen, und betreut die Erschließungsarbeiten.

Dreieinhalb Kilogramm geballtes Wissen: Naturwerksteine aus Baden-Württemberg – Vorkommen, Beschaffenheit und Nutzung (W. Werner, J. Wittenbrink, H. Bock, B. Kimmig (2013); LGRB Hrsg.).



Die Münsterbauhütten im Land sind wichtige Abnehmer von Werksteinen aus Baden-Württemberg. Auch die regionale Baukultur setzt auf Steine aus der Nachbarschaft.

Entnahme von gesägten Werksteinblöcken aus dem Neuaufschluss bei Waldenbuch

BREISACHER MÜNSTER

Der erste für diesen Zweck wieder in Betrieb genommene Steinbruch liegt im Kaiserstuhl bei Achkarren. Der von hier und anderen früheren Brüchen stammende Kaiserstühler Tuffstein (der Geologe nennt das dunkle basaltische Gestein einen Tephrit-Pyroklastit) musste für die umfassende Außensanierung des romanisch-gotischen Münsters St. Stephan in Breisach erneut zur Verfügung gestellt werden. Weil nur Teile der Lapillituff-Massen am alten Vulkan ausreichend verfestigt sind, war das ein besonders schwieriges Unterfangen.

Nach zweijährigen Erkundungsarbeiten gelang es 2004, am Rande eines alten, völlig überwachsenen Steinbruchs in nur sechs Wochen die von den Steinmetzen benötigte Menge von 130 Kubikmeter Rohblöcken zu gewinnen. Weil der Kaiserstuhl europäisches Vogelschutzgebiet ist, musste die Abbaustelle wieder aufgefüllt und rekultiviert werden – bedauerlich, denn für andere Bauwerke und für viele Weinbergsmauern hätte man den Tuffstein heute wieder zu gern. Die Sanierung des Münsters konnte 2010 abgeschlossen werden.

ULMER MÜNSTER

Im Jahr 2005 machte der höchste Kirchturm der Welt mit einem Steinfall auf seinen Sanierungsbedarf „aufmerksam“: Ein mehrere Kilogramm schweres Bruchstück aus Eisensandstein schlug auf das Vordach der Ulmer Münsterbauhütte. Bei der Schadenskartierung stellte sich heraus, dass nicht nur Eisensandstein sondern auch neuer Stubensandstein in einem Umfang von jeweils mehreren hundert Kubikmetern benötigt wird.

Den geeigneten Bruch zum Abbau von Eisensandstein konnte das LGRB bei Lauchheim ermitteln. Im Jahr 2011 wurde bereits im Probeabbau ein großer Teil des benötigten Eisensandsteins gewonnen.

Umfangreicher war wieder die Erkundungsphase im Stubensandstein im Schönbuchgebiet, vor allem weil der im Jahr 2008 als geeignet ermittelte Steinbruch bei Plattenhardt trotz anfänglicher Unterstützung der lokalen Behörden auf Druck der Standortgemeinde doch nicht genutzt werden durfte. Im benachbarten Kreis Böblingen stand man von Anfang an der Suche nach einer neuen Stubensandstein-Lagerstätte interessiert gegenüber: Im Frühjahr 2014 gelang der Nachweis eines hochwertigen Sandsteinlagers im Waldgebiet von Waldenbuch; erforderlich war dort ein völliger Neuaufschluss.

FREIBURGER MÜNSTER

Am Freiburger Münsterturm muss der erst in den 1960er Jahren eingesetzte tonig gebundene Buntsandstein aus Freudenstadt vollständig ausgetauscht werden, weil er den extremen Witterungsbedingungen am durchbrochenen Turmhelm nicht Stand hält. Über 80 Prozent des „schönsten Turms der Christenheit“ besteht aber noch aus bauzeitlich verwendetem Buntsandstein. Die Rohstoffgeologen des LGRB ermittelten die Originallagerstätte für die seit über 500 Jahren stabilen Originalgesteine in den Emmendinger Vorbergen nördlich von Freiburg. Im Jahr 2012 begann der Probeabbau bei Tennenbach, ab 2014 wird die Fa. Lauster Steinbau hier einen regulären Werksteinbruch in Betrieb nehmen – in einem Gebiet, in dem schon vor 800 Jahren die Zisterziensermönche sowohl als Bauherren als auch als Baustofflieferanten erfolgreich tätig waren.

Die Geologen des LGRB wissen vom Landesamt für Denkmalpflege bereits, dass noch größere Sanierungsprojekte als die genannten auf sie warten. Wie gut, dass Denkmalpfleger und Bauwerkseigentümer wissen, wohin sie sich wenden können ...

»Unsere Tarifverträge sichern faire und marktgerechte Arbeitsbedingungen. Sie sichern den Betriebsfrieden und bieten zahlreiche Regelungen, die speziell auf die Bedürfnisse unserer Branche zugeschnitten sind. Um dies auch künftig zu gewährleisten, braucht es weiterhin ein beständiges und breit in der Mitgliedschaft verankertes Engagement.«



Martin Kronimus,
Kronimus AG, Iffezheim
Vorsitzender des Sozialpolitischen
Ausschusses (SPA) des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE steht für faire und marktgerechte Arbeitsbedingungen in unserer Branche. Der ISTE steht für die Regelung einheitlicher Arbeitsbedingungen im Flächentarifvertrag und über die Branchenzweige hinweg. Der ISTE setzt sich für branchenspezifische Lösungen ein, wo dies erforderlich ist, z.B. in Form der Arbeitszeitflexibilisierung über den gesamten, zwölfmonatigen Jahreslauf oder die Möglichkeit witterungsbedingter Kündigungen, die selbstverständlich immer mit der Wiedereinstellungszusage verbunden sind.

Die Tarifpolitik ist ein Herzstück der Arbeit des ISTE. Der ISTE schließt als Arbeitgeberverband – derzeit mit der IG BAU – die branchenspezifischen Flächentarifverträge für die Beschäftigten der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg ab. Diese Tarifverträge finden ganz oder überwiegend auf die große Mehrheit der Arbeitsverhältnisse in unserer Branche Anwendung.

**TARIFPOLITISCHE
RAHMENBEDINGUNGEN**

In Deutschland werden Entgelte und Arbeitszeiten von den Tarifvertragsparteien ohne staatliche Einflussnahme ausgehandelt. Grundlage ist die in Art. 9 des Grundgesetzes geregelte Koalitionsfreiheit: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“ Die Tarifvertragsparteien in Deutschland entscheiden maßgeblich über Höhe und Entwicklung des Personalaufwandes und damit über gut 70 Prozent des Volkseinkommens.

Der Branchentarifvertrag gibt den Arbeitsverhältnissen einen verlässlichen Rahmen. Er entlastet die betrieblichen Arbeitsbeziehungen von Konflikten und erspart den Unternehmen erheblichen eigenen Aufwand bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen. Für den Branchentarifvertrag sprechen also überzeugende Argumente:

Einer von 15.000 direkt Beschäftigten der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg.

Der Branchentarifvertrag

- hält weitgehend Konflikte aus den Betrieben heraus und sichert so den Betriebsfrieden,
- nimmt den Unternehmen die zeit- und kostenintensiven Tarifverhandlungen ab,
- ist bei der Regelung komplexer Rechtsmaterien vor allem für kleine und mittlere Betriebe eine große Entlastung,
- ermöglicht durch die Friedenspflicht während der Laufzeit störungsfreie Lieferbeziehungen,
- kann auch gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen berücksichtigen.

Gleichwohl muss die Attraktivität der Branchentarifverträge als Instrument der Lohnfindung stetig verbessert werden. Der Tarifvertrag ist kein Selbstzweck. Drohende Fehlentwicklungen müssen erkannt und verhindert werden und Tarifverträge fortlaufend den sich ändernden Bedingungen angepasst und

modernisiert werden. Ein gelungenes Beispiel ist die Arbeitszeitflexibilisierung, die eine Anpassung der traditionell starren betrieblichen Arbeitszeiten an den branchentypisch stark schwankenden Arbeitsanfall zulässt. Ergänzt werden diese Regelungen zur Arbeitszeitflexibilisierung durch die exklusiv in unserem Rahmentarifvertrag gegebene Möglichkeit, mit kürzester Frist witterungsbedingte Kündigungen auszusprechen.

RAT UND TAT IN EINZELFÄLLEN

Der ISTE bietet seinen Mitgliedern, ob mit oder ohne Tarifbindung, alle Leistungen des klassischen Arbeitgeberverbandes und damit umfassende Rechtsberatung im Arbeits- und Sozialrecht.

Die individuelle Beratung ist für die Mitgliedsunternehmen nicht nur eine wichtige Dienstleistung, sondern für den Verband auch ein Instrument, um von generellen (Fehl-) Entwicklungen zu erfahren, die dann auf politischer Ebene in Tarifverhandlungen und nötigenfalls auf dem Rechtsweg im Interesse aller Mitglieder verhindert oder rückgängig gemacht, kompensiert oder abgewendet werden müssen.

**BEISPIEL: URLAUBSABGELTUNG
BEI LANGZEITERKRANKUNG**

Beispielhaft zu nennen sind die zahlreichen Auseinandersetzungen um die Abgeltung von Resturlaub. Seit der vielbeachteten „Schultz-Hoff-Entscheidung“ des EuGH im Jahr 2009 wird diskutiert, wie viel Urlaub nach langanhaltender Erkrankung einem ausscheidenden Mitarbeiter ausbezahlt ist. Der EuGH hatte in nicht nachvollziehbarer Weise aber rechtsverbindlich festgestellt, dass während langanhaltender Erkrankung der Urlaub nicht wie sonst verfallen könne. Völlig unklar war lange Zeit, wie dieses Urteil auf das deutsche Urlaubsrecht anzuwenden wäre. Wir haben von Anfang an vertreten, dass die tarifvertraglichen Ansprüche in unserer Branche eigenständig geregelt sind und daher nicht den Verfalls-Regelungen des gesetzlichen Urlaubs unterliegen. In der täglichen Auseinandersetzung konnten mit unserer Hilfe vielfach annehmbare Lösungen erreicht werden. Eine erste gerichtliche Entscheidung für unsere Tarifverträge bestätigt unsere Rechtsansicht. Eine Klarstellung im Rahmentarifvertrag muss nun mit der IG BAU verhandelt werden. So greifen Rechtsberatung, Tarifpolitik und politische Forderung nahtlos ineinander.





Der Sozialpolitische Ausschuss des ISTE (SPA) um den Sprecher Martin Kronimus (Mitte) sowie Heinz Sprenger und Arne Hilt von der Geschäftsstelle am ersten Tag der Tarifverhandlungen in Ludwigsburg im April 2013

TARIFABSCHLUSS

Die Forderung der Gewerkschaft lag zu Beginn der Tarifrunde 2013 bei 6,6% mehr Lohn und Gehalt bei einer Vertragslaufzeit von zwölf Monaten. In den Abendstunden der zweiten Verhandlungsrunde am 4. Juni 2013 in Ludwigsburg konnte nach langen Verhandlungen eine Tarifeinigung erreicht werden. Es wurde ein Tarifvertrag mit einer 23-monatigen Laufzeit vereinbart, wonach zunächst eine Entgelterhöhung in Höhe von 3,0% für die ersten 13 Monate erfolgte und eine weitere Entgelterhöhung in Höhe von 2,7% für die verbleibenden 10 Monate. Bezogen auf die 23-monatige Laufzeit errechnet sich somit eine durchschnittliche jährliche Belastung von effektiven 2,83%. Die Zusatzvereinbarungen des Tarifabschlusses 2012 zur Leiharbeit und Übernahme von Auszubildenden wurden auch im Tarifvertrag 2013 wieder aufgenommen.

Die Verhandlungen fanden vergangenes Jahr in einer konstruktiven Atmosphäre statt. Die Chancen für die Baustoffindustrie aus dem Wohnungsbau und die Risiken aus dem öffentlichen Hoch- und Tiefbau sowie dem Verkehrswegebau wurden intensiv diskutiert, aber bis zum Ende unterschiedlich bewertet. Der lange Winter und das verregnete Frühjahr

machten sich in unserer Branche stark bemerkbar. Von Januar bis April 2013 verzeichnete die Branche deshalb bei der Produktion einen Rückstand von 8%. Dennoch wurde der Tarifabschluss von der Verhandlungskommission des ISTE insgesamt als tragfähig angesehen und einstimmig angenommen.

GUTER LOHN FÜR GUTE ARBEIT

Der SPA-Vorsitzende Martin Kronimus sieht in diesem Tarifabschluss auch eine Chance im Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und hat in einer Pressemitteilung erklärt: „Die Zement-, Beton- und Baustoffindustrie bietet damit finanziell attraktive Arbeitsplätze, weit weg von jeder Mindestlohn-Diskussion.“

Damit ist es den Tarifvertragsparteien gelungen, für Baden- Württemberg einen Abschluss zu finden, der zum einen die konjunkturellen Chancen im Wohnungsbau, aber auch die erheblichen Risiken im Wirtschaftsbau, öffentlichen Hoch- und Tiefbau und im Straßen- und Verkehrswegebau berücksichtigt.



Nicht auf Sand gebaut – Tarifabschluss 2013 (v.l.n.r.): Gabriele Kailing, Abteilungsleiterin Tarifpolitik Baustoff der IG BAU, Harald Schaum, Verhandlungsführer und Mitglied des Bundesvorstands der IG BAU, Martin Kronimus, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses im ISTE, Heinz Sprenger, stellv. Hauptgeschäftsführer und verantwortlich für Tarifpolitik im ISTE



EINZELBERATUNG

Der ISTE bietet seinen Mitgliedern schnelle und fundierte arbeits- und sozialrechtliche Beratung durch seine Fachjuristen Heinz Sprenger und Arne Hilt.

Zu unseren Leistungen im Arbeits- und Sozialrecht zählen insbesondere die Beratung und Vertretung

- bei der Vertragsgestaltung,
- bei der Vertragsbeendigungen – häufig durch Kündigung, aber auch im Wege einvernehmlicher Lösungen,
- in behördlichen Verfahren, z. B. beim Integrationsamt,
- in Verhandlungen und Verfahren nach dem Betriebsverfassungsgesetz,
- in Verhandlungen mit Sozialversicherungsträgern (z. B. Rentenversicherung, Berufsgenossenschaft, ...),
- in Verhandlungen mit der Gewerkschaft.

Besonders kleinere und mittlere Unternehmen ohne eigene Rechtsabteilungen profitieren von den zusätzlichen Leistungen für die tägliche Personalarbeit, wie

- dem kostenlosen Zugang zu branchenspezifischen und auf die Tarifverträge abgestimmten Mustern für die Personalarbeit, zum Beispiel Arbeitsverträge,
- regelmäßige Schulungen zur Personalarbeit, gezielt auch für fachfremde Verantwortungsträger der Mitgliedsunternehmen.

PROZESSVERTRETUNG

Die Beratung und Vertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten gehört zu den Leistungen des Verbandes. Besteht besonderer Beratungsbedarf, der über das Übliche und Mögliche hinausgeht, vermittelt der ISTE bewährte Fachanwälte im Arbeitsrecht, die unseren Mitgliedern zum Teil im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen zu besonders günstigen Konditionen zur Verfügung stehen.

Für die Beratung und Begleitung bei nur einer Kündigung und der Vertretung im anschließenden Kündigungsschutzprozess sparen die Mitglieder bei einem Bruttomonatsentgelt des Mitarbeiters von 2.600,00 Euro durch die Unterstützung des Verbandes ca. 1.500,00 Euro an Anwaltshonorar nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz.

PERSONALARBEIT

Die tägliche Unterstützung unserer Mitglieder reicht von der rechtssicheren Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses bis zur Verhandlung mit dem Betriebsrat über die Einführung der tariflichen Arbeitszeitmodelle.

EINZELFÄLLE

Über die teilweise bemerkenswerten Erfahrungen in der Einzelberatung zu berichten, verbieten unsere Grundsätze zur vertrauensvollen Zusammenarbeit und gesetzliche Schweigepflichten. Zu bemerken ist aber, dass nach wie vor Auseinandersetzungen um fristlose Kündigungen einen Schwerpunkt in der Beratungspraxis bilden. In diesen Verfahren steht regelmäßig auf allen Seiten wenig Verhandlungsspielraum zur Verfügung, aber viel auf dem Spiel. Ein sehr hohes Maß an Leidenschaft ist seitens der Arbeitgeber gefordert, denen nicht selten von den Richtern am Arbeitsgericht in einer sicheren „Hinterher-Betrachtung“ vorgeworfen wird, sie seien zu Beginn zu nachlässig gewesen und am Ende zu empfindlich. Mit der nötigen Erfahrung, dem Blick für das Machbare und (möglichst) frühzeitiger Beratung und Vorbereitung lässt sich dennoch vieles lösen. Dafür stehen wir den Mitgliedern stets zur Verfügung.

Die für die Personalarbeit wichtige Quintessenz aus all diesen Verfahren geben wir im Rahmen unserer Schulungsveranstaltungen regelmäßig weiter.

Heinz Sprenger im Gespräch mit dem DGB-Landesvorsitzenden Nikolaus Landgraf (links)

Martin Kronimus diskutiert mit den Mitgliedern über tarifpolitische Ziele.



VERANSTALTUNGEN

Im Jahr 2013 haben wir im Bereich Arbeits- und Sozialrecht ca. 100 Teilnehmer in meist kleinen Gruppen geschult, z. T. als Inhouse-Seminare. Nicht nur die Vermittlung fachlicher Informationen war uns ein Anliegen, sondern auch der Kontakt und Austausch zwischen den Teilnehmern und zu den Referenten.

Neben den Schulungen zu reinen Personalthemen für die Geschäftsführungen und Personalleiter, haben wir den Vorteil von Fachveranstaltungen genutzt, spezifische Themen anzusprechen:

21. März 2013

BETONPUMPENTAGUNG – HAFTUNG AUF BAUSTELLEN

Der Einsatz von Personal außerhalb des eigenen Betriebs ist für die Betonpumpenbetreiber von besonderer Bedeutung. Deshalb haben wir auf der Fachtagung Betonpumpen das Thema Haftung und Personaleinsatz bei Unfällen oder Schäden auf Baustellen ausführlich beleuchtet und konnten zahlreiche Fragen aus dem Kreis der Teilnehmer diskutieren und beantworten.

7. November 2013

PERSONALLEITERSCHULUNG 2013 – DRITTPERSONALEINSATZ

In unserer größten Veranstaltung haben wir uns ausführlich des Themas Drittpersonaleinsatz angenommen. Sowohl in Politik und Medien sind die Themen Leiharbeit und Scheinselbstständigkeit unvermindert aktuell, als auch in der täglichen Praxis. Auch für langfristige Entscheidungen in der Personalentwicklung sind hier Hilfestellungen wichtig, wenn es z.B. um die Frage geht, ob der Arbeitskräftebedarf mit Leiharbeitnehmern flexibel gedeckt werden kann, oder ob Arbeiten ganz fremd vergeben und dennoch die vorhandenen Produktionsmittel eingesetzt werden können. Bei diesen Themen ist der persönliche Erfahrungsaustausch unersetzlich. Hier bieten wir die geeignete Plattform.

Die persönlichen Kontakte auf unseren Veranstaltungen zu den externen und eigenen Referenten schließlich erleichtern die weitere individuelle Beratung, die nicht im Rahmen einer Schulungsveranstaltung erfolgen kann oder soll.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

TARIFTREUE- UND MINDESTLOHNGESETZ

In den vergangenen Jahren wurden in mehreren Bundesländern sogenannte Tariftreue- oder Vergabegesetze verabschiedet.

Auch in Baden-Württemberg wurde am 10. April 2013 ein Tariftreue- und Mindestlohngesetz (LMTG) beschlossen, das im Jahr 2013 in Kraft getreten ist.

Als unmittelbarer Lieferant der betroffenen Bauunternehmungen hat dieses Gesetz auch in unserer Branche Auswirkungen. Vielfach wurden bereits zuvor irrtümlicherweise auch von unseren Mitgliedsunternehmen Tariftreue-Erklärungen oder Vergleichbares gefordert. Andernfalls droht der Lieferausschluss. Der Umfang der Erklärungen und die Zahl der Erklärungen ist nun weiter gestiegen, ohne dass sich für die betroffenen Beschäftigten Vorteile bieten, denn die bei den Kunden unserer Mitglieder meist einschlägigen Tarifverträge für das Bauhauptgewerbe sind ohnehin schon lange für allgemeinverbindlich erklärt und die Auftraggeberhaftung im Arbeitnehmerentsendegesetz geregelt.



Claus Schmiedel lobt die Tarifpartnerschaft zwischen ISTE und IG BAU. Die Branche liegt deutlich über Mindestlohniveau (s. S. 107)

Guter Lohn für gute Arbeit: Die Steine- und Erdenindustrie bietet vielfältige und attraktive Arbeitsplätze.

Ob das neue Tariftreue- und Mindestlohngesetz verfassungskonform ist, ist fraglich. Der Landesgesetzgeber kann auf diesem Gebiet nur Regelungen treffen, soweit der Bundesgesetzgeber nicht bereits tätig geworden ist. Nach richtiger Ansicht ist mit dem System der Allgemeinverbindlicherklärung auf Bundesebene der Schutz durch staatlich legitimierte Mindestarbeitsbedingungen abschließend geregelt.

Für die landesrechtliche Regelung von Mindestarbeitsbedingungen besteht daher rechtlich kein sinnvoller Spielraum und in der Sache kein Bedarf. Spätestens mit der in § 11 des LMTG vorgeschriebenen Überprüfung der Gesetzesfolgen vier Jahre nach Inkrafttreten, sollte das LMTG ersatzlos aufgehoben werden.

BUNDES-MINDESTLOHNGESETZ

Im Koalitionsvertrag vom 27. November 2013 haben sich CDU/CSU und SPD auf einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde geeinigt. Dabei soll dieser bundesweit geltende gesetzliche Mindestlohn ab dem 1. Januar 2015 gelten. Für bestehende Tarifverträge soll eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2016 festgelegt werden. Auf die Tarifverträge für die Beschäftigten in der Steine- und Erdenindustrie in Baden-Württemberg haben diese Bestimmungen unmittelbar keinen Einfluss, denn die unterste Lohngruppe liegt weit über dem vorgesehenen gesetzlichen Mindestlohn.

Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn halten wir dennoch für rechts- und tarifpolitisch falsch. Zum einen stellt ein solches Vorhaben ein Risiko für Arbeitsplätze in anderen Regionen Deutschlands und in anderen Branchen dar und zum anderen ein Risiko für die über Jahrzehnte erfolgreich im Land gelebte Tarifautonomie. Wo es erforderlich erscheint, können bereits jetzt durch das Arbeitnehmerentsendegesetz (AentG) und das Mindestarbeitsbedingungengesetz (MiArbG) sowie durch die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) Mindestlöhne eingeführt werden, die in Branchen mit einem geringen Lohnniveau eine Absicherung von Mindestentgelten gewährleisten.

GEFAHR FÜR TARIFAUTONOMIE

Jede Form von staatlicher Lohnfestsetzung darüber hinaus stellt eine Gefahr für die Tarifautonomie dar. Pauschale Eingriffe in das Tarifgefüge hebeln gültige Tarifverträge aus und ignorieren die Expertise und Problemlösungsfähigkeit der Tarifvertragsparteien. Auch wird so das Zusammenwirken der abgestimmten Tarifregelungen, wie beispielsweise das Verhältnis von Grund- und Leistungsentgelt ignoriert und der Gestaltungsspielraum der Tarifvertragsparteien empfindlich eingeschränkt. Am Ende wird so auch die Tarifbindung gefährdet. Das geplante Mindestlohngesetz stellt daher einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die grundrechtlich verankerte Tarifautonomie dar und darf deshalb nicht verabschiedet werden.

»Die Ausweisung von Rohstoffsicherungsflächen in den Regionalplänen ist das einzige Planungsinstrument, um den Interessen einer langfristig angelegten Rohstoffsicherung annähernd gerecht zu werden.«



Dr. Markus Schauer,
Schwenk Zement KG, Ulm,
Mitglied des Umwelt- und
Rohstoffausschusses (URA)
im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Der ISTE bündelt die Belange der Rohstoffwirtschaft und tritt gegenüber der Regional- und Landesplanung und den betroffenen Fachbehörden als Interessensvertreter und fachlicher Ansprechpartner auf. Tätigkeitsschwerpunkt ist die aktive Begleitung der Rohstoffsicherung in den Regionalplänen der zwölf Planungsregionen im Land. Darüber hinaus bringt sich der ISTE in sämtlichen überörtlichen Planungen ein, die in direktem oder indirektem Zusammenhang zu den Rohstoffgewinnungsstätten des Landes und deren Gesteinsvorkommen stehen.

Ziel ist eine nachhaltige Rohstoffsicherung. Dafür werden in den überörtlichen Plänen und Programmen die räumlichen Voraussetzungen geschaffen – durch Gebietsdarstellungen für die langfristig vorsorgende Sicherung sowie die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen.

VERBRAUCHSNAHE ABBAUSTÄTTEN SIND WICHTIG

Angestrebt wird eine dezentrale Verteilung der Rohstoffgewinnungsstätten und der zu sichernden Flächen über das Land. Hierdurch werden Transportwege minimiert und Emissionen durch den Verkehr vermieden. Standortkonzentrationen sollen durch die Regionalplanung aus Sicht des ISTE vermieden werden, um keine übermäßigen Beeinträchtigungen an wenigen Großstandorten entstehen zu lassen. Die Rohstoffe werden überall benötigt, so dass die Akzeptanz von mehr, aber kleineren Abbaustätten mit geringeren Umweltauswirkungen einer gerechteren Verteilung Rechnung trägt.

VEREINZELTE NEUAUFSCHLÜSSE SIND NÖTIG

Bestehende Abbaustätten sollen bis zur Neige abgebaut werden. Der Erweiterung ist gegenüber Neuaufschlüssen der Vorzug zu geben. Letztere sind aber nicht ausgeschlossen und für die mittel- und längerfristige Sicherstellung der Rohstoffgewinnung unerlässlich.



Nicht einmal 0,2 Prozent der Fläche des Landes wird vorübergehend für die Rohstoffgewinnung genutzt. Der Zugriff auf heimische Ressourcen muss auch für die nachfolgenden Generationen sichergestellt werden.

Diese Neuaufschlüsse sind an Standorten mit hoher Rohstoffmächtigkeit und -qualität, mit möglichst geringen Nutzungskonflikten und geringen Abraummächtigkeiten zu errichten. Die Mitnutzung bestehender Werksinfrastruktur ist vorteilhaft, insbesondere auch von Schiffsverladeanlagen an Rhein und Neckar. Die Abbaustätten in Baden-Württemberg werden unter Berücksichtigung aller relevanten Schutzgüter optimiert. Schließlich sollen die Produkte entsprechend ihrer Qualität einer möglichst hochwertigen Verwendung zugeführt werden. Um in der Regionalplanung die tatsächlichen Schwierigkeiten in den Genehmigungsverfahren, beim Grunderwerb und beim Abbau selbst angemessen zu berücksichtigen, ist auf eine realitätsnahe Dimensionierung der Vorranggebiete durch die Beachtung von entsprechenden Zuschlägen aus dem Rohstoffsicherungskonzept Stufe 2 zu achten.

BEDARFSUNABHÄNGIGE ROHSTOFFSICHERUNG

Der ISTE befürwortet außerdem eine bedarfsunabhängige Rohstoffsicherung, um langfristig die Zugänglichkeit zu bauwürdigen Rohstoffvorkommen sicherzustellen. Die Überplanung dieser Vorkommen durch bauliche, wasser- oder naturschutzrechtliche Vorhaben ist mit einer nachhaltigen Entwicklung nicht vereinbar.

Die Rohstoffwirtschaft leistet durch die Berücksichtigung der vorgenannten Grundsätze einen wesentlichen Beitrag für funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe und stellt insbesondere im ländlichen Raum dauerhaft Arbeitsplätze zur Verfügung. Der ISTE setzt sich intensiv dafür ein, dass diese Strukturen erhalten und gefördert werden und Baden-Württemberg seinen Baustoffbedarf weiterhin aus heimischen Lagerstätten decken kann.

WAS SIE SCHON IMMER ÜBER IHREN STANDORT WISSEN WOLLTEN!

Nachhaltige Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung braucht raumbezogene Geodaten zu Lagerstätten und Umweltinformationen. Hierzu wurde www.GisInfoService.de 2005 vom ISTE geschaffen und über das Leitprojekt „GeoRohstoff“ der Kommission für Geoinformationswirtschaft des Bundeswirtschaftsministeriums bundesweit für die mineralische Rohstoffindustrie und ihre Verbände weiterentwickelt. GisInfoService bietet neben den Basisinformationen wie Luftbilder und Schutzgebiete nicht nur für die Rohstoffwirtschaft die Möglichkeit zur Einbindung betriebsspezifischer Rauminformationen und eine ausgefeilte Grundstücksverwaltung.

Weiter Informationen unter www.gisinfoservice.de

Der Mittelstandsbeauftragte der Landesregierung, Peter Hofelich MdL, SPD, setzt sich für die mittelständische Struktur der rohstoffgewinnenden Betriebe ein.



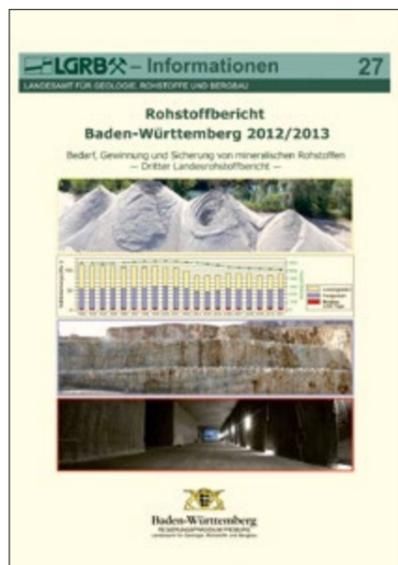
ROHSTOFFDIALOG IM MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Im Rahmen des Rohstoffdialogs des Landes hat am 23. September 2013 der Arbeitsdialog zu den heimischen Rohstoffen unter Leitung des Mittelstandsbeauftragten der Landesregierung, Peter Hofelich MdL (SPD), stattgefunden. Hierbei wurden insbesondere die Leistungen und Anforderungen der mittelständischen Naturwerksteinindustrie erörtert. Albrecht Lauster, Vorsitzender der Fachgruppe Naturwerkstein im ISTE, erläuterte hierzu die Chancen für die heimische Baukultur und die Denkmalpflege sowie die Nöte und Hürden zur Erschließung von Werksteinvorkommen. Des Weiteren wurde der Konzentrationsprozess in der Steine- und Erdenindustrie und seine Auswirkungen auf die durch kleine und mittlere Unternehmen geprägte Struktur erörtert. Der Mittelstandsbeauftragte sieht den Erhalt des Industriestandortes wesentlich durch das Fortbestehen der mittelständischen Struktur der rohstoffgewinnenden Unternehmen beeinflusst. Die Landesregierung möchte die Bewusstseinsbildung für heimische Rohstoffe verstärken.

DRITTER LANDESROHSTOFFBERICHT

Der Rohstoffbericht 2012/2013 des Landesamtes für Geologie, Rohstoffe und Bergbau liefert umfangreiche Erkenntnisse zur Erkundung und Kartierung der mineralischen Rohstoffe Baden-Württembergs, zeigt Zeitreihen zur Gewinnung mineralischer Rohstoffe seit 1992 auf und gibt Ein- und Ausblicke aus den Bereichen Rohstoffsicherung, Aufsuchung, Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung mineralischer Rohstoffe.

Die mittlere jährliche Fördermenge heimischer Rohstoffe liegt in Baden-Württemberg, wie schon in den vergangenen Jahrzehnten bei gut 100 Mio. Tonnen



pro Jahr. Nach starken baukonjunkturellen Einbrüchen zu Beginn des Jahrtausends und der Ausweitung des qualifizierten Baustoffrecyclings hat sich seit dem Jahr 2006 die Rohfördermenge bei gut 90 Mio. Tonnen pro Jahr stabilisiert. Allerdings wird diese Menge aus immer weniger Gewinnungsstätten entnommen: In den vergangenen zehn Jahren ist ein Rückgang um rund 100 Werke zu verzeichnen. Zum Erhalt der verbrauchernahen, dezentralen Rohstoffversorgung und der Erschließung von flächenschonenden, überdurchschnittlich mächtigen Rohstoffvorkommen sollten die Regionalverbände im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung und Rohstoffversorgung von Ihrer Gestaltungsmöglichkeit und -pflicht Gebrauch machen. Der Regionalverband Südlicher Oberrhein stellt sich im 1. Entwurf des fortzuschreibenden Regionalplans dieser Verantwortung und lenkt den Kiesabbau auf gut geeignete neue Standorte. Hier erfolgt die Rohstoffsicherung bewusst für die nächsten 40 Jahre. Demgegenüber wird die Pla-

Der Rohstoffbericht zeigt die Entwicklung der Rohstoffgewinnung im Land: Erkundung hochwertiger Vorkommen und Neuaufschlüsse sind unumgänglich.

Region	Verbindlicher Regionalplan (Teil Rohstoffe)	ISTE-Aktivität	Stand Fortschreibung
Bodensee-Oberschwaben	2003	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Donau-Iller	2006	Ja	Vorüberlegungen zur Fortschreibung
Heilbronn-Franken	2006 2011 (Änderung)	Nein	
Hochrhein-Bodensee	2005	Ja	Regionalplanänderung in Genehmigung
Mittlerer Oberrhein	2003 (Lockergestein) 2006 (Festgestein)	Ja	Satzungsbeschluss in Erarbeitung
Neckar-Alb	1995	Ja	In Genehmigung
Nordschwarzwald	2000	Ja	In Genehmigung
Ostwürttemberg	1998	Ja	Entwurf in Erarbeitung
Rhein-Neckar	1992	Ja	In Genehmigung
Schwarzwald-Baar-Heuberg	2010	Nein	
Stuttgart	2010	Nein	
Südlicher Oberrhein	1999	Ja	Zweiter Entwurf in Erarbeitung

nungskonzeption der Region Mittlerer Oberrhein den Konzentrationsprozess weiter verschärfen, so erhalten einige Baggerseen keine Vorranggebiete und auf Neuaufschlüsse wird ebenso verzichtet. Die Konsequenzen werden u.a. erhöhtes Transportaufkommen, Rohstoffzufuhren und ein schnellerer Abbau der verbliebenen Lagerstätten sein.

Eine sehr ungünstige Entwicklung zeigt der Rohstoffbericht im Rückgang der aktuellen Abbaugelände und der genehmigten Erweiterungsflächen seit 2006 um insgesamt rund 690 Hektar auf. Dies dürfte einerseits auf langwierige Genehmigungsverfahren, die restriktivere Darstellung von Rohstoffgebieten in den Regionalplänen und auf den Rückgang der Gewinnungsstätten selbst zurückzuführen sein.

Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zeigt auch die zunehmenden nicht verwertbaren Anteile in den Abbaustätten auf. Sowohl Unternehmen als auch die planenden Regionalverbände sind aufgerufen, zur Minimierung des Energieeinsatzes bei der Gewinnung und Aufbereitung der Rohstoffe die Gewinnung auf höherwertige Vorkommen zu lenken. Die Mitbetrachtung von Neuaufschlüssen ist hierfür aus Sicht des Umweltministeriums und des ISTE unerlässlich.

REGIONALPLAN – (TEIL-)FORTSCHREIBUNGEN ZUR ROHSTOFFSICHERUNG

Neun von zwölf Regionen befinden sich in unterschiedlichen Stadien des Fortschreibungsprozesses (siehe Tabelle oben). Raumnutzungskonflikte nehmen zu, Abwägungsbelange, normative Vorgaben und der teils massive Widerstand verschiedener Interessensgruppen engen den planerisch leicht erzielbaren Gestaltungsspielraum immer mehr ein. Der weitere Gestaltungsspielraum muss gegenüber den anderen Interessensgruppen ausführlich begründet werden, wodurch die Fortschreibungsverfahren immer mehr Zeit in Anspruch nehmen. Der ISTE setzt sich entschieden für eine nachhaltige Rohstoffsicherung auf regionaler Ebene ein. Auf örtlicher Ebene müssen die Unternehmen durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit der Rohstoffgewinnung und -sicherung erläutern und für die nötige Akzeptanz werben. Der ISTE unterstützt seine Mitgliedsbetriebe durch Broschüren, Informationstafeln und Flyer. Außerdem wünscht sich die Rohstoff gewinnende Industrie eine breitere Unterstützung der Landes-, Regional- und Kommunalpolitik, da private und öffentliche Vorhaben auf Baustoffen basieren, die kostengünstig, umweltfreundlich, qualitativ hochwertig und unter zeitgemäßen Arbeitsbedingungen aus heimischen Rohstoffen produziert werden.

REGIONEN NORDSCHWARZWALD UND RHEIN-NECKAR

Die beiden (Teil-)Regionalpläne liegen beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zur Genehmigung vor. Diese werden für beide Pläne noch im Laufe des Jahres 2014 erwartet. Beide Planungen tragen der Rohstoffsicherung umfangreich Rechnung, wobei an einzelnen Standorten aufgrund der örtlichen Gegebenheiten auch Abstriche in Kauf genommen werden mussten.

REGION NECKAR-ALB

Der Regionalplan Neckar-Alb wurde im November 2013 von der Verbandsversammlung beschlossen und dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zur Genehmigung vorgelegt. Aus verschiedenen Gründen wird aus heutiger Sicht an einzelnen Standorten die Planung den Anforderungen an die Rohstoffsicherung nicht in vollem Umfang gerecht. Der ISTE begrüßt den Ansatz des Regionalverbandes, hierfür nach der Genehmigung des Planes, ggf. ein Planänderungsverfahren einzuleiten.

REGION MITTLERER OBERRHEIN

Der Regionalverband hat nach mehr als zweieinhalb Jahren nach der ersten Offenlage im Februar 2014 einen konsolidierten zweiten Planentwurf offengelegt. Darin befinden sich, mit Ausnahme von sechs Flächen, alle geplanten Vorranggebiete im Bereich der vom ISTE bereits im Jahr 2009 gemeldeten Interessensgebiete.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann auf dem Forum Bürgerbeteiligung des VDI am 27. März 2014

Staatsrätin Gisela Erler, Peter Leifgen (Heidelberg Cement AG, rechts) und Thomas Beißwenger diskutieren beim Forum Bürgerbeteiligung des VDI.



Der zweite Planentwurf beinhaltet eine zu sichernde Rohstoffmenge von rund 300 Mio. Tonnen für einen Zeitraum von 30 Jahren. Damit bleibt der Regionalverband hinter der Bedarfsberechnung der Industrie zurück. Lediglich wenn alle Flächen innerhalb des Planungszeitraums zur Auskiesung kommen, alle theoretischen Tieferbaggerungspotenziale genutzt werden können und beste rohstoffgeologische Verhältnisse angetroffen werden, kann der ermittelte Bedarf weiterhin aus den regionalen Gewinnungsstätten gewonnen werden. Eine zukunftsgerichtete Planung mit Erweiterungsseen und Neuaufschlüssen, die die Gewinnung bewusst in rohstoffgeologisch gute und konfliktarme Flächen lenken würde, findet nicht statt. Einige kleine und mittlere Unternehmen sehen sich ihrer Rohstoffquelle beraubt, weil keine Neuaufschlüsse bereitgestellt und weitere Flächen mit Ausschlussgebieten überzogen werden. Die Belange der Wirtschaft und des Umweltschutzes werden nicht mit entsprechendem Gewicht berücksichtigt. Aus unserer Sicht ist der jetzige Entwurf nicht nachhaltig.

Die Interessen der Kies gewinnenden Unternehmen und des Verbandes wurden in der Stellungnahme vom März 2014 und in ergänzenden Gesprächen

mit der Geschäftsstelle artikuliert und harren derzeit der Abwägung durch den Regionalverband. Der Teilregionalplan Sand und Kies soll im Juli 2014 von der Verbandsversammlung beschlossen werden (siehe auch Exkurs S. 36).

REGION SÜDLICHER OBERRHEIN

Der Entwurf des Regionalplans vom Juli 2013 stellt eine überwiegend angemessene Planung dar. Zur Neigehenden oder aufgrund von Nutzungskonflikten nicht erweiterbaren Abbaustätten wird eine ausreichende Anzahl an Anschlussabbauen oder Neuaufschlüssen planerisch zur Verfügung gestellt. Dem Grundsatz des Rohstoff-sicherungskonzeptes „Erweiterung vor Neuaufschluss“ wird voll Rechnung getragen, aber im Gegensatz zur Region Mittlerer Oberrhein, zukunftsgerichtet ausgestaltet. Die Unternehmen und der ISTE tragen durch umfassende Stellungnahmen zur weiteren Optimierung der Planung bei.

REGIONEN BODENSEE-OBERSCHWABEN UND OSTWÜRTTEMBERG

Der ISTE hat den Regionalverbänden Meldungen der Interessensgebiete sowie entsprechende Begründungen zur Verfügung gestellt. Entwürfe der Regionalpläne liegen noch nicht vor. Der ISTE steht im Zuge der Erarbeitung der Regionalpläne in regem Kontakt mit den Regionalverbänden.

BÜRGERBETEILIGUNG IN PLANUNGS- UND ZULASSUNGSVERFAHREN

Erfolgreiche Unternehmer zeichnen sich durch eine gute und angemessene Kommunikation und Darstellung ihrer Betriebe sowie Vorhaben aus. Über Jahrzehnte hinweg hat die mittelständisch geprägte Branche hierfür geeignete Instrumente für die örtlichen Bedürfnisse entwickelt.

Die am 1. März 2014 in Kraft getretene „Verwaltungsvorschrift der Landesregierung zur Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren“ sieht zwar für private Vorhaben keine Verpflichtung zur Öffentlichkeitsbeteiligung über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus vor, jedoch eine Hinwirkungspflicht der Behörden auf die privaten Vorhabenträger.

Mit früher Öffentlichkeitsbeteiligung, nicht-förmlicher Öffentlichkeitsbeteiligung, Beteiligungsscoping, öffentlichem Erörterungstermin, nachlaufender Öffentlichkeitsbeteiligung und einem Einigungsgrundsatz wird eine Maßnahmenbatterie dargestellt, die für Vorhaben der Steine- und Erden-



Exkursion mit Geographielehrern im Steinbruch August Hutter GmbH, Neresheim

Öffentlichkeitsarbeit für die rohstoffgewinnende Industrie durch Norbert Schmid (Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG) bei der Tour de Ländle in Pfullendorf



industrie nicht angemessen ist. Wir empfehlen deshalb, die bisher gelungene Kommunikation von Vorhaben fortzusetzen und dies gegenüber den Behörden zu begründen. Sofern ein weiteres Bedürfnis an Information und Kommunikation bei der Bevölkerung besteht, können einzelne Instrumente aus der Verwaltungsvorschrift genutzt werden. Ergänzend kann der Leitfaden für eine neue Planungs- und Beteiligungskultur (Planungsleitfaden) des Landes freiwillig herangezogen werden.

Der Entwurf zur Verbändeanhörung des Landesumweltverwaltungsgesetzes sieht darüber hinaus eine verpflichtende frühe Öffentlichkeitsbeteiligung für private Vorhaben vor, darunter auch für die meisten Zulassungsverfahren der Steine- und Erdenindustrie. Ebenso sollen die Scopingtermine künftig öffentlich erfolgen. Der ISTE hat zu dem Gesetzesentwurf Stellung bezogen und lehnt die neuen landesrechtlichen Regelungen, die über das bestehende Bundesrecht hinausgehen, ab. Durch die Regelungen wird Widerstand auf Vorhaben konzentriert, die Verfahrensdauer wird verlängert, und der fachliche Dialog zwischen Vorhabenträger und Behörden wird emotional überprägt.

Der ISTE und seine Mitgliedsunternehmen stehen für Kommunikationswege, die standort- und den jeweiligen Vorhaben angemessen außerhalb der gesetzlichen Verfahren beschränkt werden. Eingriffe in eine über Jahrzehnte gewachsene Unternehmenspolitik durch gesetzliche Überregulierung lehnen wir ab.

Diese Thematik wurde ausführlich im Rahmen eines Workshops auf der Winterarbeitstagung in Saalfelden von Lothar Benzel und Daniela Haussmann beleuchtet.

WINDKRAFTPLANUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Regionalverbände in Baden-Württemberg befinden sich in unterschiedlichen Verfahrensständen zur Teilfortschreibung ihrer Regionalpläne im Bereich Windkraft, die durch die Änderung des Landesplanungsgesetzes im Jahr 2012 erforderlich wurden. Die zu Beginn der Verfahren aufgetretenen Konflikte zwischen Rohstoffsicherung und Windkraft konnten überwiegend im guten Dialog mit den planenden Stellen ausgeräumt werden, so dass lediglich noch Einzelfälle einer Lösung zugeführt werden müssen.

Schwierig stellt sich hingegen die neue Planungsmöglichkeit für Windkraftkonzentrationszonen durch die Gemeinden dar. Häufig werden Rohstoffvorranggebiete und Vorsorgeabstände nicht in den Planungen beachtet, so dass ohne Interventionen der betroffenen Betriebe, des Industrieverbandes und der jeweiligen Regionalverbände Kollisionen mit der Rohstoffgewinnung entstehen. Zahlreiche Problemfälle konnten durch Hinzuziehen des ISTE zur jeweiligen Bauleitplanung gelöst werden.

Die Teilnehmer an der Schulung zum GisInfoService-Grundstücksmodul im Haus der Baustoff-Industrie in Ostfildern

Die Geologin und GIS-Spezialistin Katja Schaber-Mohr betreut erfolgreich Mitglieder der rohstoffgewinnenden Verbände in Deutschland.



GISINFOSERVICE

GisInfoService ist in allen Bundesländern online und wird seit vielen Jahren von den Rohstofflandesverbänden unterstützt.

Nach größeren Umstellungen im vorangegangenen Jahr bewegte sich das Online Informationssystem der Branche 2013 in eher ruhigem Fahrwasser. Im Berichtsjahr wurde die Homepage grundlegend überarbeitet sowie der Flyer für GisInfoService um das Grundstücksmodul ergänzt und bundesweit in der „Szene“ verteilt.



Die Grundstücksverwaltung von GisInfoService ist ein echter Mehrwert für Unternehmen mit mehr als 50 Flurstücken.

Die Nutzer machen weiterhin Optimierungsvorschläge, sodass kleinere Überarbeitungen auch in 2013 durchgeführt wurden. Unter anderen waren dies:

- automatische Strecken-, Flächen- und Umfangberechnung beim Zeichnen von Linien und Polygonen,
- Drucken des aktuellen Kartenausschnittes ohne Formatvorgabe,
- Verschlüsselung aller Verbindungen über GisInfoService zur besseren Datensicherheit

GRUNDSTÜCKSMODUL ENTWICKELT SICH STÄNDIG WEITER

Das Branchenwerkzeug zur Liegenschaftsverwaltung wird in Abstimmung mit den Nutzer permanent weiter entwickelt. Derzeit finden Überarbeitungen zur Darstellung aller „eigenen“ Flächen im Kontrast zu allen „fremden“ Flächen für einen noch schnelleren Überblick statt. Auch die Verknüpfung von Dokumenten und Satellitendaten wie Pacht, Kauf, Verkauf und Belastungen werden neu geordnet.

AUS DER KOMMISSION FÜR GEOINFORMATIONSWIRTSCHAFT

Der ISTE arbeitet seit rund 10 Jahren für die bundesdeutsche Rohstoffwirtschaft in der Kommission für Geoinformationwirtschaft (GIW-Kommission) mit. In diesem Gremium wird an der optimierten Nutzung von öffentlichen Geodaten für die Wirtschaft gearbeitet.

Die Selbstverpflichtungserklärung der Wirtschaft (Code of Conduct „CoC“) zur Nutzung personenbezogener Geodaten (z.B. Eigentümer von Grundstücken aus dem Liegenschaftsbuch) ist in der Bundesdatenschutzkonferenz und im Düsseldorfer Kreis der Datenschutzbeauftragten erörtert worden und auf positive Resonanz gestoßen. Hier hat sich die gemeinsame Erarbeitung mit den Aufsichtsbehörden in den letzten zwei Jahren bewährt – ein bisher einmaliger Vorgang zwischen Wirtschaft und Datenschützern und vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen zum Datenschutz sicher von besonderem Wert. Auf Grundlage des CoC werden wir nun den Zugriff auf die Eigentümerdaten von Grundstücken aus ALKIS (Amtliches Liegenschaftskatasterinformationssystem) über GisInfoService angehen. Pilotregionen sollen Baden-Württemberg und Bayern werden.



Der neue GisInfoService-Flyer informiert auch über das Grundstücksmodul.



Umweltminister Franz Untersteller und Thomas Beißwenger im Fachgespräch auf der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Esslingen

Auf den Baustofftagen 2013 in Filderstadt informierten sich Unternehmen, Verwaltung und Politik über aktuelle Themen rund um den Einsatz von Primär- und Sekundärrohstoffen.

VERANSTALTUNGEN

3. Juli 2013

TECHNISCHE REKULTIVIERUNG VON ABBAUSTÄTTEN

Waldinanspruchnahme, Bereitstellung von Verfüllraum und Herstellung geeigneter Standortbedingungen für Wiederaufforstung als raumplanerischer Belang

10. Oktober 2013

BAUSTOFFTAGE 2013

16. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG

Bereitstellung von Verfüll- und Deponierungsvolumen in Baden-Württemberg durch Kommunen und Rohstoffgewinnungsbetriebe

29. Oktober 2013

ARBEITSKREIS GRUNDSTÜCKSMODUL GISINFOSERVICE

27. November 2013

16. GENEHMIGUNGS-VERFAHRENSSEMINAR

Fachrechtliche Belange mit Auswirkungen auf die Rohstoffsicherungs- und Abbauplanungen; Verfüllung und Deponierung als Nachnutzungsmöglichkeit von Abbaustätten

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Politische Unterstützung der regionalen Rohstoffsicherung bei den Fortschreibungen der Regionalpläne und Vermittlung der Erforderlichkeit einer dezentralen und nachhaltigen Rohstoffgewinnung gegenüber der Bevölkerung und sonstigen Interessensgruppen.
- Verlängerung der Laufzeiten der Genehmigungen für Abbauvorhaben bzw. Durchsetzung der Regelungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes um sie ins richtige Verhältnis zur üblichen Verfahrensdauer zu setzen.
- Anpassung der raumordnungsrechtlichen und nachgeordneten Regelungen an die Erfordernisse einer langfristig ausgerichteten, nachhaltigen Rohstoffsicherung. Hierzu gehören insbesondere: Erweiterung des Planungszeitraums für Rohstoffsicherungsgebiete und Einrichtung einer vorkommensbezogenen Rohstoffsicherung für seltene, heimische Rohstoffe mit Verknappungstendenzen; raumordnerische Sicherung von Vorkommen mit großer Mächtigkeit und von guter Qualität unabhängig von derzeitigen Nutzungsinteressen, um künftigen Generationen den Zugang zu erhalten.
- Keine Überfrachtung von Raumordnungsverfahren und Regionalplanungen mit Prüfungsinhalten, die ins (ggf. sehr viel spätere) Zulassungsverfahren abgeschichtet werden können.
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal für die mit der Rohstoffsicherung und -gewinnung befassten öffentlichen Stellen, insbesondere für das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau zur Sicherstellung einer zügigen und sachgerechten Bearbeitung von Daueraufgaben, wie z.B. der rohstoffgeologischen Kartierung oder der Erkundung hochwertiger Gesteinsvorkommen mit dem Ziel der Sicherung einer langfristigen Zugänglichkeit.

EXKURS ABBAUSTÄTTEN AUF DER REGIONALEN STREICHLISTE

Dieses Kieswerk muss aufgrund der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive durch den Regionalplanentwurf Mittlerer Oberrhein im Jahr 2014 schließen.

Durch die Ablehnung von Erweiterungsseen und Neuaufschlüssen werden am Mittleren Oberrhein rund 10 Mio. Tonnen Kiese und Sande aus immer weniger Baggerseen gefördert.



WIE NACHHALTIG IST DIE ROHSTOFFSICHERUNGSPLANUNG FÜR DIE REGION MITTLERER OBERRHEIN?

In der Region Mittlerer Oberrhein hat in den vergangenen Jahren die Anzahl der Kiesgewinnungsstätten weit überdurchschnittlich abgenommen. Der Konzentrationsprozess durch politisch-planerische Über- und Fehlregulierung ist erfolgt durch das „Aushungern“ von Standorten aufgrund unzureichender Gebietsausweisungen, durch steigende Nutzungskonflikte und den Verzicht auf Neuaufschlüsse oder Erweiterungsseen im räumlichen Zusammenhang bestehender Kieswerke.

Durch den Rückgang der Gewinnungsstätten wird die Produktion auf die verbleibenden Standorte verlagert. So hat die Zahl der Kiesgewinnungsstätten in der Region Mittlerer Oberrhein von 62 im Jahr 1992 auf heute 36 abgenommen. Auf der Grundlage des zweiten Entwurfs des Teilregionalplans ist ein weiterer Rückgang auf 21 Baggerseen im Jahr 2045 vorgezeichnet. Dabei müssten jedoch alle Vorranggebiete tatsächlich der Rohstoffgewinnung zugeführt werden können.

Die Schließungswelle von Kieswerken rund um Karlsruhe wird planerisch forciert. Seit Mitte der 1980er Jahre gibt es keine Neuaufschlüsse mehr. Besonders drastisch stellt sich die Entwicklung bei Standorten mit umweltfreundlicher Schiffsverladung dar.



WENIGER STANDORTE, HÖHERE FÖRDERMENGEN, WEITERE TRANSPORTWEGE

Durch die Standortkonzentration werden die Fördermengen an den verbleibenden Standorten ausgeweitet. So nimmt bei gleichbleibender regionaler Fördermenge, wie sie in den letzten zehn Jahren durchschnittlich erfolgt ist, die jährliche Fördermenge je Standort von derzeit rund 280.000 auf rund 480.000 Tonnen im Jahr 2045 zu.

Somit erhöht sich das Transportaufkommen am jeweiligen Standort und die Transportwege nehmen erheblich zu. Das theoretische Versorgungsgebiet eines Werkes in der Region erhöht sich von 34 km² im Jahr 1992 über 60 km² heute auf über 100 km² im Jahr 2045.



Die über Jahrzehnte bewährte, kostengünstige und umweltfreundliche Schiffsverladung wird am Mittleren Oberrhein durch planerische Fehlsteuerung selten ...

... stattdessen setzt der Regionalverband in seiner Planungskonzeption auf den Straßentransport, ohne jedoch hierfür neue Standorte raumordnerisch zu sichern.



Hinzu kommt, dass von den Kiesgewinnungsstätten heute acht über Schiffsverlademöglichkeiten verfügen. Auf Grundlage der jetzigen Planung werden dies im Jahr 2045 nur noch zwei Verladestätten sein. Pro Tonne und Kilometer werden somit nicht 33,4g CO₂ vom Schiff, sondern 164g CO₂ vom Lkw emittiert. Die Zahl der jährlichen Lkw-Fahrten für die übrigen Werke von rund 310.000 wird sich auf über 360.000 erhöhen. Hinzu kommen stark steigende Transportstrecken pro Lkw-Fahrt.

An den verbleibenden Standorten ergeben sich noch größere Nutzungskonflikte und die Rohstoffreserven schwinden schneller. Ebenso erhöht sich kleinräumig betrachtet das Versorgungsrisiko bei Ausfall der Förderung z. B. bei Versagung einer Genehmigung.

PLANUNG ENTZIEHT MENSCHEN UND FIRMEN EXISTENZGRUNDLAGE

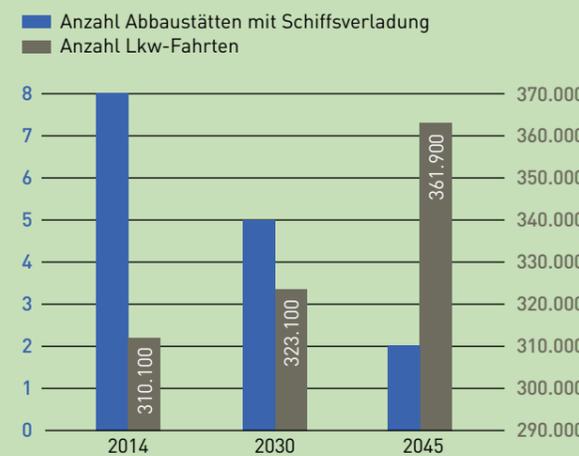
Konkret erhalten auf Grundlage des 2. Entwurfs des Teilregionalplans neun Werke mit laufenden Konzessionen weder Vorranggebiete für Abbau noch Vorranggebiete zur Sicherung und weitere sechs Werke mit laufenden Konzessionen keine Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen. Bei einem Werk wurde ein bestehendes Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe in ein Sicherungsgebiet zurückgestuft.

In der Gesamtschau kann bei der vorliegenden Planung nicht von einer nachhaltigen, langfristigen Rohstoffsicherung gesprochen werden. Es werden weder ökonomische Belange

der überwiegend mittelständischen Unternehmen mit entsprechendem Gewicht berücksichtigt, noch ist dem Klimaschutz Rechnung getragen, da Verkehrsemissionen zunehmen und die Belastungen an den einzelnen Standorten größer werden. Auch sozialen Belangen wird durch die Planung keine Beachtung geschenkt, da aufgrund planerisch bedingten Standortschließungen Arbeitsplätze vernichtet werden. Dies läuft auch dem Grundsatz der Landesregierung zum Erhalt und zur Schaffung „guter Arbeit“ entgegen.

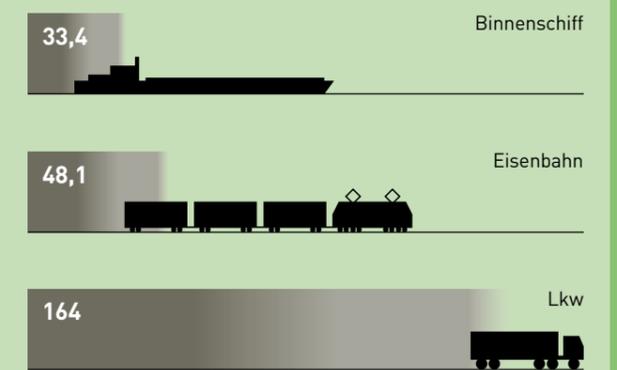
2045 verbleiben nur noch zwei Kieswerke mit Schiffsverladung, der Transport per Lkw nimmt deshalb zu. Die Emissionen steigen durch planerischen Verzicht auf Vorranggebiete mit Möglichkeit zur Schiffsanbindung.

VOM WASSERWEG AUF DIE STRASSE



CO₂-EMISIONEN DER VERKEHRSTRÄGER

in Gramm je Tonnenkilometer



»Normen und Regelwerke müssen so gestaltet sein, dass einheitliche Spielregeln für alle Produktgruppen der Gesteinsindustrie gelten. Der Wettbewerb im Markt entscheidet dann darüber, ob runde, eckige oder gebrauchte Gesteinskörnungen zum Zuge kommen.«



Peter Rombold,
Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG,
Vizepräsident des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Eine der wesentlichen Aufgaben der Abteilung Technik im ISTE ist es, Normen, technische Regelwerke und Umweltstandards aktiv mit zu gestalten, sodass die Produkte der heimischen Steine- und Erdenindustrie sowie die daraus hergestellten Bauprodukte auch weiterhin uneingeschränkt verwendet werden können. Dazu gehört die kompetente technisch-wissenschaftliche Betreuung bei Produktion, Marktzutritt und Verwendung von Baustoffen. Ein interdisziplinäres Team von Ingenieuren, Geologen, Mineralogen und Baustoffprüfern entwickelt organisationsübergreifend qualifizierte, praxisnahe und effiziente Konzepte. Die Erfahrungen aus der Praxis werden in neuen oder aktualisierten Regelwerken berücksichtigt. Umsetzungshilfen für die Anwender werden bereitgestellt. Ein umfassendes Schulungsangebot für die Produzenten sowie die individuelle Beratung in technischen Fragen runden das Leistungsspektrum ab. Der ISTE setzt sich für vergleichbare und praxisgerechte Marktvoraussetzungen ein. Technische Lieferbedingungen für primäre und sekundäre Baustoffe dürfen sich ausschließlich am Verwendungszweck orientieren.

AKTIVE MITARBEIT IN DEN ENTSCHEIDENDEN GREMIEN SICHERT MITTEL- UND LANGFRISTIG UNSEREN MARKTZUTRITT

Um den Marktzutritt sicherzustellen, arbeiten ehrenamtliche Unternehmensvertreter und ISTE-Mitarbeiter in Normungsgremien mit und bringen so ihren Sachverstand und Erfahrungen ein. Dies ist deshalb für die Baustoffindustrie wichtig, weil die Orientierung der Mitarbeiterstruktur der technischen Gremien aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung, Ingenieurbüros und Wissenschaft nicht regionalspezifisch ist, so dass die Auswirkungen von neuen Prüfverfahren oder Anforderungskriterien von den Ausschüssen nicht immer zutreffend eingeschätzt werden.

Durch die aktive Mitarbeit der Fachgruppen und personelle Vernetzung in die Unternehmen werden Märkte gesichert, neue Verwendungsmöglichkeiten und Innovationen geschaffen. Der ISTE vertritt direkt sowie indirekt über die Bundesverbände die Interessen seiner Mitglieder in den europäischen Gremien und nationalen Spiegelausschüssen.



Über seine Fachgruppen Sand und Kies, Naturstein, Transportbeton sowie Recycling-Baustoffe und Boden wirkt der ISTE in den technischen Gremien des Deutschen Institutes für Normung (DIN), der Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) und des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (DAfStb) mit.

Die wesentlichen Gremien der FGSV für den Bereich Straßenbau, in welchen der ISTE vertreten ist, sind beispielhaft folgende:

- Arbeitsgruppe 5: Erd- und Grundbau
- Arbeitsgruppe 6: Gesteinskörnungen, Ungebundene Bauweisen
 - Arbeitsausschuss 6.1: Gesteinskörnungen
 - Arbeitsausschuss 6.2: Industrielle Nebenprodukte und RC-Baustoffe
 - Arbeitsausschuss 6.3: Schichten ohne Bindemittel
 - Arbeitsausschuss 6.5: Ländliche Wege
 - Arbeitsausschuss 6.6: Pflasterdecken und Plattenbeläge
- Arbeitsgruppe 7 und 8: Asphalt- und Betonbauweisen

Darüber hinaus arbeiten wir mit Unterstützung des Ehrenamts in den technischen Gremien unserer Bundesverbände (Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V. (BBS), Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO), Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie e.V. (BTB) und Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB)) mit.

Weil neue Europäische Normen in das nationale Regelwerk umgesetzt werden müssen und bestehende Normen überarbeitet werden, ist die permanente Mitwirkung der Landesverbände in den Gremien bei der Aktualisierung und Fortschreibung des Regelwerks für die Sicherstellung des Marktzugangs entscheidend.

LANDESSPEZIFISCHE GEOLOGISCHE VORAUSSETZUNGEN MÜSSEN BEI DER NORMUNG BERÜCKSICHTIGT WERDEN

Über die Fachgruppen werden Prüfdaten von Gesteinskennwerten ermittelt, gesammelt, ausgewertet und in die Fortschreibung der Regelwerke für Gesteinskörnungen, Baustoffgemische, Asphalt und Beton in die entscheidenden Gremien eingebracht. Der ISTE arbeitet hierzu eng mit folgenden Orga-

Die überprüfbare Qualität unserer Baustoffe ist uns Verpflichtung.

nisationen zusammen: BÜV-ZERT, Baustoffprüfgesellschaft mbH, Güteschutz Naturstein, QRB und ARGE Verbände.

So kann für die Unternehmen sichergestellt werden, dass Baustoffe aus Baden-Württemberg mit den spezifischen geologischen Eigenschaften dauerhaft in einem möglichst breiten Anwendungsspektrum verwendet werden können. Dadurch können regionale Rohstoffvorkommen umweltfreundlich und wirtschaftlich in der Nähe der Gewinnung verwendet werden. Weite Transportwege und unnötige Kosten werden vermieden.

Bei komplexeren Fragestellungen führen die Fachgruppen eigene Forschungsvorhaben durch. Dabei spielen Langzeiterfahrungen und Praxiserprobung unter realistischen Einsatzbedingungen eine wesentliche Rolle.

Der ISTE pflegt den fachlichen Austausch mit Hochschulen, Materialprüfanstalten und der Verwaltung.

Bei unvollständigen oder falschen Ausschreibungen von Baustoffen bietet der ISTE im konkreten Fall seinen Mitgliedern individuelle Beratung und Unterstützung.



Gemeinsam sind wir stark!
Mathias Wagershauser, stellv. Regionalvorsitzender Baden-Württemberg des Deutschen Asphaltverbandes, beim öffentlichen Teil der Jahreshauptversammlung des ISTE 2014.

Der Straßenbau ist einer der wichtigsten Absatzmärkte für die Baustoffindustrie. Im Asphalt ebenso vorhanden wie im GeoKoffer: Gesteine aus dem Land.



GESTEINSBAUSTOFFE

REGELWERK UND MARKT

GESTEINSKÖRNUNGEN IM HOCH- UND TIEFBAU NACH BAUPRODUKTEVERORDNUNG (BAUPVO)

Seit Juni 2004 gelten für Gesteinskörnungen im Hoch- und Tiefbau harmonisierte europäische Produktnormen. Für die Baustoffe besteht seither eine CE-Kennzeichnungspflicht. Mit der Weiterentwicklung der Bauprodukte-richtlinie (BPR) zur Bauprodukteverordnung (BauPVO) gelten ab 1. Juli 2013 allerdings veränderte Dokumentationsregeln zum Nachweis der Normkonformität. Die Leistungserklärung nach BauPVO löst die bisherige Konformitätserklärung nach Bauprodukte-richtlinie ab. Bei der praktischen Umsetzung in den Unternehmen ist es hilfreich, einen Blick in die MIRO-Broschüre „Gesteinskörnungen richtig kennzeichnen“, zu werfen. Prinzipiell können Verwendungszwecke zusammengefasst und so für eine Lieferkörnung, die mehrere Normen erfüllt, eine kombinierte Leistungserklärung erstellt werden. Zu beachten ist, dass die einzelnen Lieferkörnungen in der Produktgruppe eindeutig zuordenbar sind und auch der Bezug zur CE-Kennzeichnung eindeutig ist. Eine

CE-Kennzeichnungspflicht besteht nur, wenn der Verwendungsbereich der Gesteinskörnung von einer harmonisierten Produktnorm (hEN) erfasst ist. Es gibt Gesteinskörnungen, welche nach harmonisierten und nicht harmonisierten Normen eingesetzt werden z.B. ein Natursand kann für den Bereich Beton eingesetzt und gleichzeitig als Spielsand verwendet werden. Für den ersten Verwendungsbereich besteht die Kennzeichnungspflicht, für den zweiten nicht. Im zweiten Fall darf das CE-Kennzeichen nicht auf dem Lieferschein erscheinen. Aus diesem Grund waren viele Unternehmen gezwungen, die Lieferscheinerstellung in den Betrieben vom Nadel- auf den Laserdrucker inkl. Softwareanpassung umzustellen, um korrekte Lieferscheine (mit und ohne CE) für das jeweilige Produkt zu erstellen. Ob der von der EU-Verwaltung erhoffte Informationsmehrwert für den Endkunden durch die Vorgaben der BauPVO gegeben ist und somit die nicht unerheblichen Investitionen der Baustoffindustrie gerechtfertigt sind, darf allerdings stark bezweifelt werden.

Voraussichtlich ab 2015/2016 wird die BauPVO auch für Baustoffgemische für Schichten ohne Bindemittel im Straßenbau gelten. Dadurch wird sich u.a. die Qualitätsüberwachung und die Kennzeichnung insbesondere auch für den größten Einsatzbereich der Recycling-Baustoffe verändern.

LEISTUNGSERKLÄRUNGEN IM INTERNET

Mit der Bereitstellung der Informationen im Internet wird die „Bringschuld“ der Hersteller von Bauprodukten weitestgehend aufgehoben. D.h. es muss nicht mit jeder Lieferung die Leistungserklärung mitgegeben werden. Lediglich auf ausdrückliches Verlangen der Kunden muss eine auf Papier gedruckte Fassung ausgehändigt werden. Der seit langem erwartete „Delegierte Rechtsakt“ liegt seit Ende Februar 2014 nun endlich vor und regelt abweichend von Art. 7.1 der BauPVO, dass die Leistungserklärung ausschließlich über eine Webseite bereitgestellt werden kann, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

- Ein nachträgliches Verändern von Leistungserklärungen, die online zur Verfügung gestellt wurden, muss definitiv ausgeschlossen sein. Veränderte Leistungserklärungen erhalten ein neues Ausgabedatum.
- Ein Speicherzeitraum von 10 Jahren nach dem letztmaligen Inverkehrbringen des betreffenden Bauproduktes muss sichergestellt sein.
- Die Leistungserklärungen müssen im Internet frei und kostenlos zugänglich sein.

Auch ISTE-Mitglieder haben die Möglichkeit, ihre Leistungserklärungen für mindestens zehn Jahre für eine Gebühr auf der Verbändeplattform DOPCAP www.dopcap.eu rechtsverbindlich ins Internet zu stellen. Es ist u. a. möglich,



Über die technischen Neuerungen im Bereich der Gesteinskörnungen informierte Dr. Olaf Enger, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO), beim gemeinsamen Teil der Mitgliederversammlungen der Fachgruppen Sand und Kies sowie Naturstein des ISTE 2014.

die Lieferscheine mit einem QR-Code zu versehen, über den die Leistungserklärungen auf der Plattform schnell – auch auf der Baustelle – eingesehen werden können.

NEUE EUROPÄISCHE PRODUKT-NORMEN FÜR GESTEINSKÖRNUNGEN ZURÜCKGEZOGEN – ALTE BLEIBEN IN KRAFT

Der zuständige Normenausschuss DIN NA 005-07-15 AA Gesteinskörnungen im NA Bau hat am 11. Dezember 2013 beschlossen, die schon erschienenen Ausgaben der 2. Generation von Normen für Gesteinskörnungen zurückzuziehen. Diese Normen konnten nach ihrem Erscheinen nicht angewendet werden, da sie nicht im europäischen Amtsblatt (OJEU) veröffentlicht wurden. Im Zuge der Vereinheitlichung der Gesteinsnormen und der Übersetzung der vom CEN zur Veröffentlichung herausgegebenen englischen Fassungen waren eine Reihe von Unzulänglichkeiten und Fehlern zu Tage getreten. Die Fehler in den verhandelten englischen Fassungen bedürfen einer Korrektur. Zwischenzeitlich hat das CEN ein so genanntes UAP-Verfahren beschlossen. Der Prozess wird voraussichtlich deutlich länger als ein Jahr dauern.

Die folgenden bisherigen Normenausgaben der 1. Generation bleiben somit gültig und sind bis auf weiteres anzuwenden:

- DIN EN 12620:2008-07 Gesteinskörnungen für Beton

- DIN EN 13139:2002-08 Gesteinskörnungen für Mörtel
- DIN EN 13043:2002-12 Gesteinskörnungen für Asphalt
- DIN EN 13242:2008-03 Gesteinskörnungen für ungebundene und hydraulisch gebundene Gemische
- DIN EN 13383-1:2002-08 Gesteinskörnungen für Wasserbausteine
- DIN EN 13450:2003-06 Gesteinskörnungen für Gleisschotter

VERWENDUNGSBEREICH ASPHALT – AFFINITÄT VON GROBEN GESTEINSKÖRNUNGEN

Mit der Einführung des Allgemeinen Rundschreibens Straßenbau (ARS Nr. 11/2012) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurden zahlreiche Änderungen und Ergänzungen der Technischen Lieferbedingungen zur Verbesserung der Dauerhaftigkeit von Asphaltstraßen in Deutschland erarbeitet. Eine Ergänzung der TL Asphalt-StB behandelt die Prüfung des Haftverhaltens zwischen den groben Gesteinskörnungen und der in der Asphaltmischgut-Erstprüfung zur Verwendung vorgesehenen Bindemittelart und -sorte gemäß TP Asphalt-StB, Teil 11. Diese Prüfung führt der Asphalthersteller für die in ARS angegebenen Asphaltmischgutarten und -sorten durch. Die Prüfung erfolgt durch visuelle Schätzung des Bitumenummüllungsgrades nach 24

Stunden Beanspruchung im Flaschen-Rollverfahren. Bei einer verbleibenden Umhüllung von mindestens 60% kann ein ausreichendes Haftverhalten angenommen werden. Falls der Umhüllungsgrad weniger als 60% beträgt, sind durch den Asphalthersteller im Erstprüfungsbericht Aussagen zur gewählten Maßnahme, durch die ein ausreichendes Haftverhalten sichergestellt wird, zu benennen. Bei Vorliegen langjähriger positiver Erfahrungen kann stattdessen auf diese verwiesen werden. Eine Unterschreitung des Umhüllungsgrades von 60% sollte nicht zum Austausch der Gesteinskörnungen führen. In einigen uns bekannten Fällen ist dies jedoch geschehen. Der Erfahrungsaustausch mit benachbarten Bundesländern lässt die Vermutung zu, dass der festgelegte Anforderungswert zu hoch gewählt ist. Der ISTE hat im Geschäftsbericht 2012/2013 einen Anforderungswert (Umhüllungsgrad 60% nach 24 h Rolldauer) zur Verbesserung der Dauerhaftigkeit von Asphaltstraßen als nicht zielführend angesehen und sich für eine Klarstellung dieser bundesweiten Regelung mit einem Positionspapier eingesetzt.

Die Kommentierungsgruppe der Forschungsgesellschaft Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) hat in der Fachzeitschrift „Straße und Autobahn“ Heft 5/2013 mit einem Kommentar zum Thema „Haftverhalten und Affinitätsanforderung durch ARS 12/2012“ zur Klar-

Belastungsklasse (RStO 12)	Bk0,3 bis Bk1,0	Bk1,8 bis Bk100	
Feuchtigkeitsklasse	WA	WS	
Vorgehen nach	Alkali-Richtlinie	ARS 04/2013	
Grobe Gesteinskörnungen (d ≥ 2 mm)	Kies (Breckkornanteil < 10 M.-%) E I (ohne Prüfung) Gebrochene Gesteinskörnungen nach Teil 2 und 3 vorkommensabhängig (mit Gutachten) Teil 2: E-I-O, E-I-OF, E-II-O, E-II-OF, E-III-O, E-III-OF Teil 3: E-I-S oder E-III-S	AKR-Performance-Prüfung eines Betons oder WS-Grundprüfung der groben Gesteinskörnungen	Bestätigungsprüfung
Feine Gesteinskörnungen (Sand d ≤ 2 mm)	Opalsandstein und Flint Gutachten nach Teil 2	Überkornanteil < 10 M.-% mit Gutachten (E-I-O, E-I-OF) – Teil 2 der Alkali-Richtlinie	
	Natur- oder Brechsand nach Teil 3 keine Prüfung erforderlich, Einstufung in E I (ohne Prüfung)	Überkornanteil ≤ 10 M.-% keine Prüfung erforderlich Überkornanteil > 10 M.-% mit Gutachten	

stellung (der Umhüllungsgrad von 60% ist keine Anforderung, sondern Orientierungswert und darf nicht zum Ausschluss von Gesteinskörnungen führen) gesorgt. Mit der nächsten Aktualisierung der Asphalt-Erstprüfungen in fünf Jahren erwarten wir, dass das Thema (Affinität – Umhüllungsgrad 60% nach 24 h Rolldauer) wieder aktuell wird.

VERWENDUNGSBEREICH STRASSEN- OBERBAU

Nach den „Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen, Ausgabe 2012 (RStO 12)“ erfolgt die Klassifizierung der Straßen und Wege nicht mehr in Bauklassen sondern in Belastungsklassen, so dass bei Ausschreibungen zukünftig anstelle der Bauklasse die Belastungsklasse der ausgeschriebenen Baumaßnahme anzugeben ist. Diese Richtlinien regeln die Standardfälle bei Neubau und Erneuerung für den standardisierten

Oberbau von Verkehrsflächen innerhalb und außerhalb geschlossener Ortslagen. Grund der Überarbeitung waren die gestiegene Verkehrsbelastung und die veränderte Verkehrszusammensetzung. Der bisherige Begriff der Bauklasse (SV, I bis VI), der zur Klassifizierung einer Verkehrsbelastung auf der Grundlage der Bemessungsrelevanten Beanspruchung B diente, wurde durch den Begriff Belastungsklasse (Bk 100 bis Bk0,3) ersetzt.

VERWENDUNGSBEREICH BETONSTRASSENBAU

Vom Bundesministerium wurden Regelungen zur Vermeidung einer schädigenden Alkali-Kieselsäure-Reaktion (AKR), die über die Regelungen der ZTV Beton-StB hinausgehen, erarbeitet und mit dem ARS Nr. 04/2013 bekannt gegeben. Für Fahrbahndecken aus Beton der Belastungsklassen Bk 0,3 bis Bk 1,0, die entsprechend TL Beton-StB

Übersicht der neuen Regelungen nach dem ARS 4/2013 zum Nachweis der Alkaliempfindlichkeit von Gesteinskörnungen für den Neubau und Erneuerung von Fahrbahndecken aus Beton

der Feuchtigkeitsklasse WA zuzuordnen sind, gilt weiterhin die Alkali-Richtlinie. Für den Neubau und Erneuerung von Bundesfernstraßen der Belastungsklassen Bk1,8 bis Bk100 in der Bauweise Beton sind die Fahrbahndecken der Feuchtigkeitsklasse WS zuzuordnen. Nach diesem ARS erfolgt dann der Nachweis der Unbedenklichkeit der groben Gesteinskörnungen > 2 mm hinsichtlich einer AKR mit:

- AKR-Performance-Prüfung eines Betons oder
- WS-Grundprüfung einer groben Gesteinskörnung
- und zusätzlich eine Bestätigungsprüfung der Betonausgangsstoffe bei Vorliegen einer bestandenen AKR-Performance-Prüfung oder einer WS-Grundprüfung.

Dimensionierungsrelevante Beanspruchung Äquivalente 10t-Achsübergänge in Mio.	Belastungsklasse	Bauklasse
über 32	Bk 100	SV
über 10 bis 32	Bk 32	I
über 3,2 bis 10	Bk 10	II
über 1,8 bis 3,2	Bk 3,2	III
über 1,0 bis 1,8	Bk 1,8	IV
über 0,3 bis 1,0	Bk 1,0	V+VI
bis 0,3	Bk 0,3	

Neue Belastungsklassen für die klassifizierten Straßen (Bundesautobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen) und die Zuordnung zu der jeweiligen Bauklasse. Die Zahl in der Belastungsklassenbezeichnung repräsentiert die obere Belastungsklassengrenze. Da zwischen den bisherigen Bauklassen V und VI kaum Unterschiede zu verzeichnen waren, wurden diese zusammengefasst. Die „gestrichene“ Bauweise wurde somit textlich umgesetzt (bis zu einer dimensionierungsrelevanten Beanspruchung von 0,1 Mio.). Die alte Bauklasse III wurde geteilt.



Betonierarbeiten direkt auf der modifizierten Kiestragschicht

Die modifizierte Kiestragschicht blieb unter Baustellenverkehr standfest und frei von Verdrückungen.

ERGÄNZUNGEN ZU DEN ZUSÄTZLICHEN TECHNISCHEN VERTRAGSBEDINGUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG FÜR ASPHALT (ENTWURF)

Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Ba.-Wü. (MVI) hat die Ergänzungen zu den Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen in Baden-Württemberg für Asphalt (ETV-StB-BW, Teil Asphalt) überarbeitet und den Entwurf den Verbänden zur Abstimmung vorgelegt. Dabei wurde wieder eine erhöhte Anforderung an die Bruchflächigkeit des Moräne-Materials sowie des Calciumcarbonatgehaltes von Kalksteinfüller festgestellt. Hierzu hat der ISTE eine Stellungnahme mit dem Ziel des Zurückziehens dieser Verschärfungen abgegeben.

NEUERSCHEINUNGEN BEIM FGSV VERLAG

Die TL Asphalt-StB und ZTV Asphalt-StB sind von der FGSV neu veröffentlicht worden:

- TL Asphalt-StB 07/13 – Technische Lieferbedingungen für Asphaltmischgut für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen
- ZTV Asphalt-StB 07/13 – Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) hat mit ARS 12/2013 und 14/2013 vom 19. Dezember 2013 die Fassung 2013 der TL/ZTV Asphalt-StB bekannt gegeben.

Mit Schreiben vom 18.03.2014 hat das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur (MVI) die TL/ZTV Asphalt-StB 07/13 in Baden-Württemberg eingeführt.

BAUWEISEN UND BAUVERFAHREN

MODIFIKATION VON KIESTRAGSCHICHTGEMISCHEN

Der Einbau der Betondecke kann auf hydraulisch gebundenen Schichten, Asphalt oder auf Schichten ohne Bindemittel – Schottertragschicht mit besonderen Anforderungen (STSüB) – erfolgen. Die ungebundene Bauweise ist zweifelsfrei die wirtschaftlichste Variante. Allerdings wird der Preis pro Tonne Baustoffgemisch zu einem großen Anteil von den Transportkosten zur Baustelle bestimmt und ist deshalb auch über diese Größe deutlich beeinflussbar. Kiestragschichten dürfen direkt unter Betondecken in Regelbauweisen für hohe Beanspruchungen bisher nicht verwendet werden, selbst wenn Kiestragschichtmaterial in unmittelbarer Nähe zur Baustelle gewonnen, aufbereitet und somit preiswert angeboten werden könnte.

Der TU München ist 2008 eine Modifikation von Kiestragschichtmaterial gelungen, die im Labormaßstab die Anforderungen für den Einsatz unter der Betondecke erfüllt. Die Überprüfung der Praxistauglichkeit (Tragverhalten, Umlagerungs- und Erosionsbeständigkeit) dieser Modifikation in situ erfolgt ebenfalls durch die TU München im Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wurde auf der PWC-Anlage „Köschinger Forst“ eine Erprobungsstrecke errichtet. Die Fachgruppe Sand und Kies des ISTE stellte mit Unterstützung der Vertriebsstelle SKV für den Bau der Erprobungsstrecke T+R-Anlage „Köschinger Forst“ das modifizierte Kiestragschichtmaterial zur Verfügung und begleitet den Bau. Die ersten Ergebnisse sind vielversprechend. Die Fachgruppe Sand und Kies wird weiterführende Untersuchungen durchführen und ist zuversichtlich, dass die modifizierte Kiestragschicht nach einer Liegedauer von zwei Jahren den Anforderungen genügen wird und so als geeignete Bauweise im technischen Regelwerk aufgenommen werden kann. Die Fachgruppe Sand und Kies des ISTE unterstützt weitergehende Untersuchungen zum Nachweis der Gleichwertigkeit der modifizierten Kiestragschicht mit der Schottertragschicht für den Einsatz unter der Betondecke.

Bauprodukteverordnung der EU KOM und CEN-Mandat zur Entwicklung eines Labor-Säulenversuches für die geplante CE-Umweltzertifizierung von Bauprodukten.



Der Säulenversuch ist zwar Stand der Technik, gestritten wird aber noch über die Probenvorbereitung. Messungen am stark zerkleinerten Material können zu unrealistisch hohen Konzentrationen und folglich zu Problemen mit dem deutschen, strengen Grenzwertsystem führen.



UMWELTRELEVANTE MERKMALE FÜR RC-BAUSTOFFE

Damit RC-Baustoffe weiterhin sinnvoll eingesetzt werden können, arbeitet der ISTE in den DIN-Gremien des Normausschusses Wasserwesen und des Gemeinschaftsausschusses Wasserwesen/Bau sowie in den europäischen Gremien CEN TC 351 (Umweltnormung im Bereich der Bauprodukteverordnung) und CEN TC 292 (Umweltnormung im Bereich der Abfallrichtlinie) mit. Durch den direkten Kontakt und Erfahrungsaustausch des ISTE mit der Umweltverwaltung Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) gestaltet der ISTE die geplante Ersatzbaustoffverordnung und die Novelle der Bundes-Bodenschutzverordnung des BMUB aktiv mit (siehe Kapitel Umweltschutz). In Baden-Württemberg sind weiterhin die „Vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ (kurz: RC-Erlass) aus dem Jahr 2004 des damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr einschlägig. Der RC-Erlass wurde jüngst bis Ende 2015 verlängert, längstens aber bis zu der Einführung einer bundeseinheitlichen Regelung „Mantelverordnung bzw. Ersatzbaustoffverordnung“.

BAUPRODUKTEVERORDNUNG UND UMWELTRELEVANTE MERKMALE

Die Bauprodukteverordnung regelt im Rahmen der sogenannten „wesentlichen Anforderungen an Bauprodukte“ unter Nr. 3 auch Anforderungen an „Hygiene, Gesundheit und Umweltschutz“. Für die Steine- und Erdenindustrie ist die Betrachtung der Freisetzung gefährlicher Stoffe in Grundwasser, (Meeresgewässer), Oberflächengewässer oder Boden im Rahmen der Bauprodukteverordnung besonders relevant. Insbesondere deshalb, weil bei der Prüfung der Umsetzung im Rahmen der CE-Kennzeichnung zukünftig zunächst nicht zwischen Primärrohstoffen und gebrauchten Stoffen unterschieden wird.

Die Umsetzung der wesentlichen Anforderung Nr. 3 erfolgt mit dem Mandat M/366, im Rahmen dessen das europäische Komitee CEN TC 351 „Construction products – Assessment of release of dangerous substances“ derzeit die Labormethoden zur Bestimmung der Freisetzung von Schadstoffen aus Bauprodukten entwickelt. Bei der Methodenstandardisierung bremst derzeit ein fachlicher Disput um die Aufbereitung der Proben für den Säulenversuch das Voranschreiten der Arbeiten. Während sich niederländische Delegierte für eine Zerkleinerung der Proben < 4 mm einsetzen, versuchen die deutschen Delegierten die DIN 19528 durchzusetzen, bei der die Proben in der Originalkörnung eingesetzt werden. Susset

et al. (2014) haben im Auftrag der EU-Kommission nachgewiesen, dass schon geringe Überschätzungen der Stofffreisetzung durch die Zerkleinerung der Proben zu einer Überschreitung des in Deutschland geplanten, gegenüber den Niederlanden deutlich konservativeren Grenzwertsystems des Entwurfs der Mantelverordnung führen (Bericht steht unter www.nen.nl/Normontwikkeling/Doe-mee/Normcommissies-en-nieuwe-trajecten/Normcommissies-Bouw/CENTC-351.htm unter „News“ zum Download) bereit.

Der ISTE arbeitet hier federführend im CEN TC 351 an der Standardisierung des Säulenversuches mit. Sobald die Methode genormt ist, müssen die Bauprodukte mit dieser Labormethode bezüglich der Umwelteigenschaften klassifiziert werden. Erst dann wird im Rahmen der technischen Regelwerke unter der Bauprodukteverordnung endgültig festgelegt, ob Bauprodukte regelmäßig auf Umweltparameter untersucht werden müssen oder eine einmalige Charakterisierung ausreicht. Es ist deshalb für die Steine- und Erdenbranche ganz besonders wichtig, sich im einschlägigen Produkt-Komitee, dem CEN TC 154 „Gesteinskörnungen“ zu positionieren. Der ISTE steht hierzu in engem Kontakt mit dem Bundesverband MIRO, der Delegierte in das CEN TC 154 entsendet.

Kooperationsvertrag zwischen DAV und ISTE im Juli 2013: Der neue ISTE-Präsident Peter Röhm (links) und der DAV-Präsident Stefan Schmitt-Weiss werden zukünftig enger zusammenarbeiten.

Erste Früchte der Kooperation: Gemeinsamer öffentlicher Teil auf der Jahreshauptversammlung 2014 in Baden-Baden



UMWELTVERTRÄGLICHKEIT NATÜRLICHER GESTEINSKÖRNUNGEN

Bei Ausschreibungen von Baumaßnahmen im Straßenbaubereich wird gelegentlich auch für Baustoffe wie Kies/Sand oder Natursteinmaterial der Nachweis der Umweltverträglichkeit verlangt. Hierbei wird in Baden-Württemberg auf die Einhaltung der Parametergrenzwerte Z0 für die Einbaukonfiguration Z0 nach der Verwaltungsvorschrift des Umweltministeriums Baden-Württemberg für die „Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial“ vom 14. März 2007 (kurz: VwV Boden, jüngst verlängert bis Ende 2015, längstens aber bis zur Einführung der Bundesregelung „Mantelverordnung“) abgestellt. Von technischer Seite hat der ISTE durch seine Mitarbeit in der Kommentierungsgruppe der FGSV-Arbeitsgruppe „Gesteinskörnungen, ungebundene Bauweisen“ dazu beigetragen, den Sachverhalt zu klären.

Für natürliche Gesteinskörnungen gibt es demnach in Deutschland keine technischen oder gesetzlichen Vorschriften aus welchen Umwelanforderungen für das in Verkehr bringen natürlicher Gesteinskörnungen ableitbar wären. Die Einstufung beispielsweise in Z0-Material bzw. höher findet nur bei den mi-

neralischen Abfällen statt, die einer Verwertung unterzogen werden (z. B. Recycling in technischen Bauwerken und Verfüllung). Die FGSV-Kommentare (Fall 10 bis 14), die diese Abgrenzung zwischen Abfällen und Produkten nochmals klarstellen, wurden in Heft 8 der Zeitschrift „Straße und Autobahn“, Ausgabe 2012 veröffentlicht.

Des Weiteren hat sich der ISTE durch das Umweltministerium Baden-Württemberg bestätigen lassen, dass die LAGA M 20 (Mitteilung 20 der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall über „Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/Abfällen – Technische Regeln“ aus den Jahren 1997, 2003 und 2004, siehe unter www.laga-online.de/servlet/is/23874/) und die darauf basierenden abfallrechtlichen Verwaltungshinweise und Verwaltungsvorschriften des UM (z. B. VwV Boden) weiterhin keine Anwendung auf Primärrohstoffe finden. Nach aktueller Auskunft durch das UM ist der hierzu einschlägige Erlass über die „Nichtanwendbarkeit abfalltechnischer Regelwerke auf mineralische Primärrohstoffe“ aus dem Jahr 2002 vom damaligen Ministeriums für Umwelt und Verkehr unbefristet gültig.

Nur in besonderen Einzelfällen können bei Baumaßnahmen aus Gründen des vorsorgenden Grundwasser- und/oder Bodenschutzes besondere Anforderungen an die chemische Qualität auch von Primärrohstoffen gestellt werden.

KOOPERATION MIT DEM DEUTSCHEN ASPHALTVERBAND E.V. (DAV)

Der ISTE hat mit dem Deutschen Asphaltverband e.V. (DAV) im Juni 2013 eine Kooperationsvereinbarung zur Intensivierung der bestehenden Geschäftsbeziehung unterschrieben. Ziel der Kooperation ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehrspolitik und Infrastruktur in Baden-Württemberg, Umwelt- und Arbeitsrecht, Tarifpolitik aber auch bei gemeinsamen Veranstaltungen wie den Baustofftagen oder parlamentarischen Abenden. Die Vereinbarung sieht außerdem die Mitwirkung der Vorsitzenden der DAV-Regionalvertretung Baden-Württemberg oder eines anderen Vorstandsmitglieds in den ISTE-Gremien Präsidium, Beirat, sozialpolitischer Ausschuss, dem Ausschuss für Umwelt- und Rohstoffpolitik sowie dem Arbeitskreis Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vor. Durch die Kooperation wird die Durchsetzung von gemeinsamen Interessen gegenüber Parlament, Politik, Verwaltung und öffentlicher Hand im Südwesten nachhaltig gestärkt. Zudem ist ein Informationsaustausch zwischen den Kooperationspartnern unter anderem durch Newsletters, Rundschreiben oder regelmäßige Treffen und Besprechungen bei der baden-württembergischen Straßenbau- und Umweltverwaltung vorgesehen.

Transportbeton als Vorreiter:
Erfolgreiche erste gemeinsame Mitglieder-
versammlung von Bayern und Baden-
Württemberg am 14. Mai 2014 in Heidenheim.
Die Vorsitzenden der Transportbeton-
Organisationen Dr. Erwin Kern (links) und
Pius Geiger im Duett.

Der Landrat von Heidenheim, Thomas
Reinhardt, ist zurecht stolz auf den Tagungs-
und Wirtschaftsstandort Heidenheim



TRANSPORTBETON

TRANSPORTBETON FÜR VERKEHRSFLÄCHEN IM KOMMUNALEN BEREICH (Z.B. BUSFLÄCHEN, KREISVERKEHRE)

Ziel unserer Anstrengungen ist es, den
Betonstraßenbau mit Transportbeton
im kommunalen Bereich zu fördern.
Aber mit Herausgabe des Allgemeinen
Rundschreibens des Bundesministe-
riums hinsichtlich der Einstufung von
Baustoffen (Zement und Gesteinskör-
nung) zur Vermeidung einer schädli-
genden Alkali-Kieselsäure-Reaktion
(AKR) wird diese bisher unproblematische
Verwendung von Transportbeton
in Frage gestellt. Wir fordern, dass die
AKR-Anforderung WS vom Bundes-
fernstraßenbau nicht in den kommuna-
len Verkehrswegebau übernommen
wird. Obwohl bei uns keine Schäden
bekannt sind, wird die positive Ent-
wicklung auf diesem Gebiet erheblich
eingeschränkt. Ausnahmeregelungen
sind nicht vorhanden. Im Verbund mit

anderen Organisationen lassen wir ge-
baute Verkehrsflächen und erprobte
Rezepturen untersuchen und wollen so
eine Ausnahmeregelung herbeiführen.

Die Forschungsgesellschaft für Stra-
ßen- und Verkehrswesen (FGSV) hat
folgende betonspezifische Merkblät-
ter zu diesen Verwendungsbereichen
fertiggestellt: das Merkblatt für ver-
sickerungsfähige Verkehrsflächen (M
VV), das Merkblatt für Dränbetontrag-
schichten (M DBT) und das Merkblatt
für Planung, Konstruktion und Bau von
Verkehrsflächen aus Beton (M VaB).

MITGLIEDERUMFRAGE: GUTE ERGEBNISSE FÜR DIE VERBANDSARBEIT

Die Ergebnisse der vom Bundesverband
Transportbeton (BTB) gemeinsam mit
seinen Landesverbänden durchgeführ-
ten Mitgliederumfrage liegen vor. Von
August bis September 2013 hatten die
Fach- und Führungskräfte der ver-
bandlich organisierten Transportbe-
tonunternehmen Zeit, an einer von den
Verbänden der Transportbetonindustrie
durchgeführten Mitgliederumfrage zur
Zufriedenheit mit der Verbandsarbeit
teilzunehmen.

Gefragt wurde auch nach den einzelnen
Inhalten des verbandlichen Schaffens.
Was empfinden Unternehmer und Un-

ternehmerinnen als wichtig oder eher
nicht so wichtig. Gibt es Arbeitsbereiche
im Profil der Verbandsorganisationen,
die bisher fehlen oder nur unzureichend
ausgeführt werden? Als Landesver-
band begleiten wir aktiv die Arbeit des
BTB, kommunizieren dessen Arbeit z.B.
zu Anwendungsfragen, Regelwerken,
Misch- und Verfahrenstechnik sowie zur
Nachwuchsförderung. Einen Artikel mit
einer Zusammenfassung der wichtigs-
ten Ergebnisse gibt es in der Zeitschrift
TB-iNFO (Nr. 53/ Dezember 2013).

BEDEUTUNG DER BAUPRODUKTEVERORDNUNG FÜR BETONPRODUZENTEN

Dies ist relevant für die CE-kennzeich-
nungspflichtigen Ausgangsstoffe für
Transportbeton (z.B. Zusatzmittel, Zu-
satzstoffe, Bindemittel). Die Zertifizie-
rung und das Inverkehrbringen darf nur
noch über neu DAkkS-akkreditierte und
DIBt-notifizierte Zertifizierungsstellen
erfolgen. Die Umsetzung bei den Lie-
feranten und die Sicherstellung von
deren Lieferfähigkeit ab 01. Juli 2013
war unproblematisch.



Betonprobekörperherstellung beim
Ausbildungslehrgang Basiswissen Beton

Fachexkursion zur Fa. Liebherr nach
Bad Schussenried

AUS- UND WEITERBILDUNG

Als Landesverband betreiben wir aktiv
Nachwuchsarbeit und unterstützen u.a.
die BTB-Kampagne „Verfahrensmechaniker
Transportbeton“ sowie das
Zement-Kalk-Gips-Wissensnetzwerk
„elektronisches Lernen in und mit digi-
talen Medien“. Derzeit werden diverse
Angebote zur Online-Kommunikation
erarbeitet.

Die Fachgruppe Transportbeton be-
teiligt sich noch umfassender im Aus-
bildungsprogramm der ARGE Beton,
deren Träger die Landesvereinigung
Bauwirtschaft Baden-Württemberg,
die Betonmarketing SÜD, der Deut-
sche Beton- und Bautechnik-Verein,
der Fachverband Beton- und Fertig-
teilwerke Baden-Württemberg sowie
der ISTE sind.

Unsere Veranstaltungen in Karlsruhe,
Mannheim, Sigmaringen, Bühl,
Geradstetten und Stuttgart im Kreis
von Mitgliedern und Nichtmitgliedern
waren sehr gut besucht und behandel-
ten Themen wie Produktionstechnik,
werkseigene Produktionskontrolle,
Ausgangsstoffe, Betonpumpen, inklu-
sive Schnittstellen zu Abnehmern so-
wie Neuerungen der Regelwerke. Das
zweitägige Seminar „Fortbildung von

Betontechnologen“ im November 2013
hatte neben Fragen zu Änderungen der
Regelwerke und Ausgangsstoffen auch
das Liefern und Pumpen von Betonen
als Thema. Für 2014 ist ein Betonkurs
für das Betonpumpenpersonal in Vor-
bereitung.

Unterstützt wurden die Veranstaltungen
und Seminare insbesondere durch die
erfolgreiche Vernetzung mit der Be-
tonmarketing SÜD GmbH und z.B. der
Neuaufgabe der Zement-Merkblätter
2014 (kostenloser Download unter www.beton.org) zu Risse in Beton, Zemente
und ihre Herstellung sowie Betonzusatz-
mittel. Somit werden die letztjähri-
gen Merkblätter zu Transportbeton
sowie Frischbeton ergänzt und stehen
für Schulungen und Kundengespräche
aktuell zur Verfügung.

ELEKTRONISCHER LIEFERSCHEIN (ELSE)

Die Weiterentwicklung des beim Bun-
desverband der Deutschen Trans-
portbetonindustrie in der Erprobung
befindlichen digitalen Lieferscheins
ELSE mit Stift-Scanner und Erfassung
der Unterschriften sowie Frischbeton-
modifikationen läuft erfolgreich und
lässt erwarten, dass in naher Zukunft
wahlweise Papierlieferscheine ersetzt
werden können.

REVISION DER EN 206-1 UND NEUE DIN 1045-2

Geplant sind Änderungen bei Aus-
gangsstoffen wie z.B. die Aufnahme
von Anwendungsregeln für Faserbeton,
Beton mit rezyklierten Gesteinskörnun-
gen, Flugasche, Silikastaub und Hütten-
sandmehl. Ferner wird das Konzept der
gleichwertigen Betonleistungsfähigkeit
mit Abweichungen von den Anforderun-
gen an Mindestzementgehalt, höchst-
zulässigen Wasserzementwert sowie
Referenzbeton überarbeitet.

Eine Erweiterung ist für Beton mit
Anwendungsbereich geotechnischer
Arbeiten (EN 1536 Bohrpfähle, EN 1538
Schlitzwände, EN 12699 Ortbeton, Ver-
drängungspfähle und EN 14199 Mikro-
pfähle) vorgesehen. Damit sind in einer
Systematik alle Arten der Betonbereit-
stellung harmonisiert.

Bau eines Kreisverkehrs mit Transportbeton – die im Vergleich zur Asphaltbauweise etwas höheren Baukosten werden durch die längere Haltbarkeit um ein Vielfaches amortisiert.

Keine Spurrillenbildung im hoch belasteten Anfahr- und Bremsbereich – Bushaltestelle aus Transportbeton in Stuttgart-Plieningen.



EICHRECHTLICHE FORDERUNGEN

Das neue Eichgesetz wurde im Sommer 2013 veröffentlicht. Die neue Eichordnung mit einer Ausnahmeregelung für die Volumenangabe bei Transportbeton wird im Jahr 2014 erwartet. Dort soll festgelegt werden, dass ein geeichter Massenspeicher der verwoagene Werte zur Kontrolle durch die Eichbehörden genügt. Der eichfähige Ausdruck der summierten Einwaagen ist derzeit in der Anlagensteuerung nicht vorgesehen.

TRANSPORTBETON MIT RECYCLIERTER (RC)-GESTEINSKÖRNUNG

Nachdem DIN 4226-100 nicht mehr gilt, sind nunmehr bauaufsichtliche Zulassungen des RC-Produzenten hinsichtlich der Umweltparameter erforderlich. Obwohl sich technisch nichts ändert, wird die Verwendung von RC-Gestein dadurch erheblich erschwert. Mit dem neuen Begriff ressourcenschonender Beton (R-Beton) sollen die umweltspezifischen Zielvorgaben umgesetzt werden. Zum Thema R-Beton haben wir einen ausführlichen Exkurs verfasst (s. S. 51).

CE-KENNZEICHNUNG VON TRANSPORTBETONANLAGEN

Transportbetonanlagen fallen als sogenannte „Gesamtheit von Maschinen“ in den Anwendungsbereich der EU-Maschinenrichtlinie 2006/42/EG. Sofern die Anlagen nach dem 1. Januar 1995 erstmalig in Verkehr gebracht wurden, müssen diese die Anforderungen der Maschinenrichtlinie erfüllen. Dazu gehört auch die Abgabe einer Konformitätserklärung mit CE-Kennzeichnung. Hierzu kann ein Leitfaden bei uns abgerufen werden.

GESUNDHEITS-, ARBEITS- UND UMWELTSCHUTZ BEIM UMGANG MIT BETON

Die „Verifizierung“ der Umweltproduktdeklaration wurde erfolgreich abgeschlossen und ist als Download beim BTB verfügbar. Zusätzlich stehen Sicherheitsdatenblätter als Muster zur Verfügung, das Einstellen der Daten in die Datenbanken konnte mit verbändlicher Unterstützung mit dem geringstmöglichen Aufwand erfolgen.

GRADIENTENBETON

Beim Besuch des Institutes für Leichtbau, Entwerfen und Konstruieren (ILEK) der Universität Stuttgart wurde die Idee der Gradientenbetone von Prof. Werner Sobek vorgestellt.

Die Gradierung z.B. der Porosität, der Rohdichte oder Druckfestigkeit von Beton kann zur Massenminimierung und zur Erzielung multifunktionaler Eigenschaften in einem Bauteil eingesetzt werden. Ziel ist es, sehr verschiedene (gradierte) Betone zielgenau in einem Bauteil, zunächst im Betonfertigteilerwerk, später als Transportbeton auf der Baustelle zu verwenden. Der Einbau erfolgt mit speziellen Betonpumpen. Alle Eigenschaften werden in einem rein mineralischen, multifunktionalen Monostoffbauteil vereint, das einfach zu rezyklieren ist. Hierdurch kann das aktuelle Dilemma der aufgeklebten, geschichteten Wärmedämmverbundsysteme gelöst werden, bei deren Einsatz eine Vielzahl von Materialien und Schichten untrennbar miteinander verklebt werden. Bei der praktischen Umsetzung in anstehenden Forschungsvorhaben wird die Fachgruppe informiert.



Die Mischung macht's: Tellermischer mit erneuerten Mischarmen und Auskleidung

Auslieferung von Betonpumpen und Fahrereinweisung

ABTEILUNG BETONPUMPEN

Die Abteilung Betonpumpen in der Fachgruppe Transportbeton befasste sich mit den Themen Technik und Verkehr nach § 29 und § 70 StVZO, Analyse des Unfallgeschehens und Verbesserung der Arbeitssicherheit, EN 12001 Sicherheitsanforderungen an Arbeitsmaschinen sowie Aus- und Weiterbildung von Betonpumpenmaschinisten und -disponenten. Für den Ausbildungsberuf Verfahrensmechaniker Transportbeton werden spezielle Lehrinhalte zum Fördern von Beton entwickelt. Hierzu bietet der Arbeitskreis Südwest (Fachgruppen der Industrieverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz / Hessen und Bayern) einen aktuellen und intensiven Infor-

mations- und Erfahrungsaustausch. Gebündelt werden die Interessen im Arbeitsausschuss Betonpumpen im Bundesverband der Deutschen Transportbetonindustrie in Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft Rohstoffe und Chemie (BG RCI) sowie den Betonpumpen-Herstellern.

Die Überarbeitung des Merkblatts „Pumpen von Beton“ ist nahezu abgeschlossen und soll die Anwendung von pumpfähigen Betonen unterstützen. Auf der Homepage www.pumpbeton.de präsentieren sich die verbandlich organisierten Betonpumpendienstleister. Neue Erkenntnisse werden aus umfangreichen Forschungsvorhaben zu Pumpbeton erwartet, die an der TU Dresden durchgeführt werden.



COACHING FÜR BAUSTOFFVERKÄUFER

Die nahezu abgeschlossene Erarbeitung von Merkblättern der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) haben das Ziel, den Betonstraßenbau im kommunalen Bereich zu fördern. Mit Herausgabe des „Allgemeinen Rundschreibens“ des Bundesministeriums hinsichtlich der Einstufung von Baustoffen (Zement und Gesteinskörnung) zur Vermeidung einer schädigenden Alkali-Kieselsäure-Reaktion (AKR), wird diese bisher unproblematische Verwendung von Transportbeton in Frage gestellt.

AKR-Anforderungen für die Feuchtigkeitsklasse WS dürfen vom Bundesfernstraßenbau nicht in den kommunalen Verkehrswegebau (Busflächen, Kreisverkehre, Instandhaltung von Flächen) übernommen werden. Die unproblematische Verwendung von Transportbeton wird erheblich eingeschränkt, der Prüfaufwand mit Einschaltung von Gutachtern ist bei Kleinmengen, die zeitnah ausgeführt werden sollen, nicht darstellbar. Wir haben eine Untersuchung initiiert, bei der aus vorhandenen kommunalen Infrastrukturmaßnahmen Proben entnommen, untersucht und die Schadenfreiheit darlegt werden kann, damit Ausnahmeregelungen für diese Verkehrsflächen möglich sind.

Aktuelle Merkblätter: Leitfaden und Praxistipp des BTB für die Anwender von pumpfähigem Beton

Das Führungsteam Ehren- und Hauptamt der beiden Fachgruppen Transportbeton bei der Mitgliederversammlung 2014

Qualitätskontrolle
Frischbetonprüfung



VERANSTALTUNGEN

Erstmals in der Geschichte des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) und des Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden e.V. (BIV) kamen die jeweiligen Fachgruppen Transportbeton zu einer gemeinsamen Tagung am 14.05.2014 im Congress Centrum Heidenheim zusammen. Im Zentrum der Debatte stand dabei die technisch-wirtschaftliche Entwicklung des Branchensegments.

Nach den gut besuchten, von Dr. Erwin Kern und Pius Geiger getrennt abgehandelten Fachgruppenversammlungen wurde in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung auch der Einsatz von Beton beim Bau von Kreisverkehren thematisiert. Durch diese Tagung wurde die vorbildliche Verbandszusammenarbeit auf der „Südschiene“ deutlich

gestärkt, es werden langfristig wichtige Potentiale der Intensivierung der technisch-fachlichen Betreuung aufgetan, Termine gebündelt, die beiden Seiten eine höhere Schlagkraft verleihen, wenn es darum geht, die Interessen der Mitglieder auf Landes- und Bundesebene zu vertreten.

13. Juni 2013 und 19. September 2014

FACHSEMINARE: BETON VERKAUFEN – ABER RICHTIG!

Coaching von Gesprächstechnik, Aufbereitung von Dokumenten für das Kundengespräch, Darstellung von Dienstleistungen, Rollenverhalten mit Gruppen- und situativem Einzeltraining

06. Februar 2014

FACHEXKURSION ZU FA. LIEBHERR IN BAD SCHUSSENRIED

Besichtigung der Betonfahrmischerfertigung sowie Aufbau und Ausstattung von Betonmischanlagen, Fachinformationen von Fa. MEVA/Haiterbach über Theorie und Praxis zur Bestimmung zum Ansteifungsverhalten sowie zum Erstarrungszeitende von Frischbeton.

FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

- Ausschreibungen produktneutral gestalten
- Vertragsbedingungen des Landes so gestalten, dass heimische Baustoffe effizient verwendet werden können
- Standardabbau im Straßenbau nicht zu Lasten der Dauerhaftigkeit; neue Bauweisen wissenschaftlich begleiten
- Kompetenznachweis und Weiterbildung durch Einschaltung von privaten Ingenieurbüros durch den/die Auftraggeber sicherstellen
- ausreichend Personal für Ausschreibung und Überwachung in den zuständigen Baureferaten und Straßenfachbehörden bereitstellen
- Berücksichtigung von heimischen und regionaltypischen Naturwerksteinen im Rahmen der Novelle der Landesbauordnung (verhindert ökologisch unsinnige Transporte von Übersee und sozial fragwürdige Kinderarbeit in Drittweltländern)
- Substanzverlust vermeiden, Bauinvestitionen verstetigen
- Qualitätskontrolle vor und während der Bauausführung mit ausreichend Personal ausstatten



R-Beton ist in aller Munde und wird politisch und fachlich durch das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft sehr stark unterstützt, z. B. durch das bundesweite Fachsymposium „Ressourcenschutz in der Bauwirtschaft“ am 23. Januar 2014 in Stuttgart. Von links nach rechts: Ulrich Nolting (Geschäftsführer BetonMarketing Süd), Raymund Böing (Ressortleiter Betontechnologie Transportbeton Entwicklung und Anwendung, HeidelbergCement AG), Umweltminister Franz Untersteller, Thomas Beißwenger (Hauptgeschäftsführer ISTE), Dr. Bernd Susset (Geschäftsführer QRB)

Das Thema der Wiederverwendung von rezyklierten Gesteinskörnungen als Zuschlagsstoff in Beton fehlt in keiner Rede von Umweltminister Franz Untersteller, wenn es um Ressourceneffizienz geht.

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft (UM) hat hierzu bereits drei Forschungsprojekte mit dem ifeu-Institut in Heidelberg durchgeführt.

FACHSYMPOSIUM UND INFORMATIONSBROSCHÜREN

Am 23. Januar 2014 hat das UM mit Unterstützung der Umweltakademie schließlich ein „bundesweites“ Fachsymposium zum Einsatz von ressourcenschonendem Beton (R-Beton) in Stuttgart veranstaltet.

Dort wurden auch die Ergebnisse der Forschungsprojekte in Form neuer Informationsbroschüren des UM rund um das Thema Baustoff-Recycling veröffentlicht:

- Die Broschüre „Der Einsatz von Recyclingbaustoffen“ veröffentlicht die wesentlichen Ergebnisse des Forschungsprojektes des ifeu-Instituts für Energie- und Umweltforschung Heidelberg GmbH „Steigerung der Akzeptanz von Recycling-Baustoffen“.
- Die Broschüre „Stoffkreisläufe von RC-Beton“ ist im Rahmen des ifeu-Projektes „Ziegel-Gesteinskörnungen im Beton“ entstanden.

- Die Broschüre aus dem Jahr 2011 „RC-Beton im Baubereich“ ist ebenfalls Ergebnis eines ifeu-Projekts

Download der Broschüren unter www.um.baden-wuerttemberg.de/de/presse-service/publikationen/

Wir kritisieren, dass zunächst weder ISTE noch QRB bei der Erarbeitung der Broschüren eingebunden waren, obwohl insbesondere auf den QRB oftmals Bezug genommen wird. Erst im Nachgang der ersten Internetveröffentlichung der Broschüre „Der Einsatz von Recyclingbaustoffen“ konnten von uns einige fachliche Korrekturen eingebracht und berücksichtigt werden.

Eine fachliche Stellungnahme des ISTE zum Thema R-Beton ist bereits in die Podiumsdiskussion des Fachsymposiums im Januar 2014 durch Beiträge von Thomas Beißwenger und Dr. Bernd Susset eingeflossen und wird im Folgenden auszugsweise veröffentlicht.

LANGJÄHRIGE UNTERSTÜTZUNG VON R-BETON DURCH ISTE UND QRB

Seit vielen Jahren unterstützt ISTE R-Beton als zunehmend relevantes Element einer ganzheitlichen Recyclingstrategie im Bereich der mineralischen Abfälle. So zum Beispiel über Fachexkursionen zu Pilotprojekten, wie z. B. im Jahr 2009 nach Oberglatt/Schweiz zur Firma Eberhard sowie über

viele weitere Fachexkursionen zu unseren Mitgliedsunternehmen, die unter anderem rezyklierte Gesteinskörnungen für R-Beton herstellen oder aktiv an sogenannten Leuchtturmprojekten mitarbeiten.

Des Weiteren pflegen wir enge Kontakte zur Forschung in diesem Bereich, u.a. zur Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus (BTU, Dr. Angelika Mettke), zum Zentrum für Angewandte Geowissenschaften der Universität Tübingen (ZAG, Prof. Dr. Peter Grathwohl) und zu angewandt forschungsbegleitenden Institutionen, wie dem ifeu (Florian Knappe) und dem Ökoinstitut (Günter Dehoust). Wir bieten Forschern und Entwicklern seit vielen Jahren die Gelegenheit, das Thema R-Beton auf unseren Baustofftagen einem breiten Publikum vorzutragen.

Außerdem unterstützen wir das Thema R-Beton über die Tätigkeit des ISTE in Fachbeiräten von Forschungsprojekten und in den relevanten DIN-Gremien sowie durch unsere intensiven auch bundesverbandlichen Kontakte z.B. zum Deutschen Institut für Bautechnik (DIBt) in Berlin.

Der ISTE erarbeitet schon seit dem Jahr 2009 direkt mit dem DIBt Lösungswege für das aktuell sehr schwierige Thema der bauaufsichtlichen Zulassung von Gesteinskörnungen für R-Beton.

EXKURS R-BETON – KÖNIGSWEG BEI DER VERWERTUNG VON BAUSCHUTT?

Grundvoraussetzung für geeignete rezyklierte Gesteinskörnungen für R-Beton ist Qualität:

Hochqualitativer, selektiver Rückbau und Abbruch, Separation und Aufbereitung (Brechen und Sieben) sowie schließlich die Qualitätskontrolle auf bautechnische Parameter und auf Umweltqualität



POLITISCHE ÜBERSTRAPAZIERUNG DES THEMAS NICHT ZIELFÜHREND

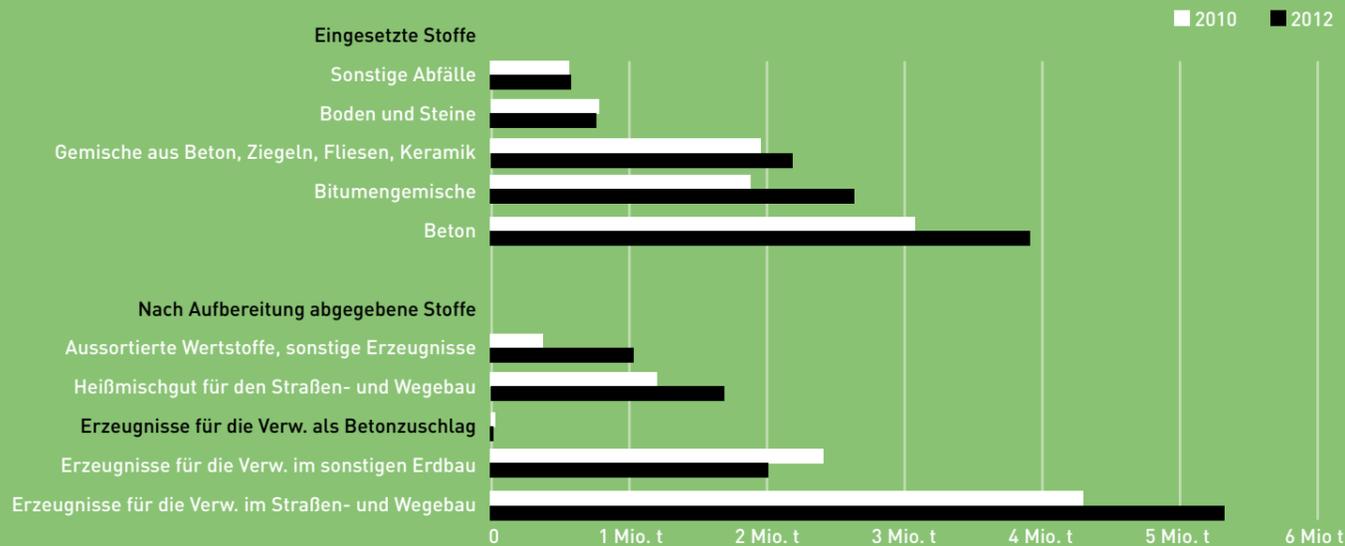
In verschiedenen Fachveröffentlichungen, in politischen Reden, aber auch in Broschüren des Umweltministeriums wird der Fokus zu einseitig auf R-Beton gelegt, während der mengenmäßig wesentlich bedeutendere Verwertungspfad von Recycling-Baustoffen in technischen Bauwerken des Infrastrukturbaus stark in den Hintergrund tritt. Dies ist vor dem Hintergrund der großen

Probleme mit der bundeseinheitlichen Regelung dieses mengenmäßig ausschlaggebenden Verwertungspfad in der geplanten Ersatzbaustoffverordnung besonders alarmierend. Nach der neuesten Abfallbilanz 2012 des Statistischen Landesamtes werden rund 10 Mio. Tonnen RC-Baustoff im Infrastrukturbau verwendet.

Demgegenüber stehen rein statistisch aktuell nur 0,04 Mio. Tonnen rezyklierte Gesteinskörnungen im Beton im Hochbau (siehe unten).

Auch kann R-Beton weder bedeutende Mengen Primärrohstoffe einsparen noch Deponieraum schonen. Dies liegt darin begründet, dass für rezyklierte Gesteinskörnungen im Beton nur diejenigen Bauschuttanteile in Frage kommen, die ohnehin problemlos im Bereich des Infrastrukturbaus vollständig verwertet werden können.

AUFBEREITUNG VON BAUABFÄLLEN UND AUSBAUASPHALT IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Vorläufige Werte des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (Stand Juni 2013) aus der Abfallbilanz 2012 verdeutlichen den geringen Anteil von rezyklierten Gesteinskörnungen im R-Beton von nur rund 0,04 Mio. t gegenüber knapp 10 Mio. t in den üblichen Verwertungspfaden (Stala, 2013).



SCHWARZ-WEISS-DENKEN IST KONTRAPRODUKTIV

Die oftmalige Betonung der Hochwertigkeit von rezyklierten Gesteinskörnungen im R-Beton im Hochbau gegenüber minderwertigem Einsatz von Recycling-Baustoffgemischen in technischen Bauwerken des Infrastrukturbaus kann zu einem Schwarz-Weiß-Denken führen, welches nicht sachgerecht ist. Tatsächlich werden an RC-Baustoffgemische in marktrelevanten, umweltoffenen, also durchströmten Bauweisen im Tiefbau, höhere Anforderungen an die Umweltqualität gestellt als an rezyklierte Gesteinskörnungen für R-Beton. Dies ist auch logisch, denn RC-Baustoff-Gemische, die in Z1.1-Bauweisen vom Regenwasser offen durchströmt werden, können nur mit bester Z1.1-Qualität oder als QRB-Produkt eingesetzt werden. Für rezyklierte Gesteinskörnungen im R-Beton reicht dagegen in der Regel die Einhaltung der Z2-Werte aus, da diese Gesteinskörnungen in die Zementmatrix eingebunden sind und nicht durchströmt werden. Zudem sind die bautechnischen Anforderungen an RC-Gemische im qualifizierten Straßenbau (z.B. Frostschutzschichten) nach den einschlägigen Regelwerken der FGSV in der Regel höher als bei rezyklierten Gesteinskörnungen für R-Beton. Auch RC-Gemische für Baugrubenverfüllungen im technisch unregulierten Bereich müssen mindestens die Anforderung an die Korngrößenverteilung und in der Regel sogar höhere Umwelthanforderungen (Z1.1) einhalten.

HOHE RC-POTENTIALE IM TIEFBAU

Für die geplante Ersatzbaustoffverordnung wurden zudem mit hohem wissenschaftlichem Aufwand die hydraulischen Eigenschaften von technischen Bauwerken untersucht. Durch das optimierte Design von technischen Bauwerken mit technischen Sicherheitsmaßnahmen können sowohl mengenmäßig als auch qualitativ enorme Recyclingpotentiale gehoben werden, die weit höher sind als die Potentiale von R-Beton. Die Bauweisen können so konstruiert werden, dass Tragschichten nur noch zu sehr geringen Anteilen durchströmt werden und folglich auch Recycling-Baustoffe mit ungünstigeren Schadstofffreisetzungseigenschaften, aber technisch hoher Qualität verwertet werden können (vgl. UBA- und BMUB-Forschungsprojekte der Universität Tübingen). Angesichts der hohen technischen Anforderungen und der hohen Umwelthanforderungen an gebrauchte Gesteinskörnungen im qualifizierten Infrastrukturbau kann von einem Downcycling im Tiefbau keine Rede sein, weil die aus Abbruch und Rückbau wiedergewonnenen Gesteinskörnungen wiederum einer Verwendung mit sehr hohen Anforderungen an Qualität und Funktionalität zugeführt werden.

R-BETON IST KEIN „ALLHEILMITTEL“ FÜR EINE EFFEKTIVERE KREISLAUFWIRTSCHAFT

Relevante Steigerung der Verwertungsquoten und relevante Einsparung von Deponieraum ist durch R-Beton nicht zu erwarten.

Nach der neuesten Abfallbilanz 2012 des Landes Baden-Württemberg ist das Aufkommen von Bau- und Abbruchabfällen weiter auf einen Rekordwert von 35,5 Mio. t gestiegen und macht 80% des Gesamtabfallaufkommens aus. Darunter fallen 23,5 Mio. t Boden und Steine, die zu einem Großteil in Verfüllungen von Abbaustätten der Steine- und Erdenindustrie verwertet werden (rund 18 Mio. t). Der größte Teil des Restes wird deponiert.

Der Stoffstrom Boden und Steine kommt für die Aufbereitung von Gesteinskörnungen für R-Beton naturgemäß nicht in Frage. Die Rückgewinnung von Gesteinsanteilen aus Bodengemischen in relevanten Mengen ist derzeit weder technisch noch wirtschaftlich zu leisten.

Um die aktuelle Relevanz von R-Beton einschätzen zu können, müssen die Verwertungspfade im Bereich des Baustoff-Recyclings betrachtet werden:



Rege Diskussion auf der R-Beton-Konferenz: Dr. Gerhard Scheuermann und Rolf Wizgall (Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg), Prof. Dr. Jürgen Schnell (Vors. des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton, Leiter des Fachgebiets Massivbau und Baukonstruktion an der Technischen Universität Kaiserslautern), Walter Feeß (Feeß GmbH & Co KG), Hans-Jörg Weiß und Bernhard Dziadek (Krieger Betontechnologiezentrum in Remseck)



Nach aktueller Abfallbilanz werden rund 7,5 Mio t, also 75 % der Recycling-Baustoffe im Erd-, Straßen- und Wegebau, also im Infrastrukturbau verwendet, dagegen nur 0,04 Mio. t, also unter 0,5%, als Betonzuschlag im R-Beton. Wir gehen zwar davon aus, dass die Menge der Gesteinskörnungen für R-Beton mit 0,04 Mio. t deutlich unterschätzt wird, jedoch kann unabhängig von der tatsächlichen Menge Folgendes konstatiert werden:

- Durch eine Steigerung der Mengen von rezyklierten Gesteinskörnungen im Beton erfolgt lediglich eine Umverteilung des ohnehin gut verwertbaren Betonbruchs vom Verwertungspfad Erd- und Straßenbau in Richtung Betonzuschlag, aber keine Änderung der Verwertungs- oder Recyclingquoten.
- Da rezyklierte Gesteinskörnungen für R-Beton auf einen begrenzten Vorrat von Beton- und Ziegelbruch zugreifen, der bisher ohnehin bereits im Infrastrukturbau verwertet wird, kann durch eine Steigerung der R-Beton-Quote keine zusätzliche Menge an Primärrohstoff eingespart werden, denn der Vorrat an Beton- und Ziegelbruch und die Substitutionsquote bleiben gleich.

– Da insgesamt und unabhängig von der Verteilung auf die Verwertungspfade aktuell bereits schon 93 % der Bau- und Abbruchabfälle einer stofflichen Verwertung zugeführt werden, kann auch durch eine Steigerung der R-Beton-Quote kein Deponieraum eingespart werden.

Aussagen, wie „Durch R-Beton muss weniger Kies abgebaut werden, was flächenintensive Eingriffe in Natur, Landschaft und den Grundwasserhaushalt erspart“ und dass, „durch R-Beton wertvoller Deponieraum geschont wird“ sind vor dem Hintergrund der obigen Analyse nicht sachgerecht.

KONTRAPRODUKTIVE EFFEKTE VERMEIDEN

Vor allem durch die Unsicherheit der öffentlichen Abnehmer von Recycling-Baustoffen hat sich schon heute eine „Rosinenpickerei“ im Bereich des Baustoff-Recyclings etabliert, wonach nur noch Beton-Rezyklate hoffähig zu sein scheinen.

Das auf Bundesebene im Rahmen der Länder-Arbeitsgruppe zur geplanten ErsatzbaustoffV durch einige Länder (nicht aber durch das BMUB) geforderte klassenscharfe Getrennthaltungsmodell im Inputbereich zwischen Z1.1, Z1.2 und Z2 wird diesen Effekt verstärken. Hinzu kommt nun eine zunehmende Sogwirkung auf Betonabbruchmaterial zur Herstellung von R-Beton, entweder

auf der stationären Bauschutt-Recyclinganlage selbst, oder vor Ort direkt an der Baustelle. Damit werden dem Materialstrom Bauschutt- und Abbruchmaterial seine hochwertigsten Bestandteile entzogen.

In der Summe kann es zu einer ungewollten Verzerrung der Verwertungswege kommen: Durch die potentielle Verschlechterung des Massenstroms könnte der mengenmäßig bedeutendste Verwertungsweg im Erd- und Straßenbau zusätzlich limitiert werden. Im worst-case führt R-Beton zu einer Verschlechterung der Gesamtverwertungsquote und damit zum Konterkarieren der eigentlichen politischen Zielsetzung, nämlich einer gesteigerten Recyclingquote.

BAUAUFSICHTLICHE ZULASSUNG IST ZU KLÄREN

Die Anforderungen an R-Beton werden durch die Richtlinie des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton (DAfStb) „Beton nach DIN EN 206-1 und DIN 1045-2 mit rezyklierten Gesteinskörnungen“ (Ausgabe September 2010) geregelt. Wesentlicher Knackpunkt im Zusammenhang mit der neuen Richtlinie ist die Tatsache, dass die Überwachung und Zertifizierung der Umwelteigenschaften der rezyklierten Gesteinskörnungen nach Richtlinie seit 2011 über eine bauaufsichtliche Zulassung im



ISTE und QRB mit einer rumänischen Delegation: Beton-Recycling live

Walter Feeß informiert Minister Franz Untersteller bei einer Werksbesichtigung über das Thema Baustoff-Recycling.

Einzelfall erfolgen muss, da die bisher einschlägige DIN 4226-100 durch die europäische Norm DIN EN 12620 ersetzt wurde. Beim Ersatz der deutschen Norm durch die Europäische Norm wurde versäumt, dass in der DIN EN 12620 die umweltrelevanten Merkmale nicht geregelt sind. Außerdem hatte man im Jahr 2011 eine kurzfristige Einführung der Bundes-ErsatzbaustoffV erwartet, mit der neue Umweltparameter und Methoden eingeführt werden sollten, was eine Anpassung der DIN 4226-100 bedeutet hätte.

Der ISTE hat bereits im Jahr 2011 mit dem DIBt Möglichkeiten einer Verbandslösung, also eine Art Verbands-sammelzulassung erörtert. Diese ist jedoch nicht möglich.

Damit führt derzeit kein Weg an bauaufsichtlichen Zulassungen bzw. an einer Zustimmung der obersten Bauaufsicht im Einzelfall vorbei. Fakt ist, dass bisher in der gesamten Bundesrepublik keine einzige bauaufsichtliche Zulassung für rezyklierte Gesteinskörnungen für Beton erteilt wurde. Nach mündlicher Auskunft durch das DIBt liegen der Institution insgesamt nur fünf Zulassungsanträge vor, mehrheitlich aus Baden-Württemberg.

Angesichts einer starken politischen Fokussierung auf R-Beton muss unbedingt vermieden werden, dass man sich hier formell angreifbar macht.

Faktisch wird sich eine bauaufsichtliche Zulassung im Einzelfall kaum vom bisherigen Verfahren nach DIN 4226-100 unterscheiden. Denn es ist davon auszugehen, dass das DIBt weiterhin die Einhaltung der Z2-Grenzwerte nach LAGA M 20, 1997 akzeptiert.

Die ISTE-Fachexperten setzen sich im einschlägigen Normungsgremium, zusammen mit der Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe, für eine „Reaktivierung“ und Anpassung der DIN 4226-100 ein, so dass schwierige Einzelfallzulassungen zukünftig wieder entfallen können. Da die ErsatzbaustoffV nicht vorankommt, müsste dann übergangsweise wieder auf die Z2 Werte nach LAGA zurückgegriffen werden.

FAZIT

- Der ISTE unterstützt R-Beton als weiteres Element einer ganzheitlichen Verwertungsstrategie mit zunehmender Bedeutung.
- Die Produktion rezyklierter Gesteinskörnungen für R-Beton führt lediglich zu einer Umverteilung der Verwertungspfade, nicht zu einer wesentlichen Steigerung der Recyclingquoten.
- Da rezyklierte Gesteinskörnungen für R-Beton auf Materialien zurückgreifen, die ohnehin gut verwertet werden können, kann R-Beton keinen zusätzlichen Deponieraum schonen.

– Aufgrund der Umverteilung der Verwertungspfade werden durch R-Beton keine zusätzlichen Mengen an Primärrohstoff eingespart. Zur Erinnerung: derzeitiger Primärrohstoffbedarf pro Jahr ca. 90 Mio t. Ca. 7,5 Mio. t Recycling-Baustoffe werden im Straßen-, Weg- und Erdbau eingesetzt, ca. 0,04 Mio. t Recycling-Baustoffe im R-Beton-Hochbau.

- Zusätzliche Sogwirkung auf Betonbruch kann zu einer Verschlechterung der Qualität und folglich zu einer Reduzierung der Verwertungsquoten der RC-Baustoffgemische führen, hier hilft auch die technisch stark begrenzte Mitverwertung von Ziegelmaterial in R-Beton mengenmäßig kaum weiter.
- Die aktuell notwendige bauaufsichtliche Zulassung von rezyklierten Gesteinskörnungen für R-Beton ist noch nicht erfolgt und macht R-Beton ggf. formell angreifbar.
- Der politische Fokus muss wieder auf die mengenmäßig bedeutenden Verwertungspfade in technischen Bauwerken des Erd-, Straßen-, Wege- und Schienenverkehrswegebau gesetzt werden, die 75 % des Baustoff-Recyclings ausmachen. Hier findet hochwertiges Baustoff-Recycling statt. Von Downcycling im Infrastruktur-Tiefbau kann keine Rede sein.

»Umwelt- und Naturschutz, Rohstoffgewinnung und Ressourceneffizienz durch Recycling sind kein Widerspruch! Deshalb erarbeiten wir gemeinsam mit Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen der Bürgergesellschaft nachhaltige Lösungen.«



Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Vorsitzender des Umwelt- und Rohstoffausschusses im ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz und andere Flächennutzungen schränken die Rohstoffgewinnung stark ein und führen zunehmend zur Schließung von Rohstoffgewinnungsstätten. Mittelfristig ist unsere dezentrale, nachhaltige Versorgungsstruktur mit heimischen mineralischen Rohstoffen gefährdet – mit vielen Nachteilen für Klima, Umwelt und Natur und das ist nicht nachhaltig! Aus rein rohstoffgeologischer Sicht ist für die meisten mineralischen Rohstoffe unserer Industrie in der nahen Zukunft keine Verknappung zu befürchten. Tatsächlich kann aber eine weitere Verschärfung der Nutzungskonflikte zu einer Verknappung der heimischen mineralischen Rohstoffe führen, die nur durch Import von Steinen mit oft reichlich Geokonfliktpotential ausgeglichen werden kann.

Wesentliche Aufgabe des ISTE ist es, die Interessen der Mitglieder im Themenbereich Natur-, Arten-, Boden- und Grundwasserschutz gegenüber Landesregierung, Parlament, Behörden auf allen Verwaltungsebenen und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten und die Rahmenbedingungen für eine dezentrale, nachhaltige und umweltgerechte Rohstoffgewinnung mitzugestalten.

Die Mitarbeit in Verordnungs- und Gesetzgebungsvorhaben des Landes, des Bundes und der Europäischen Union steht damit im Mittelpunkt der ISTE-Fachabteilung Umwelt- und Naturschutzpolitik.

KOOPERATION UND MITARBEIT AUF ALLEN EBENEN

Der ISTE arbeitet intensiv mit Forschungseinrichtungen, Fachbehörden und Verbänden zusammen und forciert privat-öffentliche Forschungsk Kooperationen, um Ergebnisse der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung für die Arbeit der Steine- und Erdenindustrie besser verfügbar zu machen.

Zudem erarbeitet der ISTE mit einem interdisziplinären Team von Biologen, Ingenieuren, Geologen und Juristen Fachkonzepte im Umweltbereich, erstellt Fachbroschüren in enger Zusammenarbeit mit den Umweltbehörden und bringt Forschungsinitiativen in die Fachgremien der Bundesverbände ein. Hierzu arbeiten ISTE-Mitarbeiter und ehrenamtliche Unternehmensvertreter in den relevanten Gremien der Fachverwaltungen (z.B. Naturschutz- und Wasserbeirat), der deutschen und europäischen Normung (Deutsches Ins-



Abbaustätten sind Rückzugsgebiet und Ausbreitungsschwerpunkte für zahlreiche bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

titut für Normung, DIN; Europäisches Normungskomitee, CEN) sowie in den politischen Steuerungsgremien des Landes und des Bundes mit. Diese Arbeit erfolgt entweder durch eine direkte Mitarbeit als Delegierte der Bundesverbände nach dem „Best-off-Prinzip“ oder indirekt durch die Mitarbeit in den Gremien des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe (MIRO) und des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs).

Auf diese Weise werden die Interessen der Mitglieder auf allen Ebenen (Land, Bund, Europa) vertreten.

Warum muss ein Landesverband die europäische Umweltpolitik im Blick haben? Mehr als 75% der Umweltgesetzgebung ist bereits in europäischer Hand. EU-Gesetze und Verordnungen wirken sich in kürzester Zeit auf die Länderpraxis aus (z.B. IED-Richtlinie). Die Unternehmen vor Ort kennen die Probleme bei der Umsetzung am besten. Deshalb müssen Landesverbände diese Fragestellungen frühzeitig direkt oder indirekt über die Bundesverbände in Europa einbringen.

VERANSTALTUNGEN

Ein umfassendes Veranstaltungsangebot für die Bereiche Genehmigungsverfahren, Umweltrecht, biologische Vielfalt in Abbaustätten, Forstliche Rekultivierung, Technische Rekultivierung, Ressourceneffizienz und nachhaltige Georessourcennutzung, hochqualitatives Baustoffrecycling, Mantelverordnung sowie Workshops, Seminare und Lehrgänge zu aktuellen Themen runden das Leistungsspektrum ab. Die starke Nachfrage und die Zusammensetzung der Teilnehmer (neben unseren Mitgliedern sind stets viele Vertreterinnen und Vertreter der Umweltverwaltung und der Umweltsachbehörden anwesend) bestätigen die fachliche Hochwertigkeit und das Informationsniveau unserer Veranstaltungen.

BERATUNGSLEISTUNGEN

Durch die Erfahrungen und das Wissen aus zahlreichen Verfahrensbeteiligungen als Träger öffentlicher Belange und der häufigen Beteiligung an Genehmigungsverfahren in allen Regionen des Landes sowie aus der Beteiligung an der Umsetzung von Gesetzen und

Verordnungen verfügt der ISTE über einen besonderen Erfahrungsschatz, zum Beispiel über

- den Umfang und die Untersuchungstiefe der Umweltmedien Boden, Wasser, Klima/Luft sowie Arten/Biotope,
- die Anforderungen an die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft,
- fachliche Fragestellungen bezüglich Boden- und Grundwassergefahrenabschätzung und sich daraus ergebende Anforderungen an Rohstoffgewinnung und Recycling,
- fachliche Fragestellungen bei der Umsetzung von Maßnahmenplänen (z.B. EU – Wasserrahmenrichtlinie oder Natura 2000),
- die Art und Höhe von Sicherheitsleistungen,
- die üblichen und rechtmäßigen Nebenbestimmungen der Genehmigung oder
- die Genehmigungsgebühren.

Der ISTE unterstützt den R-Kongress des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg in Stuttgart.

Dr. Martin Kern, Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt- und Rohstoffpolitik des ISTE, auf der Jahreshauptversammlung 2014



UMWELTSCHUTZ

ENTWURF EINES UMWELT- VERWALTUNGSGESETZES

Am 17. Dezember 2013 hat der Ministerrat den Entwurf eines Gesetzes zur Vereinheitlichung des Umweltverwaltungsrechtes und zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Umweltverwaltungsgesetz) zur Anhörung freigegeben. Der Gesetzesentwurf soll die Regelungen zum Umweltverwaltungsrecht in einem einheitlichen Umweltverwaltungsgesetz zusammenfassen. Damit soll das Umweltverwaltungsrecht auf Landesebene vereinfacht und modernisiert werden. Die landesrechtlichen Regelungen sollen insbesondere für eine Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich und für eine offene Informationskultur ausgebaut werden.

Im Rahmen der Anhörung zum Gesetzesentwurf hat der ISTE eine umfangreiche Stellungnahme erarbeitet und in der mündlichen Anhörung den Vertretern des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vorgetragen. Der ISTE fordert, dass parallel zur Stärkung der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich auch der Verfahrensbeschleunigung ausreichend Rechnung getragen werden muss und die Neuregelung keinesfalls dazu führen darf, dass dem mittlerweile verstärkt auftretenden Verhinderungsdenken weitere Türen geöffnet werden. Ebenso dürfen durch die Neuregelung keine finanziellen oder gar landesspezifischen Mehrbelastungen eingeführt werden. Diese Anforderungen wurden im vorgelegten Gesetzesentwurf leider nicht umgesetzt, weshalb der ISTE eine grundlegende Überarbeitung des Entwurfs des Umweltverwaltungsgesetzes fordert.

Besonders kritisch sieht der ISTE die als „Soll-Regelung“ ausgestaltete Einführung einer grundsätzlichen Verpflichtung zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung für Vorhaben, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung oder Planfeststellung vorgeschrieben ist. Diese Verpflichtung besteht gleichermaßen für private Vorhabenträger wie für die öffentliche Hand. Zeitlich wird die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bereits im Vorfeld von Zulassungsverfahren verortet, also noch vor Stellung des Antrags auf Zulassung

des Vorhabens. Das Planungs- und Zulassungsrecht sieht bereits heute mehrere Öffentlichkeitsbeteiligungen vor. Die Einführung einer Pflicht zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung, die über die formalen Beteiligungsschritte des klassischen Verfahrensrechts hinausgeht, lehnt der ISTE ausdrücklich ab. Die Verbesserung der Kommunikation darf und kann nicht durch das Gesetz erzwungen werden und muss auf freiwilliger Basis gestaltet werden.

Der ISTE setzt sich dafür ein, dass hinsichtlich der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung im Zulassungsverfahren die gleichen Maßstäbe wie im Bundesrecht gelten. So sind Betriebsanlagen und -einrichtungen bei der Größenbemessung der Vorhabensfläche z.B. für Erweiterungsvorhaben von Kiesgruben, nicht mit einzubeziehen. Ebenso sind die abzu prüfenden Belange innerhalb der UVP den Bundeskriterien anzupassen, um erhöhten Prüfungsaufwand der Unternehmen gegenüber Firmen in anderen Bundesländern zu vermeiden.



Weiterhin sollen verschiedene Neuregelungen zur Erleichterung des Zugangs zu Umweltinformationen und zur Verstärkung der aktiven Informationspflichten der informationspflichtigen Stellen eingeführt werden. Hierzu zählt neben einer Pflicht zur Beratung und zur Weiterleitung von Informationsbegehren auch das aktive Bereitstellen von Umweltdaten einschließlich des nun auch gesetzlich verankerten Landesumweltzustandsberichts. Um den Informationspflichten bürgerfreundlich und umfassend nachzukommen, werden die informationspflichtigen Stellen über die bereits geltenden Verpflichtungen hinaus dazu verpflichtet, praktische Vorkehrungen zur Erleichterung des Informationszugangs zu treffen, und die Informationssuchenden durch Beratung, insbesondere bei der Antragstellung und der Informationsgewährung, zu unterstützen. Ferner soll auf eine Gebührenerhebung bei Informationsbegehren mit nicht erheblichem Bearbeitungsaufwand künftig verzichtet werden. Im Übrigen wird das bestehende Landesumweltinformationsgesetz übernommen oder auf das Umweltinformationsgesetz des Bundes verwiesen.

Des Weiteren wird die Umweltmediation in ihren Grundlagen gesetzlich verankert. Die Mitwirkungsrechte anerkannter Umweltvereinigungen werden über die bisher bestehenden gesetzlichen Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich des Bundesnaturschutzgesetzes und des Planfeststellungsverfahrens hinaus gestärkt und besondere Zuständigkeitsregelungen im Bereich des Umweltverwaltungsrechts vorgenommen.

Der bisherige Entwurf sieht vor, dass das Umweltverwaltungsgesetz am Tag nach seiner Verkündung in Kraft tritt. Die bestehenden Landesgesetze zur Umweltverträglichkeitsprüfung und zum Umweltinformationsrecht würden zu diesem Zeitpunkt aufgehoben werden.

Es besteht erheblicher Überarbeitungsbedarf. Der ISTE wird sich dafür einsetzen, dass die Defizite im Entwurf einer fachlichen Lösung zugeführt werden und dass durch die Einführung des Umweltverwaltungsgesetzes keine landesspezifischen Mehrbelastungen entstehen und die Zulassungsverfahren nicht weiter verzögert werden. Verhinderungsdenken darf nicht durch gesetzliche Bestimmungen gefördert werden. Dies wird der ISTE in den politischen Gesprächen weiterhin einfordern.

Der Abteilungsleiter Kreislaufwirtschaft des Umweltministeriums, Martin Eggstein (Mitte), zu Gast auf den Baustoff-Tagen 2013

Baustoff-Recycling live erleben: Peter Altmaier, damals Bundesumweltminister, heute Chef des Bundeskanzleramts, vor Ort bei der Fa. H. Feeß GmbH & Co.KG



ENTWURF DER MANTEL- VERORDNUNG VOM 31.10.2012

Seit der Veröffentlichung des Entwurfs der Mantelverordnung am 31. Oktober 2012 gibt es offiziell keinen neuen Stand im Ordnungsverfahren. Bis Februar 2013 sind rund 2.000 Seiten Stellungnahmen der Länder und der Wirtschaft beim BMU eingegangen. Der ISTE hat seine Stellungnahmen zusammen mit der Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB) eingebracht. Das Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB) hat eine eigene Stellungnahme mit Fokus auf die Güteüberwachungsregeln eingebracht. Unsere Stellungnahmen sind grundsätzlich positiv-konstruktiv. Wir benötigen dringend eine bundeseinheitliche Regelung nach dem Konzept der ErsatzbaustoffV mit aus unserer Sicht wichtigen und machbaren Änderungen, insbesondere eine Angleichung des Sulfat-Grenzwertes an den nach bestem Stand der Technik einhaltbaren Wert. Bezüglich der geplanten Neuregelung der Verfüllung von Abgrabungen in der Novelle der BundesbodenschutzV (s.o.) hat der ISTE seine Positionen im Umweltausschuss des Bundesverbandes Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO) und damit in die Stellungnahme des MIRO eingebracht.

Referentinnen und Referenten der Baustoff-Tage 2013, die gewohnt professionell von Joachim Mahrholdt (vorne rechts) moderiert wurden.

Der Ministerialdirektor des Umweltministeriums, Helfried Meinel, erläutert die Ressourcenschonungsziele der Landesregierung.



BUNDESUMWELTMINISTERIUM SETZT BUND-/LÄNDER-AG „ERSATZBAUSTOFFV“ ZUR AUSLOTUNG VON KOMPROMISS-LINIEN MIT DEN LÄNDERN EIN

Angesichts vieler fachlich nicht mehr nachvollziehbarer Extremforderungen einiger Länder im Rahmen der Stellungnahmen der Bundesländer hat das Bundesumweltministerium (BMUB) die Bund-/Länder-Arbeitsgruppe „ErsatzbaustoffV“ eingesetzt. Die Arbeitsgruppe mit Vertretern von BMUB, Umweltbundesamt (UBA) und auf Arbeitsebene der Umweltministerien von 10 Bundesländern (BE, BW, BY, HB, HE, NI, NW, RP, SH, SN) hat viermal getagt und im Ergebnis die „Empfehlungen der Bund-Länder Arbeitsgruppe „ErsatzbaustoffV“ („Länderempfehlungen“) vom 2. September 2013 erarbeitet.

Das BMUB hat diese „Länderempfehlungen“ am 12. September 2013 den Länderarbeitsgemeinschaften Abfall, Boden und Wasser sowie allen Ländern zur Stellungnahme bis Ende Oktober 2013 vorgelegt.

Die wesentlichen Kernforderungen der Länder wurden erstmalig in der Bundesrepublik Deutschland am 10. Oktober 2013 auf dem 16. Baustoff-Recycling-Tag im Rahmen der Baustofftage 2013 durch den Mitarbeiter

der Arbeitsgruppe aus Baden-Württemberg, Rolf Wizgall, der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Folgenden werden nur die zentralen Forderungen genannt:

- Verbot von mineralischen Ersatzbaustoffen in offenen Bauweisen mit < 1 m GW-Abstand,
- Feststoff-Grenzwerte für RC-Baustoffe in Höhe von 3 × Bodenvorsorgewerte (VW) für RC-1 und -2 bzw. 10 × VW für RC-3,
- Absenkung des PAK-Feststoffgehalts-Grenzwertes von 10 mg/kg auf 5 mg/kg, Beibehaltung des Sulfat-Grenzwertes,
- Beschränkung von Schlacken und Aschen auf oberirdischen Bauwerken,
- > 1.500 m³, Komplettausschluss aus den meisten offenen Bauweisen,
- Die Mehrheit der Länder fordert ein Verdünnungs- und Vermischungsverbot bereits innerhalb der Aufbereitungsanlage (zu überprüfen durch komplexe Lagerungskonzeption und Getrennthaltung). Das BMUB lehnt dies jedoch ausdrücklich ab.

Die Forderungen der Länder stellen ein faktisches Verbot der Schlackenverwertung in der Bundesrepublik Deutschland dar. Bezüglich des Baustoff-Recyclings können sich je nach Auslegung des Verdünnungs- und Vermischungsverbot in der Praxis nicht umsetzbare, existenzbedrohende Folgen für Baustoff-Recycling-Unternehmen ergeben.

Eine Halbierung des PAK-Grenzwertes im Feststoff führt nach den Statistiken des Zentrums für Angewandte Geowissenschaften der Universität Tübingen (ZAG) zu einer zusätzlichen mindestens 20-prozentigen Herabsetzung der Verwertungsquoten im Bereich der Premiumklasse RC-1. Zusammen mit einem unveränderten Sulfatwert müssten zukünftig rund 50 % der bisher als Z 1.1-Material verwerteten RC-Baustoffe als RC-2 verwertet werden. Dies gelingt nur dann, wenn die ungünstigeren Qualitätsklassen am Markt akzeptiert und produktneutral eingesetzt werden. Die 10-jährige Praxiserfahrung aus Baden-Württemberg mit der Umsetzung der „Vorläufigen Hinweisen zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ des Umweltministeriums Baden-Württemberg aus dem Jahr 2004 zeigt, dass am Markt nahezu ausschließlich die „Premiumklasse“ Z 1.1 akzeptiert wird.

Zwischenzeitlich liegen die Stellungnahmen der Länder zu den oben vorgestellten Länderempfehlungen vor. Neben grundsätzlich positiven Stellungnahmen aus Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gibt es aus manchen Ländern noch weitergehende Forderungen „on-top“ der Länderempfehlungen. Insgesamt widersprechen viele der massiven Forderungen der Fachverwaltungen aus dem Boden- und Grundwasserschutz den vielfach veröffentlichten wissenschaftlichen Erkennt-



Rolf Wizgall vom Umweltministerium nochmals aktiv auf den Baustoff-Tagen 2013

Lebhafte Diskussion um aktuelle Erlasse des Umweltministeriums auf den Baustoff-Tagen 2013

nissen aus Großforschungsprojekten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des UBA.

Die BRB hat nach fachlicher Abstimmung mit dem ISTE noch am 31. Oktober 2013 per Rundschreiben an alle Länderministerien und an das BMUB auf die wesentlichen Probleme der Kernforderungen für die RC-Industrie hingewiesen. Zumindest die Kreislaufwirtschaft des Umweltministeriums in Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen und das BMUB sind der fachlichen Argumentation der Baustoff-Recyclingindustrie gefolgt. Dies hat zu grundsätzlich positiven Stellungnahmen dieser beiden Länder beigetragen.

MANTELVERORDNUNG – WIE GEHT ES WEITER?

Das Bundesumweltministerium arbeitet nach der Bundestagswahl an einer Neuorganisation des Hauses zum Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Die Geschäftsverteilung bezüglich der weiteren Bearbeitung der MantelV ist durch das BMUB wohl noch nicht abschließend geklärt. Ursprünglicher Plan des BMUB war, unter Berücksichtigung der Kernforderungen der Länderempfehlungen einen Referentenentwurf der MantelV bis Ende 2014 vorzulegen.

RÜCKBLICK: WICHTIGE INHALTE DER MANTELVERORDNUNG

Am 5. Dezember 2012 hat das Bundesumweltministerium (BMU) den zweiten Arbeitsentwurf der Mantelverordnung vom 31. Oktober 2012 veröffentlicht. Es ist die zentrale Verordnung für die Mitglieder des ISTE aus der Recycling- und Verfüllungsbranche, betrifft aber auch andere Bereiche der Steine- und Erdenindustrie sowie die Bauindustrie (z.B. Umweltverträglichkeit von Beton beim Bauen im Grundwasser). Vier Artikel sollen unter anderem sicherstellen, dass die Verwertung von mineralischen Stoffen gemäß den Zielstellungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes erfolgt und ein ausreichender Schutz des Grundwassers und des Bodens gewährleistet ist.

Das BMU hält weiterhin daran fest, in Artikel 1 (Änderung der Grundwasser-Verordnung) zur Beurteilung des Grundwasserzustandes 46 Prüfwerte festzulegen, die sich an den so genannten Geringfügigkeitsschwellenwerten orientieren. Da diese in der Regel human- und ökotoxikologisch abgeleitet sind, ergeben sich sehr niedrige Werte, deren Einhaltung fraglich ist. Diese Stoffkonzentrationen sind bei Direkt-einleitungen und Freisetzungen aus Bodenmaterialien oder Bauwerken, die mit dem Grundwasser in Verbindung stehen, einzuhalten. Werden die Prüfwerte unterschritten und ist die zu erwartende eingetragene Fracht

insgesamt gering, so sieht das BMU diesen Eintrag als unbedenklich an. Eine wasserrechtliche Genehmigung ist in diesem Fall nicht erforderlich.

In Artikel 2 (3. Arbeitsentwurf der Ersatzbaustoffverordnung) werden die Umwelanforderungen an die Verwertung mineralischer Ersatzbaustoffe (z.B. Recyclingbaustoffe, Hausmüllverbrennungssaschen, Bodenmaterialien, industrielle Nebenprodukte wie Stahlwerksschlacken, etc.) in technischen Bauwerken normiert. Materialspezifische Grenzwerte im Feststoff und in Eluaten (Schüttel- und Säulenversuch bei geringeren Wasser- zu Feststoffraten von 2 L/kg) sollen sicherstellen, dass die Grundwasser-Prüfwerte aus Artikel 1 beim Übergang des Sickerwassers in das Grundwasser eingehalten werden. Auch hier wird auf das wasserrechtliche Erlaubnisverfahren verzichtet, sofern die Einhaltung der stofflichen Anforderungen der Ersatzbaustoffverordnung im Rahmen der rechtsverbindlichen Güteüberwachung nachgewiesen und der Einbau in den spezifisch geregelten Einbauweisen ordnungsgemäß durchgeführt wird.

Mit Artikel 3 (Änderung der Verordnung über Deponien und Langzeitlager) plant das BMU eine Überleitung von nicht mehr verwertbaren mineralischen Ersatzbaustoffen auf Deponien. Minera-



Info-Seminar: Petra und Jens-Jürgen Lau von der Forschungsvereinigung Recycling und Baustoffverwertung im Bauwesen (RWB), Bremen, erläutern Möglichkeiten und Grenzen der Schnellerkennung von Schadstoffen.



liche Ersatzbaustoffe können bis zu einer Menge von 500 Tonnen – durch einfache Umrechnung der Messergebnisse aus der Ersatzbaustoffverordnung in Deponiezuordnungskriterien – einer Deponieklasse zugeordnet werden. Hierdurch soll Doppelmessaufwand durch sich unterscheidende Labormethoden im Deponierecht und nach ErsatzbaustoffV vermieden, also Zeit und Kosten gespart werden.

Mit Artikel 4 (Novelle der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung, BBodSchV) legt das BMU erstmalig eine vollständige Neufassung der BBodSchV vor. Mit den geänderten und ergänzten §§ 6–8 werden unter anderem die stofflichen Anforderungen an Bodenmaterialien und mineralische Ersatzbaustoffe zur Verfüllung von Abgrabungen und für Bodenmaterialien zur Rekultivierung für den erlaubnisfreien Fall festgelegt.

ISTE STEHT WEITERHIN ZUR SCHARNHAUSER RESOLUTION: GEMEINSAM ZUR MANTELVERORDNUNG?

Am 25. Februar 2013 hat der ISTE und das Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg (QRB) eine Informationsveranstaltung zur geplanten Mantelverordnung des BMU durchgeführt. Es wurde sehr deutlich, dass das Gesamtprojekt der Mantelverordnung am Scheideweg steht. „Schlimmstenfalls droht dann ein

Rückfall hinter das Jahr 1997, als die LAGA-Regeln kamen. Ohne Grundkonsens kann man heute aber kaum noch weitermachen. Die wissenschaftliche Arbeit ist getan, die Entwicklung einer positiven Kommunikationsstrategie für die Politik ist jetzt vordringliche Aufgabe des Bundes und der Länderverwaltungen“, stellte Thomas Beißwenger fest.

Am Ende waren wohl auch die Veranstalter überrascht: Erstmals haben über 100 Vertreter des Bundesumweltministeriums, des baden-württembergischen Umweltministeriums, der regionalen und der kommunalen Verwaltungen sowie der heimischen Steine- und Erdenindustrie ihren Willen bekundet, gemeinsam für die durchaus umstrittene bundesweite Mantelverordnung einzutreten. In der sogenannten „Scharnhauser Resolution“ unterstützen sie eine „praktikable bundeseinheitliche Regelung von Baustoffrecycling und Verfüllung von Abbaustätten“. Sie treten für ein „positives Kommunikationskonzept bezüglich der Mantelverordnung für die Politik des Bundes und der Länder“ ein und wollen dieses „gemeinsam erarbeiten“.

Allerdings müssen wesentliche Problempunkte noch gemeinsam gelöst werden:

- der geplante, aber per Konvention durch das BMU schon erhöhte Sulfatwert führt nachweislich zu einer Verschiebung von rund 30% der besten Umweltqualitätsklasse RC-1

in die Klasse RC-2. Solange keine Akzeptanz und damit kein Markt für RC-2 bestehen, bedeutet dies einen heftigen Einbruch der Recyclingquoten. Der Sulfatwert muss deshalb auf den bisher in Baden-Württemberg gültigen Wert angehoben werden.

- Während die ErsatzbaustoffV mit machbaren Änderungen rasch in den politischen Abstimmungsprozess gebracht werden sollte, herrscht massiver Überarbeitungsbedarf bei den Regelungen zur Verfüllung und Rekultivierung von Abgrabungen nach der BBodSchV. Die geplante Messlatte für die erlaubnisfreie Verfüllung ist so unüberwindbar, dass eine Lawine von Einzelfallgenehmigungsverfahren zu erwarten ist. Wie sollen dies die Verwaltungen meistern? Letztlich befürchten wir einen erhöhten Depositionsdruck für gering kontaminierte Bodenmaterialien, wie z.B. Stadtböden.

Intensive Gespräche des ISTE mit Umweltminister Franz Untersteller und der UM-Arbeitsebene im Vorfeld der Stellungnahme des Landes Baden-Württemberg zu den Länderempfehlungen zur ErsatzbaustoffV wurden geführt.

In Fachgesprächen des ISTE mit der Fachebene des Umweltministeriums mit Vertretern aus Boden-, Grundwasserschutz und Kreislaufwirtschaft wurde deutlich und auch nachvollziehbar, dass das Thema innerhalb des Umwelt-



Informationen vor Ort sind Voraussetzung für eine glaubwürdige Unterstützung von Vorhaben der Mitglieder.

Im Dialog, wenn auch nicht immer einer Meinung: die Landesvorsitzende des BUND, Dr. Brigitte Dahlbender und Thomas Beißwenger



ministeriums zu schwierigen Konflikten zwischen Kreislaufwirtschaft, Boden- und Grundwasserschutz führt. Schließlich werden erstmalig mit einem ganzheitlichen Regelungsansatz die Belange des vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutzes, der Kreislaufwirtschaft und der Ressourceneffizienz miteinander abgewogen. Nicht nachvollziehbar sind jedoch die im Rahmen einiger Stellungnahmen der Länder nun aufkommenden Vorurteile gegen das Fachkonzept der Ersatzbaustoffverordnung, die von wissenschaftlicher Seite bereits widerlegt wurden.

Auf der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am 5. November 2013 bot sich die Gelegenheit eines intensiven Austausches mit Umweltminister Franz Untersteller MdL. Der ISTE konnte darlegen, dass die geplante ErsatzbaustoffV ein nie dagewesenes Schutzniveau für Boden- und Grundwasserschutz bietet und die Industrie mit „Meilenstiefeln“ auf den Boden- und Grundwasserschutz zugehen würde.

Mit dem Ministergespräch wurde der Grundstein für eine konstruktive Stellungnahme des Landes Baden-Württemberg zu den Länderempfehlungen gelegt, die zumindest keine über die Länderempfehlungen hinausgehenden Forderungen stellt.

ROHSTOFFGEWINNUNG UND BODEN- / GRUNDWASSERSCHUTZ

Bei der Erweiterung von Steinbrüchen/Baggerseen treten häufig Nutzungskonflikte mit dem Grundwasserschutz (Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten oder anderen hydrogeologisch sensiblen Gebieten, wie zum Beispiel Karst) auf. Einzelne Behörden und Wasserversorger befürchten, dass die Rohstoffgewinnung grundsätzlich das Grundwasser gefährdet. Konkrete Nachweise für einen Grundwasserschaden durch Rohstoffgewinnung einerseits oder einen absoluten Ausschluss jeglicher Gefährdungen andererseits gibt es nicht. Dies darf aber keinesfalls dazu führen, dass schon auf Regionalplanungsebene aus Vorsorgegründen Pauschalverbote für die Rohstoffgewinnung in Wasserschutzgebieten ausgesprochen und damit Einzelfallentscheidungen verhindert werden.

Die Auswirkungen von Baggerseen auf Oberflächen- und Grundwasser sind bereits sehr gut erforscht. Neue Studien bestätigen mit den aktuellen Ergebnissen die aus den früheren Studien (vgl. Pilotprojekt konfliktarme Baggerseen, KaBa) bekannten, grundsätzlich positiven Erkenntnisse: Die Rohstoffgewinnung führt im Nassabbau zu keiner generellen Beeinträchtigung des Grundwassers. Besonders erfreulich: In Österreich wurde auch die

Mikrobiologie mit untersucht und ein Gefährdungspotential ausgeschlossen. Ein weiteres Ergebnis ist, dass Seen unter anderem eine effektive Senke für Nitrat und Phosphat darstellen können.

Hinsichtlich der Auswirkungen von Steinbrüchen (Trockenabbau) auf Boden und Grundwasser gibt es Wissenslücken. Der ISTE setzt sich deshalb weiterhin für eine Forschungsk Kooperation mit der Universität Tübingen ein.

Zusammen mit der anwendungsorientierten Umweltplattform zur Verbesserung des Technologietransfers zwischen Universität und Wirtschaft im Rahmen der 3. Linie der Exzellenzinitiative der Uni Tübingen wurde ein „Runder Tisch“ mit Wissenschaft, Verwaltung und Industrie zu Fragen der hydrologischen Verhältnisse der Ammertal/Schönbuch-Gruppe gegründet. Ziel ist die Verbesserung fachtechnischer Kriterien für eine umweltgerechte Rohstoffgewinnung im Trockenabbau in hydrologisch sensiblen Gebieten wie z. B. im schwäbischen Karst. Auf diese Weise soll die geplante Pilotstudie „Konfliktarme Steinbrüche KARST“ angeschoben werden, um gemeinsam mit den Wasserversorgern, Mitgliedswerken und der Verwaltung die Auswirkungen von Steinbrüchen in Kluft- und Karstgrundwasserleitern im Vergleich zu Landwirtschaft, Siedlungen, Abwasser und Regenwasser zu untersuchen.



Natürlich ist der Gesteinsabbau ein Eingriff in Natur- und Landschaft ...

... aber dadurch entstehen gewaltige Naturkulissen für seltene und gefährdete Arten. Die Potentiale von Abbaustätten müssen in der Bundeskompensationsverordnung berücksichtigt werden.



ROHSTOFFGEWINNUNG UND SCHUTZ DER OBERFLÄCHENGEWÄSSER

Vor dem Hintergrund der Maßnahmenpläne der EU-Wasserrahmenrichtlinie zur Erreichung des „guten Zustands“ von „Bächen und Flüssen“ geraten zunehmend Trübstoffeinträge in den Fokus, die durch Niederschlags- und Oberflächenwässer aus Steinbrüchen in die Vorfluter gelangen. Erstmals verlangen einzelne Behörden die Einhaltung eines Trübegrenzwertes von 100 mg/L (abfiltrierbare Stoffe) bei einem so genannten 1-jährigen Niederschlagsereignis. Fachexperten (Universität Tübingen, Umweltforschungszentrum Leipzig) sind sich einig: In steilen Tälern des Hochschwarzwaldes ist eine Einhaltung dieses Wertes beim stärksten Niederschlagsereignis des Jahres vor Einleitung in den Bach utopisch. Zudem wird die Umweltwirkung hinterfragt.

Zum jetzigen Zeitpunkt erarbeitet der ISTE mit Mitgliedern „Einzellösungen“ – Steinbrüche ergreifen technische Maßnahmen. Die durch das LRA geforderten Maßnahmen sind aber zum Teil nicht verhältnismäßig, da deren Wirksamkeit nicht nachgewiesen ist. Auch hier fehlen fachliche Bewertungskriterien zur Erreichbarkeit eines solchen Grenzwertes, der aus einem völlig anderen Zusammenhang kommt – nämlich der Kläranlagentechnik.

ISTE hat viele Gespräche mit der Landesanstalt für Umwelt (LUBW) und der zuständigen Behörde vor Ort geführt. Eine einfache Pauschallösung zeichnet sich nicht ab. Auch die LUBW stellt – wie der ISTE – klar, dass die Lösungen in einem angemessenen Verhältnis zum Aufwand stehen müssen.

UMSETZUNG DER IED-RICHTLINIE

Die Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen wurde in Deutschland mit einem Artikelgesetz zur Änderung der 4., 9., 13., 17. BImSchV umgesetzt. Schon vor Inkrafttreten am 2. Mai 2013 wurden viele Mitglieder damit konfrontiert. Die IED-Richtlinie und deren nationale Umsetzung ist ein plakatives Beispiel dafür, wie rasch ein EU- und Bundesthema in kürzester Zeit zum Landesthema werden kann und wie wichtig ein frühzeitiges Erkennen eines Problems durch Landes- und Bundesverbände auf EU-Ebene ist.

Die neuen Regelungen betreffen insbesondere die RC-Baustoffbranche durch den neuen Anhang 1 zur 4. BImSchV (Anlagentyp E), die Zementbranche durch Änderungen in 13. BImSchV (Bearbeitung Bundesverband Zement/BDI) aber auch Unternehmen mit verschiedenen Anlagenteilen und damit ggf. auch die Natursteinbranche.

ZENTRALE PUNKTE

Als IED-Anlage eingestufte Anlagen/Anlagenteile unterliegen der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums, und es sind damit zusätzliche Auflagen, Überwachungs- und Informationspflichten, Sicherheitsleistungen und ggf. Boden-/Wasser Zustands-Ausgangsberichte verbunden. RC-Anlagen verbleiben grundsätzlich im vereinfachten Genehmigungsverfahren („V“) und sind damit keine IED-Anlagen:

- sofern nicht mit gefährlichen Abfällen gearbeitet und zeitweilig, also nicht länger als 1 Jahr, gelagert wird (8.11.2.2 und 8.12.2 Anhang 1 4. BImSchV)
- Bei zeitweiliger Lagerung gefährlicher Abfälle ≥ 50 Tonnen resultiert IED-Status nach 8.12.1.1 Anhang 1 4. BImSchV (ausgenommen Behandlung)
- Z1.1 und Z1.2-Materialien sind Inertabfälle. Wenn andere Abfälle als Inertabfälle (z.B. Z2) > 1 Jahr gelagert werden, erfolgt ebenfalls IED-Status



Dr. Andre Baumann (NABU) berichtet praxisnah von den aktuellen Anforderungen des Naturschutzes.

ISTE-Genehmigungsverfahrenseminar in Kooperation mit der Anwaltskanzlei Dolde Mayen & Partner: mehr als 120 Teilnehmer aus Industrie, Politik und Verwaltung informieren sich über zentrale Themen der Bereiche Rohstoffsicherung und Naturschutz.

HAUPTPROBLEM:

Das Gesetz lässt die Zuordnung von Anlagen/Anlagenbereichen, auf welchen sowohl gefährliche als auch nicht gefährliche Abfälle behandelt werden, völlig offen. Gegebenenfalls wird die gesamte Anlage mit allen Bereichen IED zugeordnet. Im konkreten Einzelfall sind die Mitglieder hinsichtlich der Anlagenzuordnungen Einzelfallentscheidungen der Behörden ausgesetzt: „Jeder Quadratmeter wird erstritten“ (Diskussionen um Beteiligung/Verfügungsgewalt einer Firma und räumliche Trennung). Grundsätzlich sind die IED-Pflichten nur auf den Teil einer Anlage anzuwenden, auf dem gefährliche Abfälle tatsächlich gelagert werden und vorsorgender Umweltschutz zum Tragen kommt.

GUTE NACHRICHT

Nach einer neuen Arbeitshilfe der Bund-/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) („Arbeitshilfe für den Vollzug der nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der Industrie-Emissions-Richtlinie“) gilt: Abfall ist kein „gefährlicher Stoff“ (kein Stoff, Gemisch oder Erzeugnis im Sinne CLP), das heißt, die Verpflichtung zur Erstellung eines Ausgangszustandsberichtes für Anlagen zum ausschließlichen Umgang mit Abfällen ist vorerst ausgeschlossen.

Das Regierungspräsidium Tübingen hat dies gegenüber einem Mitgliedsbetrieb in Verbindung mit A 4 Holz bestätigt. Es ist also nicht zu befürchten, dass ein Boden-Ausgangs-Zustandsbericht für die RC-Branche nötig wird.

STAND DER UMSETZUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Unter die landesweit ca. 1.036 IED-Anlagen fallen ca. 35 Mitgliedsunternehmen des ISTE. Der klassische Steinbruchbetrieb mit RC-Anlage fällt bisher in der Regel nicht darunter. Die Liste der IED-Anlagen steht unter www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/111809/Anhang1_Anlagenverzeichnis_Ueberwachungsplan-alle_RPen.pdf zum Download bereit.

Der ISTE hat sich schon sehr frühzeitig im engen Kontakt mit betroffenen Mitgliedsunternehmen, dem Regierungspräsidium und dem Umweltministerium für pragmatische Lösungen im Bereich IED eingesetzt. Auf dem 16. Baustoff-Recycling-Tag wurde das Thema mit Vertretern des Umweltministeriums intensiv aufgearbeitet. Neben den Baustofftagen hatten die ISTE-Mitglieder die Möglichkeit, sich über detaillierte Newsletter zum Thema zu informieren.



Oberbürgermeister Dieter Salomon hat die Green City Freiburg ausgerufen – aber die Pflastersteine für den neuen „Platz der Alten Synagoge“ sollen aus Vietnam kommen ...



NABU, ISTE UND IG BAU SIND SICH EINIG

In ihrer im Jahr 2012 veröffentlichten Erklärung haben sich NABU, ISTE und IG BAU darauf verständigt, dass die dezentrale und regionale Versorgung der Baustellen für Neubauvorhaben und Sanierungen mit heimischen Materialien sinnvoll ist und weltweite Importe, gerade bei Naturwerkstein, zu vermeiden seien.

Beides führt dazu, Verkehr und damit CO₂-Belastungen zu vermeiden. Darüber hinaus bleiben Arbeitsplätze erhalten und die Wertschöpfung im Land.

„Klimaschutz ohne Grenzen!“ haben Bündnis 90/Die Grünen bei der letzten Kommunal- und Europawahl auf Ihre Wahlplakate geschrieben. Der ISTE hat nachgeschaut, wie nachhaltig und klimafreundlich kommunalpolitische Entscheidungen in Bezug auf Gesteinsrohstoffe tatsächlich sind und hierfür drei Beispiele aufgearbeitet:

NICHT SCHWARZ GENUG FÜR DAS GRÜNE FREIBURG!

Das grün geführte Freiburg rühmt sich, als „Green City“ besonders nachhaltig, klimafreundlich und umweltfreundlich zu sein. Gleichzeitig hat uns Oberbürgermeister Salomon vor einigen Jahren wissen lassen, dass „in Freiburg kein Baum mehr für den Kiesabbau geopfert werden solle.“ Im vergangenen Jahr gab es Entscheidungen in Freiburg, die dies auf kommunaler Ebene etwas relativieren.

Wie grün ist Freiburg wirklich wenn es z. B. um städtische Vorhaben geht? Zwischen dem Freiburger Stadttheater, der Universität und der komplett umgebauten Unibibliothek soll ein neuer Platz entstehen. Die Fläche von rund 7.000 Quadratmetern soll nach den Plänen der Architekten mit rund 1.000 Tonnen Pflastersteinen belegt werden. Pflastersteinen aus Vietnam!

Der ISTE hat daraufhin vorgeschlagen, Basaltlava aus der Vulkaneifel zu verwenden, die nur wenige hundert statt rund 35.000 Kilometer mit Schiff und Lkw zu reisen hätte und preislich sogar noch günstiger liegen würde. Nach Begutachtung der Basaltlava aus der Vulkaneifel kam Freiburg zu dem Ergebnis, dass diese Steine „zu wenig schwarz“ seien!

Nun fallen in Vietnam Bäume für die Rohstoffgewinnung und die Steine werden dort bearbeitet, wo Sozial- und Umweltstandards weit unter europäischem Niveau sind.

Bis die Pflastersteine am Ende ihrer zigtausend Kilometer langen Reise um den Globus in Freiburg ankommen, haben sie einen enormen CO₂-Rucksack.

Wäre es da nicht besser – und grüner –, traditionelle, heimische Baustoffe wie Gneis, Granit, Kies oder Buntsandstein zu verwenden, wie dies jahrhundertlang auch in Freiburg geschehen ist?

Übrigens hat der Stadtrat bereits 2011 Eingriffe durch Rohstoffgewinnung in Freiburg abgelehnt. Dann lieber in Vietnam.

Green City Freiburg?

Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer fährt gerne emissionsfrei. Leider werden die Steine für die Rathaus-Sanierung nicht mit E-Lkws aus dem entfernten Dresden angeliefert werden ...



NATURWERKSTEIN UND DENKMALSCHUTZ IN TÜBINGEN

Das Tübinger Rathaus des grünen Oberbürgermeisters Boris Palmer muss saniert werden. Beim Bau des Rathauses wurden einst – verbrauchsnahe und dezentral – Sandsteine aus der näheren Region, dem Schönbuch, verwendet.

Bei der Sanierung des denkmalgeschützten Rathauses am Marktplatz soll nun ein Elbsandstein (Postaer Sandstein) aus der Nähe von Dresden verwendet werden, obwohl der regionale Pliezhäuser Sandstein – also der Originalstein – nach wie vor gewonnen wird und verfügbar ist.

Die Transportentfernung zwischen Rohstoffabbau und Baustelle würde unter 20 Kilometern liegen! Der Stein aus Dresden muss eine Distanz von über 600 Kilometern zurücklegen.

Die Entscheidung, welches Gestein verwendet wird, ist noch offen. Der ISTE hat Oberbürgermeister Palmer einen Brief geschrieben und wird über das Ergebnis im nächsten Jahresbericht berichten.



FEINSTAUB- UND VERKEHRSVERMEIDUNG À LA STUTTGART

Stuttgart gilt als die vom Feinstaub am stärksten belastete Stadt Deutschlands. Kessellage und Verkehr sorgen seit Jahren für dieses zweifelhaftes Prädikat. Der grüne Oberbürgermeister Fritz Kuhn schafft Fahrradspuren und macht Luftreinhaltepläne. Doch wie sehen kommunalpolitische Entscheidungen aus wenn es um das ungeliebte Projekt Stuttgart 21 geht?

Für den Bau des Fildertunnels werden über 53.000 Betonsegmente (Tübbinge) benötigt. Ursprünglich war geplant, direkt am Tunnelportal auf den Fildern eine temporäre Fabrik zu errichten, von der aus ohne Nutzung öffentlicher Straßen auf kürzestem Weg die dort produzierten Tübbinge in den Tunnel gebracht werden könnten. Rohstoffe wären aus der Nähe geliefert worden.

An sich eine tolle Idee, die zu Verkehrsvermeidung im großen Stil geführt hätte. Leider war es für die Bahn nicht möglich, das Baurecht für die Fabrik zu bekommen, weil „unüberwindbare Boden- und Landschaftsschutzgründe“ dagegen sprechen.

Folge: jetzt müssen rund 650.000 Tonnen Betonteile aus der 240 Kilometer entfernten Oberpfalz nach Stuttgart transportiert werden. Das sind 20.000 bis 30.000 Lkw-Fahrten. Ökologisch gesehen ist das alles andere als sinnvoll. Um dies zu kompensieren, müssen die Stuttgarter sehr viel Rad fahren ...



Oberbürgermeister Fritz Kuhn hat Verkehrskollaps und Feinstaubbelastung in der Landeshauptstadt den Kampf angesagt. Die Chance, 20.000 bis 30.000 Lkw-Fahrten zu verhindern, wurde allerdings vertan – die Tübbinge für den Fildertunnel werden nicht vor Ort gefertigt sondern von weit her transportiert ...

Dies sind nur drei Beispiele von Entscheidungen, die so oder so ähnlich tagtäglich in den Verwaltungen Baden-Württembergs getroffen werden. Natürlich sind die von anderen politischen Farben geführten Rathäuser im Denken und Handeln vergleichbar. Aber es stimmt nachdenklich, wenn schon diejenigen, die sich Regionalität und Nachhaltigkeit auf ihre Fahnen geschrieben haben, vom Pfad der Tugend abweichen.

Derartige Fehlentscheidungen wären bei einer abgestimmten Nachhaltigkeitsstrategie, die auch wirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt, vermeidbar.

Politik muss sich nicht nur in Sonntagsreden für Ressourcenschonung, heimische Rohstoffgewinnung und kurze Transportwege aussprechen, sondern in der konkreten Werktagspolitik zwischen Montag und Samstag danach handeln.

In Steinbrüchen, Kiesgruben und Baggerseen entstehen vielfältige „Schatzkästlein“ für die Natur, die nicht selten als Naturschutzgebiete, Naturdenkmale oder als Natura-2000-Gebiete ausgewiesen werden.

Der neue Abteilungsleiter Naturschutz und Tourismus, Wolfgang Baur, erläutert die Naturschutzstrategie des Landes und lobt die Steine- und Erdenindustrie für ihr Engagement für Wanderfalke, Uhu und Co.



NATURSCHUTZ

NATURSCHUTZSTRATEGIE BADEN-WÜRTTEMBERG – MEHR ALS EIN GUTER PLAN?

Nach langer Vorbereitungszeit hat das Kabinett am 2. Juli 2013 die „Naturschutzstrategie Baden-Württemberg“ verabschiedet. Die Naturschutzstrategie soll handlungsleitend für zwei Legislaturperioden sein. Mit dem vom Ministerrat beschlossenen Strategiepapier soll deutlich gemacht werden, dass Naturschutz eine Querschnittsaufgabe für die Verwaltung wie auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. In diesem Sinne hat der ISTE die Überarbeitung der Naturschutzstrategie von Anfang an begleitet und geordert, dass der Naturschutzwert von Abbaustätten angemessen aufgegriffen und integriert werden muss.

Nach einem intensiven Diskussionsprozess wurde die Naturschutzstrategie letztlich um ein Kapitel zum Naturschutzwert von Abbaustätten („Rohstoffabbau und Naturschutz“) erweitert und damit um einen wichtigen Aspekt des nachhaltigen Wirtschaftens in Baden-Württemberg bereichert. Unter anderem wurde in der Naturschutz-

strategie aufgenommen, dass der Flächenanspruch durch den Abbau absolut gesehen zwar fast marginal erscheint, den Abbaustätten jedoch aus mehreren Gründen eine besondere und vor dem Hintergrund des Klimawandels zunehmende Bedeutung für den Naturschutz und den Klimaschutz selbst zukommt. Durch die dynamische Veränderung der Flächen in Folge des Abbaus, die vielfach eine natürliche Dynamik initiiert bzw. nach sich zieht, entstehen auf offenen Böden horizontale und vertikale, trockene und feuchte Sonderstandorte, die zahlreichen besonders gefährdeten und daher streng geschützten Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum dienen. In Abbaustätten entwickeln sich Biotopstrukturen, die in der dicht besiedelten und intensiv genutzten sonstigen Kulturlandschaft nicht vorkommen. Damit kommt, besonders vor dem Hintergrund fehlender Flächen für natürlich-dynamische Prozesse und klimabedingt zuwandernde Arten, (gemäß der vom Kabinett verabschiedeten Naturschutzstrategie) der Integration von Abbaustätten in eine Naturschutzkonzeption hohe Bedeutung zu.

Infolgedessen will die Landesregierung in den nächsten Jahren unter anderem die Abbaustätten in den Biotopverbund einbeziehen, da diese neben ihrem überdurchschnittlichen Vorkommen an seltenen und gefährdeten Arten auch über das ganze Land verteilte, speziell

vor dem Hintergrund des Klimawandels und der damit verbundenen Artenverschiebungen wichtige Trittsteine und Ausbreitungsinseln für Tier- und Pflanzenarten darstellen. Daneben hat sich die Landesregierung in der Naturschutzstrategie das Ziel gesetzt, die bestehenden bzw. möglichen Probleme, die sich zwischen Artenschutz und laufendem Abbaubetrieb ergeben, offen zu diskutieren, mit dem Ziel, das hohe Potential von Abbaustätten für die biologische Vielfalt („Wanderbiotope“) in Kooperation zwischen Wirtschaft und Naturschutz zu optimieren.

Als Maßnahmen zur Zielerreichung wird im Kapitel „Rohstoffabbau und Naturschutz“ ausgeführt, dass in den nächsten Jahren der Dialog zwischen Naturschutzverwaltung und Naturschutzverbänden auf der einen, sowie Abbau-Unternehmen und deren Verbänden auf der anderen Seite verstärkt gefördert wird. Der ISTE wird dies aufgreifen, insbesondere um lösungsorientiert das Thema Artenschutzrecht in Abbaustätten zu diskutieren.



Dr. Stefan Lütkes vom Bundesumweltministerium informiert auf dem ISTE-Genehmigungsverfahrenseminar über den aktuellen Stand der Bundeskompensationsverordnung.

Planungen werden vor Ort erläutert und dadurch für die Bevölkerung verständlich und transparent.

BUNDESKOMPENSATIONSVERORDNUNG – VOM KOPF AUF DIE FÜSSE GESTELLT?

Mit Inkrafttreten des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) am 1. März 2010 hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die Ermächtigung erhalten, die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach Inhalt, Art und Umfang von Kompensationsmaßnahmen sowie zur Höhe und zum Verfahren der Erhebung von Ersatzzahlungen durch eine Verordnung zu untersetzen. Ziel der Verordnung über die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft (Bundeskompensationsverordnung – BKompV) ist es, den Vollzug der Eingriffsregelung effektiver zu gestalten und durch einheitliche Standards, mehr Transparenz, Planungssicherheit und Verfahrensbeschleunigung, vergleichbare Investitionsbedingungen und geringere Flächeninanspruchnahmen für Kompensationszwecke zu erzielen. Damit die mit Eingriffen der Steine- und Erdenindustrie verbundenen Besonderheiten in der BKompV berücksichtigt werden, hat sich der ISTE auch in 2013 mit hohem Engagement in den Diskussionsprozess eingebracht.

Nach zahlreichen Gesprächen und der Vorstellung von Vergleichsberechnungen in Arbeitskreisen wurde der völlig neue Bewertungsansatz der BKompV-E für die Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft so angepasst,

dass die Besonderheiten von Abbauvorhaben in vielen Fällen dargestellt und der Erhalt und die Förderung der biologischen Vielfalt in der Folgenutzung berücksichtigt werden können. Das Bewertungsverfahren der BKompV-E kann in Einzelfällen jedoch weiterhin zu einer deutlichen Zunahme der Flächeninanspruchnahme und des Planungsaufwands führen. Vergleichsrechnungen bei bewährter und „neuer“ Bewertung haben gezeigt, dass der Kompensationsbedarf in einigen Fällen sogar um ein Vielfaches ansteigen kann.

Eine weitere wichtige Änderung wurde mittlerweile dahingehend vorgenommen, dass die Berechnung der Höhe der Ersatzzahlungen von einem Kubikmeteransatz für das abgebaute Material für Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds in einen fachlich nachvollziehbaren Quadratmeteransatz für die in Anspruch genommene Fläche überführt wurde. Dadurch können sinnvolle ökologische Grundansätze, die in den letzten 20 Jahren in der Steine- und Erdenindustrie Standard geworden sind, erhalten werden und fallen nicht dem Ausbau der Finanzausstattung des Naturschutzes zum Opfer.

Der ambitionierte Zeitplan zur Erarbeitung und Zuleitung an den Bundesrat vom Sommer 2013 konnte letztlich jedoch nicht eingehalten werden, da zahlreiche Änderungsanträge der Länder im Vorfeld der Bundesratssitzung zu einer deutlichen Überarbeitung des Verordnungsentwurfs führen dürften.

Mittlerweile wurde mitgeteilt, dass im Diskussionsprozess zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), (das inzwischen um das Ressort Bauen erweitert wurde) und den Vertretern der Landesministerien weitere Fortschritte erzielt werden konnten. So wird vorgesehen, dass die Biotopwertung der BKompV durch die Länder angepasst bzw. erweitert werden kann. Dadurch können die Länder innerhalb der vorgesehenen Biotopwertspanne eine andere Biotopbewertung vornehmen oder weitere Biotoptypen in eine (Landes-)Biotopliste aufnehmen und bewerten. Daneben soll auch der Forderung der Länder nachgekommen werden, zunächst Vergleichsberechnungen zur Darstellung der Kompensationsanforderungen nach BKompV-E anhand konkreter Vorhaben durchzuführen.

Der ISTE wird die Erarbeitung der BKompV weiterhin mit vollem Einsatz begleiten, damit die BKompV so gestaltet wird, dass den Vorhabenträgern aus der Steine- und Erdenindustrie ein Instrument für eine flexible und nachhaltige Strategie für den Umgang mit zukünftigen Eingriffen geboten wird. Hierzu gehört insbesondere eine praktikable Umsetzung der im Bundesnaturschutzgesetz enthaltenen schutzgutübergreifenden Kompensationsmöglichkeiten, denn ein flexibler Umgang mit der Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft durch Abbauvorhaben bietet Chancen für alle Beteiligten.

Mit vereinten Kräften für das Ökokonto: der Ministerialdirektor des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR), Wolfgang Reimer (3.v.l.), mit der Geschäftsführung der Flächenagentur Baden-Württemberg

Wolfgang Kaiser vom MLR erläutert die Ökokontoverordnung auf dem 1. Ökokontotag



BIODIVERSITÄTS-DATENBANK – ZENTRALE SAMMELSTELLE DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE

Ein wichtiger Baustein der Tätigkeiten rund um die biologische Vielfalt in Abbaustätten war auch in 2013/2014 die Einrichtung und der Aufbau einer Biodiversitäts-Datenbank für die Betriebe der Steine- und Erdenindustrie. Die Biodiversitäts-Datenbank wurde im März 2014 für die Mitglieder des ISTE zur Eingabe von Biodiversitätsdaten freigegeben. Die eingestellten Daten werden in einer WebGIS-basierten Anwendung dargestellt, die auf dem Geoinformationssystem für die Steine- und Erdenindustrie „GisInfoService“ aufbaut: www.biodiversitaet-baden-wuerttemberg.de oder www.biodiversitaet-deutschland.de

Biodiversitätsdaten stellen eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Unternehmen und Verbände der Steine- und Erdenindustrie dar, denn fundierte und aktuelle Daten sind nicht nur für eine fachliche Bewertung des Erfolgs von Naturschutzmaßnahmen unverzichtbar, sondern können auch Grundlage dafür bieten, das Naturschutzmanagement vor Ort zu optimieren und gleichzeitig ein wichtiges Instrument für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung darstellen.

Steinbrüche, Baggerseen und Kiesgruben sind Lebensräume aus zweiter Hand und stellen über das ganze

Land verteilte „Reserveflächen“ und „Trittsteinbiotope“ für die biologische Vielfalt dar. Betreiber von Abbaustätten sichern den Lebensraum für viele Brutvögel in Fels- und Steilwänden oder auf Kies- und Schotterflächen, z.B. für Uhu, Mauerläufer, Wanderfalke, Uferschwalbe und Flussregenpfeifer. Ebenso werden Lebensräume für viele gefährdete Amphibienarten wie Kammolch, Wechselkröte, Kreuzkröte oder die Gelbbauchunke und viele weitere besonders seltene Pionierarten und Lebensraumspezialisten geschaffen und erhalten. Abbaustätten leisten damit einen erheblichen Beitrag zum Erhalt und zur Förderung der biologischen Vielfalt.

Obwohl diese Biodiversitätsdaten laufend und aufwändig erhoben werden, z.B. im Rahmen von Voruntersuchungen, Genehmigungsverfahren oder Ökokonto-Maßnahmen, gibt es bisher wenig verwertbare Daten, da eine „zentrale Sammelstelle“ fehlt.

Die Biodiversitäts-Datenbank des ISTE soll die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten auswerten und dokumentieren und bietet die Möglichkeit, eine Übersicht über das Vorkommen bedeutsamer Arten und Biotop zu bekommen. Die Datenbank soll künftig Informationen zu allen erfassten Arten und deren Verbreitungsgebieten liefern, die z.B. im Rahmen von Raumordnungs- und Genehmigungsverfahren den ISTE-Mitgliedern wichtige Vorteile bieten können. Ebenso können die Daten wichtige Informationen bei der Auswahl geeigneter Ökokonto-Maßnahmen liefern.

Beim Aufbau der Biodiversitäts-Datenbank ist der ISTE auf die Unterstützung der Mitgliedsunternehmen angewiesen. Um die Entwicklung und Erhaltung der Biologischen Vielfalt in Abbaustätten langfristig und landesweit zu dokumentieren, sind alle erhobenen Daten der Unternehmen erforderlich. Zukünftig sollen diese Daten damit nicht nur dem mit dem jeweiligen Auftrag verfolgten Zweck dienen, sondern langfristig ausgewertet und genutzt werden.

1. ÖKOKONTO-TAG BADEN-WÜRTTEMBERG

Am 5. November 2013, rund zweieinhalb Jahre nach Inkrafttreten der Ökokontoverordnung (ÖKVO), veranstaltete die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH den 1. Ökokonto-Tag Baden-Württemberg in Ostfildern. Die Veranstaltung zeigte deutlich, dass das Ökokonto zunehmend an Bedeutung gewinnt. Der Amtschef des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR), Wolfgang Reimer, betonte vor über 150 Experten aus Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden, dass das Ökokonto wirksam dazu beitrage, Kompensationsmaßnahmen fachlich besser, früher und in größeren Zusammenhängen zu planen.

„Die beantragten und genehmigten Ökokontomaßnahmen sind im vergangenen halben Jahr enorm gestiegen. Von der anfänglichen Zurückhaltung ist nur noch wenig zu spüren“, freute sich



1. Ökokontotag Baden-Württemberg: Hubert God (BLHV) berichtet über die Erwartungen der Landwirtschaft an das naturschutzrechtliche Ökokonto.

Kooperation der Flächenagentur mit dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur: Staatssekretärin Dr. Gisela Splett bekommt die Urkunde für den Erwerb von 250.000 Ökopunkten aus einer Trockenmauersanierung in Roßwag überreicht.



Bernhard Kübler am ersten Ökokonto-Tag. Der Geschäftsführer der Flächenagentur Baden-Württemberg erklärte, dass die ÖKVO den Dialog zwischen Unternehmen, Verwaltung und Umweltverbänden nachhaltig unterstützt. „Sie können in einem sehr frühen Stadium der Planungen gemeinsam Strategien entwickeln“, betonte Kübler.

Die Veranstaltung soll künftig verstetigt werden: Der 2. Ökokonto-Tag wird am 12. November 2014 in Ostfildern stattfinden.

KOOPERATION DER FLÄCHENAGENTUR MIT DEM MINISTERIUM FÜR VERKEHR UND INFRASTRUKTUR BADEN-WÜRTTEMBERG (MVI)

Am 12. Dezember 2013 unterzeichneten Staatssekretärin Dr. Gisela Splett vom Ministerium für Verkehr und Infrastruktur und die drei Geschäftsführer der Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH, Thomas Beißwenger, Manfred Fehrenbach und Bernhard Kübler in Vaihingen/Enz-Roßwag eine Vereinbarung, die eine intensive Zusammenarbeit beim Einsatz von Ökopunkten im Rahmen von Straßen- und Radwegebauvorhaben vorsieht.

Durch den Einsatz von Ökopunkten im Verkehrswegebau will das Land Baden-Württemberg seinen Einsatz für den Naturschutz verstärken und zugleich die Planung von Straßenbauvorhaben

verbessern. Die Kooperation mit der Flächenagentur ermöglicht es der Straßenbauverwaltung, gezielt dort zu investieren, wo es die Natur am nötigsten hat. Davon haben der Naturschutz und der Straßenbau einen Nutzen.

Die Flächenagentur konnte dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur in einem ersten Schritt bereits Ökopunkte in mehreren Naturräumen vermitteln. In einem weiteren Schritt wurde die Zusammenarbeit dauerhaft dahingehend konkretisiert, dass die Flächenagentur mit der gezielten Akquise, Herstellung und Betreuung weiterer Ökokontomaßnahmen beauftragt wurde, die sich zur Kompensation von straßenbaubedingten Eingriffen besonders gut eignen.

NABU-ISTE-IGBAU: GEMEINSAME ERKLÄRUNG WIRD MIT LEBEN GEFÜLLT

Unter der Überschrift „Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ war die erste gemeinsame Erklärung von NABU und ISTE im Jahr 2000 ein erster Schritt, die unterschiedlichen Zielsetzungen zu harmonisieren. Die Erklärung wurde 2011 aufgrund neuerer Rahmenbedingungen und erstmals gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bauen-Aggar-Umwelt – Region Baden-Württemberg als Beitrag für die „Nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg“ fortgeschrieben und im Juni 2012 im Rahmen einer Festveranstaltung

in Blaubeuren veröffentlicht. In der Fortschreibung der Erklärung wurde insbesondere der Schutz und die Förderung der biologischen Vielfalt beim Rohstoffabbau, besondere naturschutzrechtliche Herausforderungen wie z.B. Artenschutzrecht und Biotopverbund sowie die Sicherstellung sozialer Belange in der Rohstoffindustrie in den Mittelpunkt gerückt.

Neben der biologischen Vielfalt steht auch der Klimaschutz im Fokus, denn die verbrauchsnahe Nutzung von Abbaustätten und die Einsparung von Energie bei der Produktion sind wichtige Herausforderungen, denen sich Unternehmen und Verband aktiv stellen. Eine nachhaltige Rohstoffnutzung in Baden-Württemberg zeichnet sich auch dadurch aus, dass die Rohstoffe in Zukunft weiterhin dezentral und verbrauchsnahe gewonnen werden müssen, allein schon um unnötige Transportwege zu vermeiden.

Auch im letzten Jahr war die gemeinsame Erklärung Basis für einen regelmäßigen Austausch, z.B. im Rahmen des 16. Steine- und Erdenseminars „Genehmigungsverfahren für die Betriebe der Steine- und Erdenindustrie“, an dem der NABU-Landesvorsitzende Dr. Andre Baumann die neuen Herausforderungen des Naturschutzes sehr gelungen präsentierte.

Das landesweit größte Beweidungsprojekt in Blaubeuren: Der positive Einfluss auf Flora und Fauna zeichnet sich bereits ab.

Dr. Andre Baumann, Landesvorsitzender des NABU, auf dem 1. Ökokonto-Tag Baden-Württemberg



Ein wichtiges gemeinsames Projekt von NABU und ISTE ist die „Stärkung und Vernetzung von Gelbbauchunken-Vorkommen in Deutschland“ im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt (BPFV), das durch das Bundesamt für Naturschutz (BfN) gefördert und mit weiteren Partnern gemeinsam umgesetzt wird. Mit dem Projekt sollen bestehende Gelbbauchunken-Populationen in Sekundärlebensräumen, wie z.B. Abbaustätten, gestärkt werden. In der Projektregion Oberrhein sind insgesamt 42 Projektgebiete vorgesehen. Diese sind entlang des Rheins verteilt und bilden eine Kette von Gelbbauchunken-Habitaten.

Weitere Projektziele und -maßnahmen sind:

- Sicherung der Abbaustätten als Hotspots der biologischen Vielfalt durch Renaturierung,
- Vernetzung durch die Anlage von Trittsteinbiotopen als Wanderkorridore,
- vereinzelt aktive Wiederansiedlung gemäß IUCN Kriterien, um stark isolierte Populationen wieder zu verbinden,
- Maßnahmenevaluation als begleitende wissenschaftliche Untersuchung zur Erfolgskontrolle,
- Vermittlung von Know-how für die Anlage und Pflege von Lebensräumen.

Ein weiteres Projekt – das landesweit größte Beweidungsprojekt – in einem Steinbruch der Fa. HeidelbergCement AG in Blaubeuren-Beiningen, das auf Anregung und in Kooperation mit NABU und ISTE im Juni 2012 gestartet wurde, konnte bereits nach einem Jahr deutliche Erfolge vorweisen. Die Konik-Pferde und Taurus-Rinder haben ihr ca. 75 Hektar großes Gelände in Besitz genommen und sich zwischenzeitlich nicht nur bestens an ihre neue Heimat gewöhnt, sondern auch aneinander. Diese Landschaftspfleger sorgen unter anderem dafür, dass Kleingewässer nicht zuwachsen und Offenlandbiotope sowie die unterschiedlichen Wald-Sukzessionsstadien erhalten bleiben. Davon profitieren nicht nur die im Steinbruch nachgewiesenen Amphibienarten, sondern auch Vögel sowie eine Fülle von Insekten wie Libellen und Käfer. Was für ein Erfolg: Der positive Einfluss der Beweidung auf die einzigartige Fauna und Flora des Steinbruchs konnte bereits nach wenigen Monaten beobachtet werden.

Darüber hinaus konnte die gemeinsame Erklärung bzw. spezielle Inhalte daraus auch in diesem Jahr wieder als Grundlage zur Konfliktlösung und Erarbeitung gemeinsamer Lösungen zum Nutzen aller Beteiligten herangezogen werden.

NATURA 2000-MANAGEMENTPLANUNG

Für eine nachhaltige Rohstoffsicherung müssen bauwürdige Gesteinsvorkommen auch langfristig zugänglich bleiben. Die Natura 2000-Managementpläne legen innerhalb des europäischen Schutzgebietsnetzes Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen fest, die möglicherweise einer Rohstoffgewinnung entgegenstehen können. Inzwischen liegen für 75 der insgesamt 140 Schutzgebiete Managementpläne vor.

Bisher sind von 49 der vorliegenden Managementpläne zum Teil mehrfach ISTE-Mitglieder betroffen. Die Rohstoffwirtschaft ist somit in zahlreichen Managementplänen durch die ansässigen Unternehmen im Beirat vertreten. Für jeden Managementplan wird frühzeitig die Betroffenheit der Rohstoffwirtschaft geprüft und die Mitgliedsfirmen werden hinsichtlich des Umgangs mit dem Schutzgebietsnetz Natura 2000 beraten und unterstützt. Der ISTE setzt sich für eine Vereinbarkeit von Rohstoffabbau mit den Belangen der Natura 2000-Schutzgebiete ein.



Nationalpark Schwarzwald: Eröffnungsfeier am 3. und 4. Mai 2014 auf dem Ruhstein ...

... nicht alle beteiligten Bürger sind begeistert.



NATIONALPARK NORDSCHWARZWALD

Die grün-rote Landesregierung hat im Nordschwarzwald einen Nationalpark auf einer Fläche von über 10.000 Hektar eingerichtet. Von dem anfänglichen Suchraum für den Nationalpark waren einige Steinbrüche im Bereich zwischen Baiersbrunn, Seebach, Bühl und Forbach potentiell betroffen. Im Zuge einer frühzeitigen Abstimmung konnte auf die Belange der rohstoffgewinnenden Industrie und deren Bedeutung für die regionalen Wirtschaftskreisläufe hingewiesen und auf eine Rücknahme der Nationalparkflächen gedrängt werden. So wurden im Nationalparkgutachten die Belange der Rohstoffgewinnung und Sicherung ausführlich beleuchtet und bewertet.

In der vorläufigen Flächenkulisse grenzte der Nationalpark nur noch an eine Abbaustätte an, die dennoch über eine längerfristige betriebliche Perspektive verfügt.

Mit der endgültigen Abgrenzung des Nationalparks wurde die Grenze noch um rund 200 Meter gegenüber den Vorranggebieten dieses Steinbruchs zurückgenommen, sodass eine Betroffenheit der Steine- und Erdenindustrie vom Nationalpark nicht mehr gegeben ist.

VERANSTALTUNGEN

7. Mai 2013 und 29. April 2014
GEMEINSAME MITGLIEDERVERSAMMLUNG der Fachgruppe Recycling und Boden und des Qualitätssicherungssystems Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg

13. und 14. Juni 2013
7. SACHKUNDELEHRGANG bei der Firma FEBA in Freiburg, Probenahme fester Abfälle nach LAGA Richtlinie PN 98, DIN EN 932-1 und QRB-Leitfaden, erstmalig auch als eintägiger Auffrischkurs

3. Juli 2013
TECHNISCHE REKULTIVIERUNG VON ABBAUSTÄTTEN Technische und chemische Anforderungen an die Verfüllung von Abgrabungen mit Bodenaushub

23. Juli 2013
WILDTIERKORRIDORE UND KIESGEWINNUNG

5. bis 9. September 2013:
MESSE RECYCLING AKTIV gemeinsamer Messestand mit der Bundesvereinigung Recycling-Baustoffe e.V. (BRB)

17. September 2013
10. FACHEXKURSION der Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden und des QRB im Raum Ulm-Memmingen zur Firma Max Wild, Aufbereitungstechnik, Fremdüberwachung live, Abbruch live

10. Oktober 2013
BAUSTOFFTAGE 2013 UND 16. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG Länderempfehlungen zur MantelV, Engpass Verfüll- und Deponierungsvolumen in Baden-Württemberg, IED-Richtlinie – Umsetzung und Auswirkungen, Handlungshilfe zur Überprüfung von Baustoff-Recyclinganlagen, Forschung in der Abbruch- und Aufbereitungstechnik

17. und 18. Oktober 2013
8. SACHKUNDELEHRGANG bei der Firma Feeß in Kirchheim u.T., Probenahme fester Abfälle nach LAGA Richtlinie PN 98, DIN EN 932-1 und QRB-Leitfaden, erstmalig auch als eintägiger Auffrischkurs

9. November 2013
1. ÖKOKONTO-TAG Einführung in das Thema, Verordnung und Umsetzung, Beispiel für Maßnahmen

27. November 2013
GENEHMIGUNGSVERFAHRENS-SEMINAR Verfüllung und Deponierung, Fachtechnische und juristische Hürden bei der Umwandlung von Verfüllungen in Deponien

27. und 28. Januar 2014
SCHNELLTESTSEMINAR „SCHAD- UND STÖRSTOFFE IM BAUSCHUTT SCHNELL ERKENNEN“

Im Gespräch mit der Regierungspräsidentin Freiburg, Bärbel Schäfer (Mitte) am Rande der Veranstaltung Forum Bürgerbeteiligung des VDI am 27. März 2014.

Umweltminister Franz Untersteller setzt sich für einen relativ pragmatischen Kurs beim Baustoffrecycling ein.



FORDERUNGEN AN DIE POLITIK

UMWELTSCHUTZ

- Unterstützung bei der Entwicklung geeigneter Umweltrahmenbedingungen für die erforderliche dezentrale und nachhaltige Rohstoffgewinnung des Landes Baden-Württemberg.
- Schlüssige Politik bezüglich der Zielsetzung der Ressourceneffizienz durch Recycling sowie des vorsorgenden Boden- und Grundwasserschutzes.
- Bereitstellung von mehr Fachpersonal für die mit dem Umweltmedienschutz befassten öffentlichen Stellen zur Erarbeitung von fachlichen Kriterien für eine umweltgerechte Georessourcennutzung.
- Klare Ordnungspolitik im Bereich des Baustoff-Recyclings, um sicherzustellen, dass nur güteüberwachte und -geprüfte Recyclingbaustoffe dort eingesetzt werden dürfen, wo sie eingesetzt werden dürfen.
- Vollständige Abschaffung des Wasserentnahmeentgeldes, das eine länderspezifische Mehrbelastung darstellt.
- Qualität vor Quantität in der Öffentlichkeits-/Bürgerbeteiligung

NATURSCHUTZ

- Politische Unterstützung bei der Berücksichtigung dynamischer Prozesse im Naturschutz zum Beispiel bei der Novelle des Landesnaturschutzgesetzes. Der Ansatz des statischen Naturschutzes, der sich wie ein roter Faden durch das gesamte Naturschutzrecht zieht, konterkariert die aus Sicht des Naturschutzes notwendige Dynamik in Abbaustätten.
- Umsetzung der in der Naturschutzstrategie genannten Vorgabe, die bestehenden bzw. möglichen Probleme, die sich zwischen Artenschutz und laufendem Abbaubetrieb ergeben, offen mit dem Ziel zu diskutieren, das hohe Potential von Abbaustätten für die biologische Vielfalt („Wanderbiotop“) in Kooperation zwischen Wirtschaft und Naturschutz zu optimieren.
- Naturschutzmaßnahmen müssen künftig so gestaltet werden dürfen, dass der höchstmögliche Nutzen für alle Beteiligten erreicht werden kann.
- Entsprechend dem europäischen Leitfaden „Rohstoffgewinnung in Natura 2000-Gebieten“ aus dem Jahr 2010 ist Rohstoffgewinnung in Natura 2000-Gebieten grundsätzlich möglich. Hierüber ist der Vollzug in Baden-Württemberg zu unterrichten.
- Beachtung nachgewiesener Rohstoffvorkommen bei der Ausweisung von erschwerenden oder ausschließenden Schutzgebieten.
- Klares Bekenntnis zur Förderung von Ökokontomaßnahmen im Land.
- Im Rahmen von Fachplanungen, z.B. Biotopverbundplanung, sind die Chancen der Rohstoffgewinnungsstätten für den Naturschutz und die biologische Vielfalt zu beachten. Rohstoffgewinnungsstätten müssen von der Politik als Teil der Lösung positioniert werden.
- Auch der Naturschutz muss zukünftig das Ziel der Verfahrensbeschleunigung berücksichtigen.



Durch langjährige und fruchtbare Kooperation mit Wanderfalkenschützern und Steinbuchbetreibern ist Baden-Württemberg zum „Ausbreitungszentrum“ geworden.

Renaturierungen wie hier werden durch übertriebenen Boden- und Grundwasserschutz immer schwieriger.

ARTENSCHUTZ UM JEDEN PREIS!?

Die Anforderungen des Artenschutzes prägen seit Jahren in stetig zunehmendem Maße sowohl die Planung im Rahmen der Vorhabenzulassung als auch die Durchführung bereits genehmigter Vorhaben. Die daraus resultierenden Anforderungen an die Erhebung und den Umgang mit nach europäischem Recht streng geschützten Tier- und Pflanzenarten führen zu erheblichen Kosten.

Während Bund und Länder an allen Ecken sparen (müssen), Infrastruktur vernachlässigt wird und auch in den Bereichen Bildung und Gesundheit das Geld fehlt, scheinen zumindest ausgewählte Arten unserer Gesellschaft sehr viel wert zu sein. Und das nicht weil die Zauneidechse, der Kammolch, das Große Mausohr oder der Rotmilan so selten sind, sondern ganz einfach, weil sie (fast überall) da sind. Selbst kleine Vorhaben, wie z.B. die Sanierung oder der Abriss eines alten Gebäudes können umfangreiche artenschutzrechtliche Untersuchungen notwendig machen.

Schon vor einigen Jahren wurden bestimmte Arten, wie z. B. Feldhamster, Windelschnecke, Wechselkröte, Löffelente und Wachtelkönig von der Süddeutschen Zeitung als „Die Baustopper“ bezeichnet. Ausgewählte Arten sind zweifellos in der Lage, selbst bedeutendste Planungsvorhaben zum

Scheitern zu verurteilen. Dies verdeutlicht die praktische Relevanz, die dem Artenschutz zukommt.

Eine für alle Seiten vorteilhafte Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen zum nachhaltigen und optimalen Umgang mit vorhandenen personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen kennt das Artenschutzrecht nicht. Dadurch ist es nicht möglich, Projektziele unter Berücksichtigung der Kosten so zu wählen, dass der höchstmögliche Nutzen (auch für den Arten- und Biotopschutz) erreicht wird. Die Liste unverstandener, teurer Artenschutzmaßnahmen ist lang, so hat der damalige hessische Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ausgiebig über den 50 Mio. Euro teuren Tunnel für den Kammolch berichtet, der bei einer Population von ungefähr 5.000 Exemplaren eine „Wertigkeit“ von 10.000 Euro pro Kammolch ergibt. Die Stuttgarter Zeitung hat die öffentliche Lust, Artenschutzmaßnahmen lächerlich zu machen, mit einer Fledermausbrücke in Biberach angereichert, die „geradezu eine Anleitung zur Erzeugung von Revolten“ bietet und dabei zutreffend festgestellt, dass der Artenschutz die Akzeptanz der Öffentlichkeit mehr denn je braucht.

Im Projekt Stuttgart 21 sollen für die Umsiedlung von rund 4.000 Zaun- und Mauereidechsen genetische Untersuchungen und Ersatzbiotop mit einer Fläche von 100 m² pro Exemplar der Eidechsen notwendig sein. Maßnahmen, die ein Projekt schnell mal um

1.000.000 Euro teurer machen können und populationsbiologisch unsinnig sind, gleichwohl sie rechtlich gefordert werden.

Trotz allem steigt die Bedeutung des Artenschutzes aufgrund zahlreicher Gerichtsurteile in den jeweiligen Zulassungsentscheidungen weiter an, wirft dabei zunehmend Probleme auf und führt nicht selten zu erheblichen Verzögerungen bzw. sogar zum Scheitern eines Vorhabens. Das bislang ohnehin strikte, individuenbezogene Tötungsverbot hat durch das „Freiberg-Urteil“ mittlerweile ungeahnte Dimensionen in der Bewältigung der artenschutzrechtlichen Anforderungen erreicht.

ARTENSCHUTZ VS. ENERGIEWENDE

Auch im Rahmen der Energiewende hat sich der Artenschutz zu einem hohen Hindernis entwickelt, besonders durch die flächendeckende Anwesenheit der großen Greifvogelarten. Das führt sogar dazu, dass die Grünen und der Artenschutz sich nicht wirklich „grün“ sind. Nicht nur der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer hatte anlässlich der Ablehnung eines der Windparks in Horb am Neckar spöttisch gesagt: „Wird ein Standort für die Windkraft veröffentlicht, wird am nächsten Tag der Milan gesichtet“, auch Ministerpräsident Winfried Kretschmann erklärte, dass es nicht sein könne, dass der Naturschutz als Hebel missbraucht werde, um den

EXKURS ARTENSCHUTZ UND BAUVORHABEN

Bereits während der Abbauphase werden Abbaustätten von seltenen Pionierarten besiedelt. Nach dem Abbau werden große Teilflächen an die Natur zurückgegeben.

Der ISTE und viele seiner Mitglieder engagieren sich für die Gelbbauchunke, die frühe Sukzessionsstadien in Abbaustätten ganz toll findet.



Windkraftausbau zu blockieren. Die Badische Zeitung zitierte den studierten Biologen Kretschmann anschließend mit „Ich bin mir sicher, dass tausend neue Windräder keinen messbaren Einfluss auf die Artenvielfalt in Baden-Württemberg haben“. Dabei sind gleich drei Landesministerien bei der Zulassung von Windkraftanlagen beteiligt, alle haben einen grünen Minister an der Spitze und müssen sich mit dem Zielkonflikt Artenschutz auseinandersetzen. Ob die Grünen irgendwann „Grünes Licht“ für eigene Ziele geben können, steht in besonderem Maße im Zusammenhang mit dem Konflikt Artenschutz: Auch die Grünen haben bei „grünen Vorhaben“ der Energiewende feststellen dürfen: „Suchet, so werdet ihr finden“.

ARTENSCHUTZ IN ABBAUSTÄTTEN

Auch die Rohstoffversorgung – ein weiteres wichtiges, gesellschaftliches Bedürfnis – sieht sich kostenintensiven und teilweise völlig absurden Anforderungen des Artenschutzes ausgesetzt. Zusätzlich ist dabei die Besonderheit zu berücksichtigen, dass Steinbrüche, Baggerseen und Kiesgruben selbst wichtige Lebensräume aus zweiter Hand sind und über das ganze Land verteilte „Reserveflächen“ und „Trittsteinbiotope“ für die Biologische Vielfalt darstellen. Betreiber von Abbaustätten sichern dadurch den Lebensraum für

viele Brutvögel in Fels- und Steilwänden oder auf Kies- und Schotterflächen, für gefährdete Amphibienarten und viele weitere besonders seltene Pionierarten und Lebensraumspezialisten.

Abbaustätten leisten damit einen erheblichen Beitrag zum Erhalt und zur Förderung der biologischen Vielfalt. Das einen konservierenden Ansatz verfolgende Artenschutzrecht honoriert dies jedoch nicht, denn sogar der (genehmigte) Abbau selbst, der die eigentlich gewünschte Dynamik überhaupt erst erzeugt, muss sich mit absurden Artenschutzanforderungen auseinandersetzen. Temporär aus der Nutzung genommene Abbaubereiche, die in absehbarer Zeit wieder für Abbau oder Rekultivierung in Anspruch genommen werden müssen, werden oft extensiv bis gar nicht genutzt und sind für den Arten- und Biotopschutz besonders interessant. Auf diesen Flächen entwickeln sich wertvolle Biotope, die von besonders und streng geschützten Pionierarten besiedelt werden. Aus Sicht des Naturschutzes wäre es sogar wünschenswert, dass die durch Abbau initiierte Dynamik durch einen erneuten Eingriff nochmals von vorne beginnt, denn mit der Vegetationsentwicklung verändert sich auch die jeweilige Artenzusammensetzung. Hier treffen statische Ansätze des Artenschutzes und die in Abbaustätten eigentlich gewollte, aber rechtlich nur schwierig umsetzbare Dynamik hart aufeinander. Der konservierende Arten-

schutz führt im Ergebnis dazu, dass sich das Artenschutzrecht in der Praxis in unserer Branche selbst ein Bein stellt. Die Politik muss sich entscheiden, ob Artenschutz ein gestaltendes oder verhandelndes Instrument sein soll, denn „wer anderen eine Grube gräbt, ...“!

Warum macht der Artenschutz in der Praxis solche Probleme? Aus Sicht des ISTE sind die zwei Hauptprobleme des Artenschutzes:

1. sehr wenige und veraltete Daten über die Artenbestände und
2. der Beurteilungsraum für Artenschutz wird sehr lokal abgegrenzt und konservierend betrachtet.

Der ISTE arbeitet hierzu an zahlreichen Lösungsansätzen und initiiert und fördert viele Projekte, um dem dynamischen Ansatz im Naturschutzrecht zu dem ihm gebührenden Platz zu verhelfen. Hierzu gehören z.B. die Gründung des Arbeitskreises Artenschutz in Abbaustätten, die Einrichtung einer Biodiversitäts-Datenbank, das Engagement in der European Business & Biodiversity Campaign, die von verschiedenen europäischen Partnern unter der Leitung des Global Nature Fund durchgeführt wird, oder auch die Organisation zahlreicher Veranstaltungen zum Thema biologische Vielfalt, zu modernen Renaturierungs- und Rekultivierungsmethoden und zu den Chancen und Möglichkeiten der Anwendung des Ökokontos.

Eine kleine Herde robuster Taurusrinder – größte Ähnlichkeit mit dem ausgestorbenen Auerochsen – sorgt im Steinbruch Gerhausen-Beiningen durch ganzjährige Beweidung für noch mehr biologische Vielfalt.

Mehrwert für den Naturschutz: Durch die Biodiversitätsdatenbank können aufwändig erhobene Biodiversitätsdaten über Ihren ursprünglichen Zweck hinaus genutzt werden.



1. BIODIVERSITÄTSDATENBANK

Biodiversitätsdaten stellen eine wichtige Grundlage für die Arbeit der Unternehmen und Verbände der Steine- und Erdenindustrie dar. Obwohl Biodiversitätsdaten laufend und aufwändig erhoben werden, z.B. im Rahmen von Voruntersuchungen, Genehmigungsverfahren oder Ökokonto-Maßnahmen, gibt es bisher wenig verwertbare Daten, da eine „zentrale Sammelstelle“ fehlt.

Die Biodiversitätsdatenbank des ISTE soll die Entwicklung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten auswerten und dokumentieren und bietet die Möglichkeit, eine Übersicht über das Vorkommen bedeutsamer Arten und Biotope zu bekommen. Die Biodiversitätsdatenbank wird unter www.biodiversitaet-baden-wuerttemberg.de bereitgestellt und ist seit März 2014 für die Mitglieder des ISTE zur Eingabe von Biodiversitätsdaten freigegeben.

2. BUSINESS & BIODIVERSITY CAMPAIGN UND ARBEITSKREIS ARTENSCHUTZ IN ABBAUSTÄTTEN

Die European Business & Biodiversity Campaign soll zeigen, dass sich Natur- und Artenschutz mit unternehmerischen Strategien vereinbaren lassen. Hierzu wird das Thema Biodiversität in Abbaustätten aktuell umfangreich durch den ISTE aufgearbeitet und soll 2014 unter dem Titel „Biologische Vielfalt in Abbaustätten – Beitrag der Steine- und Erdenindustrie zur Business &

Biodiversity Campaign“ als Band 5 der Schriftenreihe der Umweltberatung des ISTE veröffentlicht werden. In diesem Rahmen hat der ISTE den „Arbeitskreis Artenschutz“ ins Leben gerufen, an dem sich auch das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR), die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), der NABU Baden-Württemberg, der Global Nature Fund und weitere Experten beteiligen. Aufgabe des Arbeitskreises ist es, die biologische Vielfalt während der Abbauphase und der Folgenutzungsgestaltung rechtssicher zu fördern bzw. die Grenzen des geltenden Naturschutzrechts aufzuzeigen und Lösungsvorschläge im Sinne aller Beteiligten zu erarbeiten.

3. NATURSCHUTZRECHTLICHES ÖKOKONTO

Eine für alle Seiten vorteilhafte Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen anhand einfacher ökonomischer Methoden zum optimalen Umgang mit vorhandenen Mitteln kennt das Naturschutzrecht bei Pflichtaufgaben nicht. Eine Ausnahme hiervon stellt – mit gewissen einschränkenden Regelungen durch die ÖKVO – das naturschutzrechtliche Ökokonto dar. Durch das naturschutzrechtliche Ökokonto können zeitlich vorgezogene, auf freiwilliger Basis durchgeführte Naturschutzmaßnahmen auf einem Ökokonto gutgeschrieben werden und zu einem späteren Zeitpunkt zum Zwecke der

Eingriffskompensation wieder ausgebucht werden. Durch das Ökokonto können bereits im Vorfeld ausgewählte Artenschutzmaßnahmen durchgeführt werden, die dann nicht nur im Rahmen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung herangezogen, sondern auch in der Vorhabenzulassung als CEF-Maßnahmen anerkannt werden können.

NATURSCHUTZ QUO VADIS?

Naturschutz ist sehr wichtig. Es muss sich künftig jedoch dringend etwas bewegen. Die Gesellschaft kann es sich nicht dauerhaft leisten, ein absurdes und maßloses Artenschutzrecht aufrecht zu erhalten. Wir leisten uns erhebliche Verzögerungen und Kostensteigerungen in der Infrastruktur, der Energiewende, im Hochwasserschutz oder der Rohstoffsicherung. Darüber hinaus müssen Artenschutzmaßnahmen umgesetzt werden, die aus Naturschutzsicht höchst fragwürdig, sinnlos teuer und letztlich nicht nachhaltig sind. Die Natur selbst ist keineswegs statisch, wird aber vom Gesetzgeber in ein statisches Korsett gepresst. Änderungen des gesetzlichen Rahmens sind dringend erforderlich.

Die Steine- und Erdenindustrie wird den Arten- und Biotopschutz weiterhin tatkräftig unterstützen und ist bereit, nach Lösungen zu suchen. Auch Abbaubetreiber müssen biologische Vielfalt mit „gutem Gewissen“ und zum Nutzen aller Beteiligten fördern dürfen.

»Öffentlichkeitsarbeit ist keine platte Werbung – sie basiert auf nachhaltiger Kommunikation und Information. Unser Arbeitskreis entwickelt deshalb Projekte wie zum Beispiel den GeoKoffer. Das Vermitteln unserer Themen vor Ort schafft ein breites Verständnis für unsere Industrie und unser Tun.«



Heike Flickinger,
bmk-Steinbruchbetriebe
GmbH & Co. KG
und langjährige „Aktivistin“
im Arbeitskreis
Öffentlichkeitsarbeit
des ISTE

DAFÜR STEHEN WIR:

Jeder Baden-Württemberger verbraucht statistisch gesehen pro Stunde zwei Hände voll mineralischer Rohstoffe. Das entspricht einem Kilogramm Natursteine, Sand und Kies, Gips, Kalk, Zement und andere Rohstoffe, im Jahr sind dies 10 Tonnen, die pro Einwohner gewonnen werden.

Deutlich sichtbar sind Steine bei Gebäuden und Straßen: Über 80 Prozent der abgebauten Gesteine werden in der Bauindustrie verwendet. Wenig bekannt ist hingegen, dass zum Beispiel Kalk in der Zahnpasta steckt, zur Herstellung von Stahl und Zucker benötigt wird und als Trennmittel dafür sorgt, dass Toastbrotstücken und Kaugummistreifen nicht aneinander kleben. Darüber hinaus sind mineralische Rohstoffe an der Herstellung von fast allen industriellen Produkten beteiligt.

Darüber informiert der ISTE mit verschiedenen Veröffentlichungen, Infomaterial und Pressemeldungen. Verwaltung und Fachöffentlichkeit können sich auf Fortbildungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen informieren. Jährlich informiert der Verband auf rund 40 Veranstaltungen über vielfältige Themen. Einen Überblick gibt der Internetauftritt www.iste.de.

Öffentlichkeitsarbeit ist keine Arbeit mit schnellen Erfolgen. Der ISTE legt dabei großen Wert auf Nachhaltigkeit und Kontinuität.



Öffentliche Vorstellung des GeoKoffers in Mundelsheim am 14. Juni 2013:

Claus-Peter Hutter (Leiter der Umweltakademie), Holger Haist (Bürgermeister Mundelsheim), Peter Röhm (Vizepräsident ISTE), Umweltminister Franz Untersteller, Thomas Beisswenger (ISTE), Seine Königliche Hoheit Herzog Michael von Württemberg (v.l.n.r.)

**UNTERRICHTSMATERIAL FÜR
DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER
VON MORGEN**

Der ISTE bietet regelmäßige Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Erzieherinnen und Erzieher an. Zusammen mit Pädagogen und Geologen wurde der GeoKoffer entwickelt, der von den Schulen mit Begeisterung angenommen wird (www.GeoKoffer.de).

**AUSSTELLUNGEN –
BAU- UND ROHSTOFFE VOR
ORT ERLEBEN**

Ein weiterer Baustein sind Ausstellungen wie das Spiel und Erlebnisgelände „steine im fluss“ in Konstanz, das gemeinsam mit dem Staatlichen Naturkundemuseum Stuttgart und dem Bodensee-Naturmuseum gestaltet wurde. Dort lernen seit über zehn Jahren Kinder mit ihren Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern spielerisch, wie spannend Geologie sein kann und wie rohstoffreich unser Land ist.

Das „Klassenzimmer am See“ am Stuttgarter Max-Eyth-See, einem ehemaligen Baggersee, steht für Schulausflüge aus der ganzen Region zur Verfügung und wird von der Christoph-Sonntag-Stiftung betrieben.

Auf dem Hausberg von Baden-Baden, dem Merkur, ist mit „Merkurs Würfel – eine geologische Zeitreise durch Baden-Baden“ ein weiterer Ausstellungsschwerpunkt entstanden.

**VERANSTALTUNGEN –
QUALIFIZIERTE WEITERBILDUNG
UND AUSTAUSCH SIND WICHTIG**

Verbände verbinden: Deshalb führen wir zahlreiche Tagungen, Seminare, Workshops und Exkursionen durch. Gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Verbänden helfen wir, dass auf den Veranstaltungen neben Sachinformationen auch immer genügend Raum zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch besteht.

**JUNIoren IM ISTE –
ICH SAMMLE TÄGLICH
ERFAHRUNG**

Das „Junioren“-Angebot im ISTE richtet sich an junge Menschen, die häufig bereits Verantwortung in unseren Mitgliedsunternehmen tragen, oder aber künftig maßgeblich in der Unternehmensleitung wirken sollen.

Dieser Zielgruppe bieten wir eine Plattform zu ungezwungenem Kennenlernen und Gedankenaustausch – zur Bildung und Pflege persönlicher Netzwerke in der Branche. Daneben versuchen wir stets, den Teilnehmern Eindrücke und Erfahrungen zu vermitteln, die ihnen anderswo nicht geboten werden, frei nach dem Motto: „Ich sammle täglich Erfahrung“ – ISTE eben.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die jungen Unternehmer zu erleichtern, bieten wir immer wieder auch Aktionen an, die für die ganze Familie geeignet und interessant sind.



LANDESPARTEITAGE 2013/2014

Der ISTE war im Berichtszeitraum als Aussteller auf allen Landesparteitagen präsent. Den Auftakt machte rund eine Woche vor der Bundestagswahl der CDU-Landesparteitag am 14. September 2013 in Heilbronn. Es folgte der SPD-Landesparteitag am 18. Oktober 2013 in Reutlingen, die Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am 5. November 2013 in Esslingen und der FDP-Landesparteitag am 5. Januar 2014 in Stuttgart.

Die ISTE-Wanderausstellung wurde präsentiert, und darüber hinaus wurden Wein und Sekt von einer rekultivierten Steinbruchfläche des Kalkwerkes Istein ausgeschenkt. Unter dem Motto „Erst Stein, dann Wein – Nachhaltigkeit schmeckt“ kamen ISTE-Mitarbeiter mit zahlreichen Vertretern der Landesregierung, Abgeordneten des Bundes und des Landes, Landräten, Bürgermeistern, Gemeinderäten etc. ins Gespräch



Erst Stein, dann Wein. Rohstoffgewinnung ist keine dauerhafte Nutzung. Die Flächen können sogar für Sonderkulturen wie Weinbau genutzt werden. Der Geschmack des Rekultivierungsweins überzeugt.

Der ISTE war auf allen Parteitag der Landtagsfraktionen und hat zahlreiche Kontakte geknüpft und gefestigt.

über unsere heimischen Rohstoffe, die notwendige Gewinnung von mineralischen Rohstoffen und die Rekultivierung ehemaliger Gewinnungsstätten. Ein hervorragender „Türöffner“ war in diesem Zusammenhang der GeoKoffer, der einen lockeren Gesprächseinstieg über die Vielfalt unserer heimischen Rohstoffe bot.

Der ISTE-Stand war auf allen Parteitagen sehr gut besucht, zahllose Gespräche fanden statt, neue Kontakte wurden geknüpft und bestehende vertieft.

Der ISTE wird auch in Zukunft auf den Parteitagen präsent sein – nicht in jedem Jahr, aber voraussichtlich wieder 2015.



Pressekonferenz zur Uraufführung des Merkurfilms am 7. Mai 2014 mit dem Ersten Bürgermeister von Baden-Baden Werner Hirth (rechts)

GeoKoffer-Übergaben an das Heinrich-Heine- und das Otto-Hahn-Gymnasium in Ostfildern mit Oberbürgermeister Christof Boley



„MERKURS WÜRFEL“ – EINE GEOLOGISCHE ZEITREISE DURCH BADEN-BADEN

Mit „Merkurs Würfel“ wurde im Juni 2012 nach „steine im fluss, Konstanz“ und dem „Klassenzimmer am See, Stuttgart“ das dritte Outdoor-Ausstellungsprojekt, an dem der ISTE maßgeblich beteiligt ist, eröffnet.

Der Merkurberg in Baden-Baden ist ein beliebtes Ausflugsziel mit Aussichtsturm und Gaststätte. Zu Fuß oder mit der Standseilbahn kommen jährlich rund 150.000 Besucher auf den Gipfel. Damit ist der Merkurberg ein hervorragender Platz für eine Dauerausstellung. Auf dem kleinen Rundweg werden die wichtigsten Gesteine vorgestellt und an Pulttafeln erläutert.

Fünf der Gesteine sowie Beton liegen wie geworfene Spiele-Würfel vor dem Aussichtsturm. Die Würfelaugen erläutern Herkunft, Abbau und Verwendung der Gesteine.



Im Berichtsjahr wurden folgende Neuerungen realisiert:

- Flyer in drei Sprachen mit Beschreibung der Gesteine der Ausstellung („Merkurs Würfel“), mit einem 360°-Rundumblick um den Merkurberg („Merkurs Aussicht“) und mit Hinweisen zur Geologie Baden-Badens einschließlich zahlreicher geologischer Ausflugsziele.
- Film zu „Merkurs Würfel“ (Geo-Blockbuster) von Sören Eiko Mielke, der Lust auf den Besuch der Ausstellung macht und für den GeoKoffer wirbt.
- Virtueller Rundgang durch die Ausstellung Merkurs Würfel einschließlich einem fantastischen Rundumblick auf die Umgebung und ihre geotouristischen Ausflugsziele: www.iste-360.de/merkurswuerfel
- QR-Codes auf den Würfelaugen: vertiefende Informationen und Filme können vor Ort direkt aufs Smartphone geladen werden.

Für Juni 2014 ist eine Zeitungsbeilage (Auflage 30.000) von Seiten der Stadt Baden-Baden geplant.

Merkur (Ex-Nationalmannschaftsturner Artem Ghazaryan) rockt „seine“ Würfel auf dem Merkurberg in Baden-Baden und auf Youtube.



GEOKOFFER – BAUSTEINE DES LANDES

Das Jahr 2013 stand – zumindest was die Öffentlichkeitsarbeit des ISTE anbelangt – ganz im Zeichen des GeoKoffers. Inzwischen konnten 250 Exemplare an Schulen des Landes übergeben werden. Schüler der Klassen 5 bis 10 bekommen spannende Einblicke in das Thema „Rohstoffe – Gewinnung und Verwendung“. Und dank 14 handgroßer Gesteinsstücke können sie die Geologie Baden-Württembergs buchstäblich „begreifen“.

GeoKoffer-Highlights im Berichtsjahr:

- Offizielle GeoKoffer-Vorstellung von Umweltminister Franz Untersteller und Seiner Königlichen Hoheit Herzog Michael von Württemberg in den Mundelsheimer Muschelkalkweingebirgen.
- Zahlreiche vom ISTE organisierte und koordinierte GeoKoffer-Übergaben an Bildungseinrichtungen des Landes, einschl. Pressearbeit.
- GeoKoffer-Stand auf der größten Bildungsmesse Europas, der DIDACTA, vom 25. bis 29.3.2014 in Stuttgart.

Mittlerweile sind alle GeoKoffer vergriffen. Für 2014 ist deshalb eine aktualisierte Neuauflage geplant.

Weiter Informationen finden Sie unter www.GeoKoffer.de oder in unserem ausführlichen Exkurs ab Seite 92.

Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten auf der Jahreshauptversammlung 2013 in Konstanz

Aktive Mitglieder des Arbeitskreises Öffentlichkeitsarbeit auf dem „steine im fluss“-Fest im Juli 2013 in Konstanz



„STEINE IM FLUSS“, KONSTANZ

Mit „steine im fluss“, Konstanz, begann der ISTE im Sommer 1999 damit, an attraktiven Orten für unsere Branche Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Es folgten das Klassenzimmer am See, Stuttgart, und Merkurs Würfel, Baden-Baden. Nach wie vor zieht das benachbarte Sea-Life-Zentrum 120.000 Besucher pro Jahr nach Konstanz. Für die Konstanzer ist „steine im fluss“ kaum noch wegzudenken. Allerdings ist die Ausstellung „in die Jahre“ gekommen und verursacht einen nicht unerheblichen Unterhaltsaufwand.

Im Berichtsjahr wurde folgende Neuerung realisiert bzw. Bewährtes fortgesetzt:

- Ein virtueller Rundgang durch die Ausstellung „steine im fluss“ ist realisiert worden: www.iste-360.de/steineimfluss/.
- In der Zeitschrift „Bodensee-Magazin“ wurde erneut halbseitig für die Ausstellung und den GeoKoffer geworben.
- Im Rahmen des Rudi-Riesel-Steinzeit-Kinderfestes wurde wieder ein Aktionstag zusammen mit dem Bodensee-Naturmuseum veranstaltet. Die vielfältigen Aktivitäten rund um das Thema Steine lockten rund 1.000 kleine und große Besucher an.

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2013 IN KONSTANZ

Verkehrspolitik, Nachhaltigkeit, Ressourcen- und Umweltschutz waren bei der Jahreshauptversammlung des ISTE in Konstanz ein zentrales Thema. Der ISTE hatte Politiker aller Parteien eingeladen, um mit ihnen über die wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der Zukunft zu diskutieren.

AUF DEM PODIUM AM 20. Juni:

- Andreas Jung MdB (CDU)
- Sylvia Kotting-Uhl MdB (Bündnis 90/Die Grünen)
- Judith Skudelny MdB (FDP)
- Ute Vogt MdB (SPD)
- Inge Hamm, Regionalleiterin Baden-Württemberg Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)
- Marion Hammerl, Präsidentin des Global Nature Fund
- Dr. Erwin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim, Vizepräsident des Bundesverbandes Baustoffe – Steine und Erden e.V. (bbs)

AUF DEM PODIUM AM 21. Juni:

- Steffen Bilger MdB (CDU)
- Andreas Schwarz MdL (Bündnis 90/Die Grünen)
- Wolfgang Pflaumer, Stellvertreter der Sprecher der Aktion Pro Mobil
- Peter Röhm, Vorsitzender der Fachgruppe Sand und Kies
- Peter Rombold, Vorsitzender der Fachgruppe Naturstein

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG 2014 IN BADEN-BADEN

NEUER VORSTAND GEWÄHLT

Nach neun Jahren an der Spitze des Industrieverbandes Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. (ISTE) scheidet Hans-Martin Peter als Präsident aus dem Vorstand. Seinem Nachfolger, Peter Röhm, Geschäftsführer der Röhm-Gruppe in Wendlingen, der auf der Jahreshauptversammlung in Baden-Baden einstimmig zum neuen ISTE-Präsidenten gewählt wurde, wünschte er bei der Übergabe des Staffelstabes viel Erfolg.

Bei der Mitgliederversammlung am 8. Mai 2014 wurden überdies Peter Rombold, Geschäftsführer der Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen, und Christian Knell, Sprecher der Geschäftsleitung Deutschland der HeidelbergCement AG, Heidelberg, in das Amt der ISTE-Vizepräsidenten gewählt. Zusammen mit Peter Röhm werden sie in den nächsten Jahren die Interessen der Verbandsmitglieder im Bereich Rohstoffsicherung, Umweltpolitik, Wirtschaft und Technik vertreten.

Eduard Schleicher (s. S. 103), geschäftsführender Gesellschafter der Schwenk Zement KG, wurde nach 15-jähriger Amtszeit als Vizepräsident aus dem Amt verabschiedet.

Einen Wechsel gab es auch in der Fachgruppe Sand und Kies: Peter Röhm gab sein Amt als Fachgruppenvorsitzender



Jahreshauptversammlung 2014 in Baden-Baden: EU-Kommissar für Energie Günther H. Oettinger, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Claus Schmiedel, Verbandsvorsitzender der Region Mittlerer Oberrhein Josef Offele und Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner

Sandra Hutter (Fa. A. Hutter GmbH, Neresheim) bei der traditionellen Exkursion für Schulgeographen



an Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim, ab. Zu dessen Stellvertreter wurde Alexander Dünkel, Fa. Dünkel, Schemmerhofen, gewählt.

HOCHRANGIGE GÄSTE

Zur ISTE-Jahreshauptversammlung konnten zahlreiche hochrangige Politiker begrüßt werden. EU-Kommissar Günther H. Oettinger sowie der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag, Claus Schmiedel, gaben sich die Ehre (s. Pressemitteilung).

AM REDNERPULT:

- Günther H. Oettinger, EU-Kommissar für Energie
- Claus Schmiedel MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
- Josef Offele, Vorsitzender des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein
- Wolfgang Gerstner, Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden
- Gert Klaiber, Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg
- Peter Fuss, Gesellschaft zur Förderung umweltgerechter Straßen- und Verkehrsplanung e.V. (GSV)
- Dr. Olaf Enger, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Mineralische Rohstoffe e.V. (MIRO), Köln

ISTE AUF GEOPARKFEST 2013 IN SCHOPFLOCH UND 2014 IN SONNENBÜHL

Am 23. April 2013 brachen im Naturschutzzentrum Schopflocher Alb große und kleine Forscher zu einer spannenden Reise in die Erdgeschichte auf. Mehr als 1.000 Besucher kamen zum vierten Geoparkfest und informierten sich am Stand des ISTE über die Entstehung heimischer Gesteine und deren Einsatz in zahlreichen industriellen Anwendungen. Insbesondere Lehrer interessierten sich für den GeoKoffer und dafür, wie sie an das begehrte Bildungspaket kommen können. Auf dem von der Firma Holcim (Süddeutschland) aufgeschütteten Klopffplatz konnten Kinder nach Fossilien suchen.

Am 27. April 2014 fand das Geoparkfest an der Bärenhöhle in Sonnenbühl mit bewährten Inhalten und gleicher Besetzung statt.

EXKURSION MIT GEOGRAPHIELEHRERN 2013

Seit vielen Jahren bieten der Verband Deutscher Schulgeographen Baden-Württemberg (VDSG) und der ISTE Exkursionen für Fachlehrer an. Die Fortbildung setzt Impulse für einen ganzheitlichen Geographieunterricht, der erdgeschichtliche Themen mit ihrer Bedeutung für Industrie und Wirtschaft verbindet. Ein Konzept, das auch dem

GeoKoffer zugrunde liegt. Deshalb stand bei der Fortbildung am 7. Juni 2013 seine Anwendung im Unterricht im Mittelpunkt.

Ferner konnten die 35 Teilnehmer im Steinbruch Hutter in Neresheim hautnah miterleben, wie mineralische Rohstoffe abgebaut und zu feinsten Gesteinsmehlen verarbeitet werden. Damit wurden die VDSG-Mitglieder an die Praxiselemente herangeführt, die auf dem im GeoKoffer enthaltenen USB-Stick in Form von Filmen und Präsentationen gespeichert sind.

Im Rahmen der Veranstaltung besuchte die Gruppe auch das Nördlinger Ries. Dort tauchten die VDSG-Mitglieder in die Entstehungsgeschichte des Geotops ein. Gisela Pösges vom Rieskratermuseum in Nördlingen erläuterte darüber hinaus, wie der Meteoriteneinschlag vor 14,5 Mio. Jahren die Landschaft und den Naturraum rings um das Ries nachhaltig geprägt hat.

Auch in diesem Jahr befanden sich unter den Teilnehmern viele Geographielehrer, die die von VDSG und ISTE organisierte Fachexkursion zum wiederholten Male besuchten. Das zeigt, dass das Angebot eine wichtige Lücke im Fort- und Weiterbildungsangebot schließt und als qualitativ hochwertige Veranstaltung wahrgenommen wird. Das belegt auch die jährlich steigende Zahl von Anmeldungen.

Referenten des „Forum Zukunft grünes Bauen“, das sich mit der Ökobilanz von Beton und Naturwerkstein befasste



ISTE AUF TOUR DE LÄNDLE 2013 IN LEIMEN UND PFULLENDORF

Die vom Radiosender SWR4 initiierte „Tour de Ländle“ zählt bundesweit zu den größten Breitensportveranstaltungen. Alljährlich treten rund 3.500 Radbegeisterte in die Pedale, um mit Gleichgesinnten die Freude am Sport zu teilen und entlang von ausgewählten Routen Baden-Württemberg zu entdecken. Besichtigungen, Stadtführungen, Kinderprogramme und Wanderungen an den Etappenorten sorgen dafür, dass auch Durst und Hunger nach allerhand kulturellem und landesbezogenem Wissen gestillt wird.

In Pfullendorf legten die Freizeitsportler vor der Kulisse des Wasserskiparks einer ehemaligen Kiesgrube, die heute als Freizeit- und Naherholungsgebiet genutzt wird, einen Etappenstopp ein. Viele von ihnen nutzten die Gelegenheit, sich über die Entstehung der Abbaustätten in der Gegend um Pfullendorf zu informieren. Norbert Schmid, Geschäftsführer des Kieswerks Müller in Ostrach, erklärte im SWR4-Live-Interview, wie Gletscher im Verlauf der Eiszeit Gesteinstrümmer aufnahmen, über weite Strecken transportierten und das Material dabei abgeschliffen, gebrochen, ausgeschürft und schließlich in Moränen als Sand, Kies oder Schotter abgelagert wurde.

ISTE AUF „KLEINER“ LANDESGARTENSCHAU IN SIGMARINGEN

Beim Forum „Zukunft grünes Bauen“, das im Rahmen der Landesgartenschau in Sigmaringen tagte, stand die Umweltperformance von Baustoffen im Mittelpunkt. Thomas Beißwenger und Martin Kronimus warben bei Städteplanern und Architekten für eine lokale und regionale Baukultur. Der Vorstandsvorsitzende der Kronimus AG Betonsteinwerke und Vorsitzender des Betonverbandes Straße, Landschaft, Garten machte anhand von Untersuchungen deutlich, dass heimische Natur- und Betonwerksteine in Sachen Ökobilanz am besten abschneiden. Das Forum zeigte auch, dass Gesteinsimporte aus Fernost nicht die besten Werte in punkto Ökobilanz erzielen, wenn Kriterien wie Primärenergiebedarf, Treibhaus-, Ozonabbau-, Versauerungs- oder Sommersmogpotenziale mit ihrer Nutzungsdauer ins Verhältnis gesetzt werden.

Die mehrstündige Informationsveranstaltung zeigte damit auch, dass der Erhalt einer dezentralen und verbrauchsnahe Versorgung mit mineralischen Rohstoffen wichtig ist, um die von der Bundesregierung angestrebten Klimaschutzziele zu erreichen. Martin Kronimus berichtete auch, dass die Bundesregierung den „Arbeitskreis Nachhaltiges Bauen“ ins Leben gerufen habe, der sich unter anderem mit der Ökobilanz baulicher Anlagen

im Außenbereich befasste. Damit sei schon jetzt absehbar, dass über kurz oder lang ökobilanzielle Aspekte auch in Ausschreibungen der öffentlichen Hand Berücksichtigung finden werden. Aus Sicht des Fachmanns werden Behördenvertreter beziehungsweise Städteplaner und Architekten mit Blick auf die Zukunft nicht umhin kommen, Bauvorhaben unter ökologischen Gesichtspunkten zu planen und zu realisieren. Getreu dem Motto „Wer grün denkt, sollte auch grün bauen“ könnte sich so mittel- bis langfristig eine lokale Identität entwickeln, die dem heimischen Naturstein mehr Wertschätzung verleiht, wie Thomas Beißwenger im Verlauf des Forums resümierte.

JUNIORINNEN UND JUNIOREN: SCHNEE- UND SKIFREUDEN – VORPROGRAMM ZUR WITA 2014

Zum vierten Mal schon trafen sich die ISTE-Junioren bereits am Samstag vor der offiziellen Eröffnung der Winterarbeitstagung zum inzwischen traditionellen, winterlichen Vorprogramm. Nach einem geselligen Hüttenabend erlebten die Junioren am Sonntag bereits einen traumhaften Skitag unter fachkundiger Anleitung von Weltcup-Skifahrern, als die übrigen Teilnehmer noch auf der Straße in Richtung Saalfelden unterwegs waren.



ISTE-Juniorinnen und -Junioren auf Exkursion bei der Baumaschinenauktion der Fa. Ritchie Bros. Auctioneers GmbH in Rotterdam (links und oben)

ISTE-Juniorinnen und -Junioren vor einer Tunnelbohrmaschine der Fa. Herrenknecht AG in Schwanau (rechts)

JUNIORINNEN UND JUNIOREN: FACHEXKURSION ROTTERDAM

Ende Februar dieses Jahres hatten die Junioren des ISTE die Gelegenheit, auf Einladung unseres Fördermitglieds Ritchie Bros. Auctioneers GmbH eine der größten Baumaschinenauktionen Europas in Moerdijk bei Rotterdam zu besuchen. Die Muttergesellschaft unseres Mitglieds, die Ritchie Bros. Auctioneers mit Sitz in Vancouver, ist der weltweit größte Spezialauktionator für den Bereich Bau, Bergbau, Transport u.a. mit 40 Auktionsgeländen weltweit und einem Jahresumsatz von weltweit über 3 Mrd. Dollar.

Dank fachkundiger Einführung in das Auktionsgeschäft durch Matthias Ressel (Ritchie Bros. Deutschland), konnten die Teilnehmer erleben, dass auch für Unternehmen unserer Branche eine Auktion das Mittel der Wahl zum Verkauf oder gelegentlich gar Kauf von Großgeräten sein kann.

Neben der fachlichen Information begeisterten ebenso die ca. 1.500 auf dem Hof versammelten Maschinen, die am Vorabend von den ISTE-Junioren fachmännisch und ausführlich begutachtet wurden.



Ein gigantisches Bauprojekt war der zweite fachliche Grund für die Reise nach Rotterdam: die Hafenerweiterung Maasvlakte 2 in Rotterdam. Für den Seehafen Rotterdam, den mit Abstand größten Europas und weltweit die Nr. 3, wurde in der Nordsee seit 2008 eine Landfläche von insgesamt 2.000 ha gewonnen. Die Hälfte davon steht der industriellen Nutzung, vorwiegend als Hafenanlagen, zur Verfügung.

Das Highlight der Exkursion war aber unbestritten die spektakuläre Show an den beiden Auktionstagen, an denen alle Maschinen an der Tribüne vorfahren und im Minutentakt von einer international bunt gemischten Bietergemeinschaft ersteigert werden, begleitet vom ununterbrochenen Singsang der Auktionatoren.

JUNIORINNEN UND JUNIOREN: FACHEXKURSION HERRENKNECHT AG UND HERMANN PETER KG

Die Tunnelbohrmaschine für das Projekt S21 konnten die 40 Teilnehmer der Fachexkursion am 10. April 2014 in Schwanau nicht mehr sehen. Die wird inzwischen vor Ort für den Einsatz beim Fildertunnel aufgebaut. Hautnah erleben konnten die Teilnehmer jedoch eine Maschine, die für den Einsatz in Karlsruhe bestimmt ist und sich gerade

in der Endmontage befindet. Diese Maschinen in der Region sind nur zwei von 700 Herrenknecht-Tunnelbohrmaschinen, die in den letzten Jahren weltweit bei Infrastrukturprojekten unter Tage den Raum für moderne Transportwege geschaffen haben.

Die Kalksandsteinproduktion der Hermann Peter KG genoss mindestens ebenso großes Interesse bei den Teilnehmern. Sie wurden in drei kleinen Gruppen von Michael Peter, Hans-Martin Peter und Kalksandsteinkollege Jörg Bayer durch das Werk geführt. Unser ISTE-Präsident Hans-Martin Peter blieb keine Antwort auf die vielen neugierigen Fragen der Kollegen schuldig. Es war für einige doch das erste Mal, sich mit der Kalksandsteinproduktion näher zu befassen.

Aber nicht nur der Wissensdurst wurde an diesem Tag gestillt: Gerne folgten die Teilnehmer der Einladung des ISTE-Präsidenten Hans-Martin Peter zum gemütlichen und kommunikativen Ausklang mit lokalen Spezialitäten in Zierolshofen.



**WINTERARBEITSTAGUNG 2014
IN SAALFELDEN ...
AUCH OHNE SCHNEE EIN ERFOLG**

An die Winterarbeitstagung des ISTE in Kooperation mit vielen weiteren Verbänden und Organisationen, insbesondere dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V. (BIV), knüpfen die Veranstalter und Teilnehmer jährlich große Erwartungen. Als „Veranstaltung mit hoher Rückfallquote“ bezeichneten der ISTE-Präsident Hans-Martin Peter und der BIV-Präsident Wolfgang Liebscher die Fachveranstaltung zum Jahresauftakt, deren 61. Wiederholung diesmal über 160 Teilnehmer in Saalfelden am Steinernen Meer zusammenführte. Als Themenschwerpunkte benannte das Programm die Verkehrspolitik von Bund und Land, den Wert unserer Gesteinsrohstoffe, betriebliche Öffentlichkeitsarbeit, sowie besondere Rekultivierungsprojekte. Die Veranstaltung lebte zusätzlich von Praxisberichten aus Unternehmen, die als gute Beispiele den Mut zu Veränderung, Erweiterung, Reorganisation

oder auch besserer regionaler Positionierung befeuerten. Zusätzlich wurde gute Unterhaltung und Anregungen zur Außendarstellung und Persönlichkeitsentwicklung geboten.

**HOCHKARÄTIGE REFERENTEN –
PACKENDE VORTRÄGE**

Für betriebliche Öffentlichkeitsarbeit hatte Daniela Haußmann gute Beispiele, Rezepte und Erfahrungen parat. Die Fülle ihrer Ausführungen war überwältigend. Bei entsprechender Beherrschung ihrer Anregungen über das Jahr hinweg könnten diese sicher positive Wirkungen entfalten. Wenngleich der Anfang der Öffentlichkeitsarbeit von viel Mühe gekennzeichnet ist, könnte am Ende doch beispielsweise so etwas stehen wie das „SchieferErlebnis“ in Dormettingen. Hier wurde eine sich bietende Chance, Neues zu gestalten, von der Gemeinde und Holcim (Süddeutschland) gemeinsam genutzt. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde, den Interessensverbänden, dem Naturschutz und den Behörden wurde die vorgesehene Folgenutzung eines einstigen Ölschiefersteinbruchs

grundsätzlich überarbeitet. So entstand das Projekt „SchieferErlebnis“, das ab Juli 2014 eine Besonderheit in Baden-Württemberg darstellen wird. Anton Müller, Bürgermeister der Gemeinde Dormettingen, stellte das Projekt gemeinsam mit Sabine Schädle, Leiterin Kommunikation Holcim (Süddeutschland), vor.

Klar ist, Fachleute werden auch in Zukunft deutschlandweit in den Unternehmen der Gesteinsindustrie gebraucht. Wenngleich von außen bisweilen der Eindruck genährt wird, es handle sich bei der Gesteinsindustrie um eine aussterbende Branche, sprechen die Tatsachen eine ganz andere Sprache. Dr. Wolfgang Werner vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, informierte bei der Vorstellung des Rohstoffberichtes 2013 des Landes



Referentinnen und Referenten der 61. WITA in Saalfelden

Baden-Württemberg beispielsweise über einige neu bzw. wiedererschlossene Werksteinbrüche. Nachdem die Denkmalpflege mit importiertem Material mehrfach Schiffbruch erlitten hatte, ist das eine fast zwangsläufige Entwicklung. Ohne die Sicherung von Steine- und Erdenlagerstätten für die künftige Versorgung der Bauwirtschaft, kommen wir nicht zurecht.

Fakt ist schließlich: Auch wenn Großprojekte, wie sie Thomas Kiwitt vom Verband Region Stuttgart vorstellte, Lieblingsprojektionsfläche der Gegenalles-Wutbürger Deutschlands bleiben, führt doch kein Weg am Erhalt und Ausbau unserer Verkehrs- und Energie-Infrastruktur vorbei, falls wir eine Industrienation bleiben wollen. Dafür ist einfach erheblich mehr Geld als bisher notwendig.

**CHRONISCHER BEFUND:
ZU WENIG GELD!**

Dass die chronische Unterfinanzierung der Infrastruktur ein Ende haben muss, befanden die Protagonisten der Podiumsdiskussion zum Thema für richtig. Dabei waren sich die baden-württembergische CDU-Landtagsabgeordnete Nicole Razavi, der CDU-Bundestagsabgeordnete Steffen Bilger, Wolfgang Pflaumer, Sprecher der Aktion Pro Mobil sowie ISTE-Vizepräsident Peter Röhm insgesamt recht einig. Zusätzliche Mittel sollen unter anderem durch die Ausweitung der Lkw-Maut erwirtschaftet werden. Per Priorisierung sollten die Finanzmittel auch genau dorthin fließen, wo sie besonders dringend benötigt würden. Wolfgang Pflaumer sprach sich für die Einführung der Pkw-Maut aus, um Mehreinnahmen für erforderliche Investitionen zu generieren.

Die Unternehmen der Steine- und Erdenindustrie im Süden und in ganz Deutschland ihrerseits sind gerüstet, sich den Aufgaben zu stellen, egal wie diese aussehen. Einige denken dabei (endlich!) auch laut über den



eigentlichen Wert ihrer Leistungen und Produkte jenseits der Deckungsbeitragsfalle nach. Jahre anhaltender Margenschwäche bei gleichzeitig stetig steigenden Kosten lassen sich nicht mehr schadlos wiederholen. Christian Knell, Deutschlandchef der HeidelbergCement AG sprach in seinem Vortrag mit dem Titel „Bodenschatz oder Ramschartikel“ genau dieses Thema an.

**AUF WIEDERSEHEN
2015 IN SCHLADMING!**

Die 62. Winterarbeitstagung 2015 findet vom 11. bis 14. Januar im Hotel Pichlmayrgut in Pichl bei Schladming statt. Auch die 63. Winterarbeitstagung 2016 ist bereits terminiert: 17. bis 20. Januar 2016. Dann wird es wieder Saalfelden sein.



Winterarbeitstagung 2014 mit freundlicher Unterstützung durch Zeppelin Baumaschinen GmbH

VERANSTALTUNGEN IM ÜBERBLICK



Neben den turnusmäßigen Fachgruppen- und Ausschuss-Sitzungen führte der ISTE im Berichtszeitraum Tagungen, Seminare, Exkursionen und Informationsveranstaltungen durch, mit mehr als 1.900 Teilnehmern – eine Auswahl:

12. April 2013
MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN der Fachgruppen Gips und Kalk in Haßmersheim bei der Fa. HeidelbergCement AG

21. April 2013
4. GEOPARKFEST im Naturschutzzentrum Schopflocher Alb

7. Mai 2013
MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN der Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden sowie des Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e. V. im Haus der Baustoffindustrie in Ostfildern

14. und 15. Mai 2013
MITGLIEDERVERSAMMLUNG der Fachgruppe Transportbeton im Meilenwerk in Böblingen

7. Juni 2013
EXKURSION: KALKGEWINNUNG AUF DER OSTALB UND DAS NÖRDLINGER RIES Geologie – Rohstoffnutzung – Geotourismus
Fortbildungsveranstaltung für Geographen mit dem Verband der Schulgeographen Baden-Württemberg e.V.

13. und 14. Juni 2013
SACHKUNDELEHRGANG: PROBENAHME FESTER ABFÄLLE NACH LAGA RICHTLINIE PN 98 – DIN EN 932-1 UND QRB-LEITFADEN in Umkirch

14. Juni 2013
FEIERLICHE VORSTELLUNG DES GEOKOFFERS mit Umweltminister Franz Untersteller und SKH Michael Herzog von Württemberg in den Muschelkalkhängen des Neckartals bei Mundelsheim



20. und 21. Juni 2013
ISTE-JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG und Mitgliederversammlungen der Fachgruppen Naturstein sowie Sand und Kies in Konstanz

22. Juni 2013
15. RUDI-RIESEL-KINDERFEST in der Lern- und Erlebnisausstellung „steine im fluss“ in Konstanz

3. Juli 2013
TECHNISCHE REKULTIVIERUNG VON ABBAUSTÄTTEN Exkursion und Fortbildung, Tagungsort: Ernst Marschall GmbH & Co. KG in Wolfegg und Gebr. Queck GmbH & Co. KG in Bad Wurzach

16. Juli 2013
FORUM ZUKUNFT GRÜNES BAUEN Nachhaltige Lösungen der Baustoffindustrie für Flächen und Wege auf der Landesgartenschau in Sigmaringen

27. Juli 2013
TOUR DE LÄNDLE Kurzvortrag über Kalksteingewinnung und Zementherstellung sowie Vorstellung des GeoKoffers in Nussloch

2. August 2013
TOUR DE LÄNDLE Kurzvortrag über Kies- und Sandgewinnung in Oberschwaben und Folgenutzung von Baggerseen in Pfullendorf

19. August 2013
BUNDESUMWELTMINISTER PETER ALTMAIER informiert sich über die Aufbereitung von Bauschutt zu Baustoff bei der Heinrich Feeß GmbH & Co. KG in Kirchheim

30. August 2013
EUROSCHOTTER-TAGUNG in Interlaken

3. September 2013
LANDESUMWELTMINISTER FRANZ UNTERSTELLER besucht ebenfalls die Aufbereitung von Bauschutt zu Baustoff bei der Heinrich Feeß GmbH & Co. KG in Kirchheim

5. bis 7. September 2013
MESSE „RECYCLING AKTIV“ in Baden-Baden

12. September 2013
TAGUNG DES WIRTSCHAFTSRATS zu Realisierbarkeit von Großprojekten im Haus der Baustoffindustrie in Ostfildern

14. September 2013
ISTE AUF LANDESPARTEITAG DER CDU in Heilbronn

17. September 2013
FACHEXKURSION VOM ABRUCH ZUM PRODUKT der Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden sowie des QRB im Raum Ulm/Memmingen

VERANSTALTUNGEN IM ÜBERBLICK



9. und 10. Oktober 2013
**BAUSTOFF-TAGE 2013 UND
16. BAUSTOFF-RECYCLING-TAG**
in Filderstadt

17. und 18. Oktober 2013
**SACHKUNDELEHRGANG
PROBENAHME FESTER ABFÄLLE
NACH LAGA RICHTLINIE
PN 98 – DIN EN 932-1 UND
QRB-LEITFADEN“**
in Kirchheim unter Teck

18. und 19. Oktober 2013
**ISTE AUF LANDESPARTEITAG
DER SPD**
in Reutlingen

29. Oktober 2013
WORKSHOP GISINFOSERVICE SÜD
Neuentwicklungen Basis-Version,
Plus- und Server-Paket,
Neuheiten im Grundstücksmodul
im Haus der Baustoffindustrie
in Ostfildern

5. November 2013
1. ÖKOKONTO-TAG
der Flächenagentur Baden-
Württemberg GmbH mit
Ministerialdirektor Wolfgang Reimer
(MLR) im Haus der Baustoffindustrie
in Ostfildern

7. November 2013
**PERSONALLEITERSCHULUNG
2013 – DRITTPERSONALEINSATZ**
im Haus der Baustoffindustrie in
Ostfildern

9. November 2013
**ISTE AUF LANDESDELEGIERTEN-
KONFERENZ
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
in Esslingen

26. und 27. November 2013
**16. STEINE- UND ERDENSEMINAR
GENEHMIGUNGSVERFAHREN**
für die Betriebe der Steine- und
Erdenindustrie im Haus der
Baustoffindustrie in Ostfildern

5. Januar 2014
**ISTE AUF
LANDESPARTEITAG DER FDP**
in Stuttgart

12. bis 15. Januar 2014
61. WINTERARBEITSTAGUNG
im Gut Brandlhof, Saalfelden am
Steinernen Meer/Österreich

23. Januar 2014
**MITWIRKUNG BEI FACH-
VERANSTALTUNG R-BETON DES
UMWELTMINISTERIUMS**
in Stuttgart

26. und 28. Februar 2014
**JUNIOREN-FACHEXKURSION
ROTTERDAM**
Baumaschinen-Großauktion und
Besichtigung einer Landgewinnungs-
baustelle unterstützt durch die
Fa. Ritchie Bros. Auctioneers GmbH

27. und 28. Januar 2014
**INFO-SEMINAR
MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN
DER SCHNELLERKENNUNG**
Schadstoffe in Bauschutt und Böden
schnell erkennen und messen –
PAK, Sulfat, MKW und Asbest
im Haus der Baustoffindustrie
in Ostfildern



20. März 2014
**TRANSPARENTES REPORTING:
DURCHBLICK IM
ZAHLENSCHUNDEL,
INSOLVENZANFECHTUNG IN
DER PRAXIS,
WELCHE RISIKEN DROHEN**
Informationsveranstaltung in
Zusammenarbeit mit der
CP Corporate Planning AG
im Haus der Baustoffindustrie
in Ostfildern

25. und 29. März 2014
**GEOKOFFER UND DAS SCHIEFER-
ERLEBNIS DORMETTINGEN**
auf der DIDACTA-Bildungsmesse in
Stuttgart

10. April 2014
JUNIOREN-WERKS BESICHTIGUNG
bei den Firmen Herrenknecht
in Schwanau und
Hermann Peter KG in Rheinau

27. April 2014
ISTE AUF DEM 5. GEOPARKFEST
in Sonnenbühl bei der Bärenhöhle

29. April 2014
MITGLIEDERVERSAMMLUNGEN
der Fachgruppe Recycling-
Baustoffe und Boden sowie des
Qualitätssicherungssystem
Recycling-Baustoffe Baden-
Württemberg e. V. (QRB)
im Haus der Baustoffindustrie
in Ostfildern

8. und 9. Mai 2014
**JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG
DES ISTE**
und Mitgliederversammlung der
Fachgruppen Naturstein sowie Sand
und Kies in Baden-Baden

14. Mai 2014
**1. GEMEINSAME
MITGLIEDERVERSAMMLUNG**
der Fachgruppe Transportbeton
des ISTE und der
Fachabteilung Transportbeton
des Bayerischen Industrieverbandes
Steine und Erden e.V. (BIV)
in Heidenheim



Jahreshauptversammlung 2014
in Baden-Baden



2014 erstmals aufgelegt:
alle wichtigen Termine in einem Flyer

EXKURS GEOKOFFER – BAUSTEINE DES LANDES

Von Experten entwickelt:
der GeoKoffer im Unterrichtseinsatz

War maßgeblich an der Entstehung des GeoKoffers beteiligt: Kathleen Renz vom Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gym) in Tübingen (links).



GEOKOFFER – FÜR EINEN STARKEN GEOGRAPHIE-UNTERRICHT

Aus welchen Bausteinen besteht das Land Baden-Württemberg? Wie entstehen Fossilien? Warum ist Granit härter als Buntsandstein? Wieviel Gesteinsrohstoffe brauchen wir? Und wo kommen Sie her?

Geographielehrerinnen und -lehrer sind bestens ausgebildet, um alle diese Fragen umfassend zu beantworten. Was an den Schulen bisher fehlte, ist geeignetes Unterrichtsmaterial sowie Vorschläge, wie das Thema „Rohstoffe – Gewinnung und Verwendung“ anschaulich und spannend vermittelt werden kann.

EXPERTEN ENTWICKELN UNTERRICHTSMATERIALIEN

Auf Initiative des ISTE hat deshalb eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Geographielehrerinnen und -lehrern, Vertretern von Pädagogischen Hochschulen sowie dem Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau, in jahrelanger

Arbeit Unterrichtsmaterialien für den Geographie-Unterricht ab Klasse 5/6 an den baden-württembergischen Schulen entwickelt. Natürlich exakt abgestimmt auf die vorhandenen Lehrpläne.

Nach Erprobung an den Schulen mit anschließender Evaluationsphase wurden die Unterrichtsmaterialien produziert und handlich verpackt – im GeoKoffer.

GEOLOGIE ERLEBEN UND „BEGREIFEN“

Der GeoKoffer beinhaltet alles, was man für einen spannenden Geographie-Unterricht braucht:

- Die Bausteine des Landes: 14 handgroße Gesteinsstücke zum Experimentieren und „Begreifen“, darunter auch der Beton.
- Zwei komplette Unterrichtseinheiten: „Bodenschätze in Baden-Württemberg“ und „Kreislauf der Gesteine“, jeweils mit Erläuterung der Unterrichtsstunden, Sicherungsblättern sowie 19 laminierten Informationskarten im Format DIN A3.
- Sieben Versuchsanleitungen mit Erläuterungen in Wort und Bild sowie Aufgaben mit Lösungsblättern.

- 14 Gesteinskarten: Zu jedem Gestein des GeoKoffers gibt es einen „Steckbrief“ in Form einer laminierten Gesteinskarte im Format DIN A3. Vorkommen, Entstehung, Abbau und Verwendung der Gesteine werden hier erläutert.
- USB-Stick mit Präsentationen, PDF-Dateien und Filmen zu allen wichtigen Themen der „mineralischen Rohstoffe“.



GeoKoffer-Verlosung auf den Baustoff-Tagen 2013: Fünf Schulen konnten sich über einen GeoKoffer freuen

Originelle Lostrommel mit nummerierten Kieselsteinen



LOB VON DER POLITIK

Im Juni 2013 wurde der GeoKoffer offiziell von Umweltminister Franz Untersteller und Seiner Königlichen Hoheit Herzog Michael von Württemberg in den Mundelsheimer Muschelkalkweingebirgen vorgestellt (s. Bild S. 79).

Minister Franz Untersteller betonte, dass der GeoKoffer „nicht nur ein perfektes Beispiel und ein Beitrag für den generationenübergreifenden Umweltdialog ist, sondern auch eine Voraussetzung, um für Nachhaltigkeitsthemen zu sensibilisieren“

Zum offiziellen Projektstart haben Umweltministerium und ISTE zehn GeoKoffer an Schulen in Baden-Württemberg verlost. Weitere fünf GeoKoffer wurden im Rahmen einer Kooperation mit dem Südkurier anlässlich der ISTE-Jahreshauptversammlung 2013 verlost.

Über 250 Schulen haben an der Verlosung teilgenommen. Die 15 gewonnenen GeoKoffer wurden meist im Beisein von Vertretern der Standortgemeinden, Politikern, der Schulleitungen sowie Vertretern lokal tätiger Abbaubetriebe und des ISTE überreicht. Die lokale Presse berichtete regelmäßig.

GEOKOFFER AUF DER DIDACTA

Höhepunkt der Bildungsoffensive war der GeoKoffer-Stand auf der größten Bildungsmesse Europas, der DIDACTA, vom 25. bis 29.3.2014 in Stuttgart. Der ISTE hat den Stand zusammen mit der Fa. Holcim (Süddeutschland) bestritten, die auf der Messe für das SchieferErlebnis Dormettingen warb, das der ISTE in den kommenden Jahren ebenfalls unterstützen wird.

250 GEOKOFFER SIND IM EINSATZ

Mittlerweile sind 250 GeoKoffer an den Schulen des Landes im Einsatz. Ein voller Erfolg! Eine dritte, aktualisierte Auflage ist momentan in Arbeit. →



Geologie erleben und „begreifen“: Der GeoKoffer beinhaltet u.a. 14 handgroße Gesteinsstücke, einseitig angeschliffen und poliert: Gneis, Granit, Vulkanisches Gestein, Buntsandstein, Muschelkalk, Steinsalz, Sulfatgestein, Schilfsandstein, Stubensandstein, Posidonienschiefer, Jurakalkstein, Kies, Travertin und Beton (neues „Gestein“)



EXKURS GEOKOFFER – BAUSTEINE DES LANDES

Der damalige ISTE-Präsident Hans-Martin Peter verschenkt zwei GeoKoffer an Schulen in Kehl und Oberkirch

Ehrenpräsident Dr. Rolf Mohr bei einer GeoKoffer-Übergabe in seinem Wirkungsbereich



WIE KOMMT DER GEOKOFFER AN IHRE SCHULE?

Seit dem Schuljahr 2012/2013 steht der GeoKoffer in den Medienzentren des Landes zur Verfügung. Die Schulen können den GeoKoffer dort ausleihen oder bei der Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH kaufen.

Oder noch besser: Sie finden ein ISTE-Mitglied, das Ihrer Schule einen GeoKoffer spendet. Auf der GeoKoffer-Homepage finden Sie die Steine- und Erdenunternehmen in der Nähe Ihrer Schule. Falls gewünscht, ist der ISTE bei der Kontaktaufnahme behilflich.

Übrigens: viele unserer Mitgliedsunternehmen bieten auch Führungen durch ihre Produktionsstätten an. Schulklassen sind herzlich willkommen.

GEOKOFFER – BAUSTEIN DER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Selbstverständlich hätte der ISTE das gewaltige GeoKoffer-Projekt nicht umgesetzt, wenn er sich nicht einen Nutzen für die tägliche Verbandsarbeit und für seine Mitgliedsunternehmen versprochen hätte.

Dabei ist es völlig legitim, Schülerinnen und Schüler nicht nur für die heimischen Gesteinsrohstoffe zu begeistern sondern auch z.B. über die Zusammenhänge von Rohstoffbedarf und Rohstoffgewinnung zu informieren.

Der GeoKoffer beinhaltet alles, was man für einen starken Geographie-Unterricht braucht.

GEOKOFFER ALS TÜRÖFFNER

Inzwischen dient der GeoKoffer auf vielen offiziellen Veranstaltungen zur Kontakt- und Gesprächsaufnahme mit Entscheidern aus Verwaltung und Politik. Insbesondere auf den Landesparteitagen hat sich gezeigt: Wenn der Gesprächspartner eines der Gesteinsstücke in der Hand hält, fällt es besonders leicht, auf die Belange und Sorgen der heimischen Rohstoffindustrie hinzuweisen.

MEDIENPAKET FÜR MITGLIEDSUNTERNEHMEN

Selten war es für die ISTE-Mitglieder so leicht, die verbandliche Öffentlichkeitsarbeit für das eigene Unternehmen zu nutzen. Eine GeoKoffer-Spende an die örtliche Schule kostet weit weniger als eine Anzeige in der Zeitung, trägt aber dazu bei, dass sich Generationen von Schülern mit dem Thema heimische Rohstoffe und Geologie auseinandersetzen.

Der ISTE unterstützt seine Mitglieder mit einem Medienpaket und macht die GeoKoffer-Übergabe zu einem Presse-Event. Dabei kann der ISTE auch Kontakte zu Gemeinderäten, Bürgermeistern, Landtags- oder Bundestagsabgeordneten herstellen, die dann bei der offiziellen GeoKoffer-Übergabe ebenfalls anwesend sind.

Weitere Informationen unter WWW.GEOKOFFER.DE



Ministerpräsident Winfried Kretschmann erkennt fast alle Steine im GeoKoffer, Kompliment! Jetzt wird dieses Wissen Dank des GeoKoffers wieder an den Schulen vermittelt.

Die Umweltakademie stattet alle Naturschutzzentren des Landes mit dem GeoKoffer aus.

OFFIZIELLE GEOKOFFER-ÜBERGABEN MIT ISTE-BETEILIGUNG UND PRESSETERMIN

Übergabe-Datum	Empfänger	unterstützt durch
17. Juli 2013	Heimschule St. Landolin, Ettenheim	Vogel-Bau GmbH, Lahr
23. Juli 2013	Sieben Naturschutzzentren des Landes in der Umweltakademie in Stuttgart	Umweltakademie Baden-Württemberg und ISTE
17. September 2013	Collegium Musicum – Europäische Musikrealschule in Albruck	Tiefensteiner Granitwerke GmbH, Albruck
11. November 2013	Albert-Schweizer-Gymnasium Kaufmännischen Schule Eichendorffschule in Crailsheim	Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
28. November 2013	Rotteck-Gymnasium in Freiburg	Schotterwerk GmbH, Freiburg
06. Dezember 2013	Einstein-Gymnasium in Kehl Hans-Furter-Gymnasium in Oberkirch	Hermann Peter KG, Rheinau-Freistett
17. Dezember 2013	Salier-Gymnasium in Waiblingen mit Ministerialdirektor Helmfried Meinel vom Umweltministerium und Oberbürgermeister Andreas Hesky	Hermann Klöpfer GmbH & Co. KG, Winnenden
19. Dezember 2013	Stiftsgymnasium in Sindelfingen	Schäfer Naturstein GmbH & Co. KG, Sindelfingen
07. Januar 2014	Karl von Frisch-Gymnasium in Dusslingen	Moräne-Kies GmbH, Hechingen
27. Januar 2014	Friedrich-Abel-Gymnasium in Vaihingen-Enz mit Dr. Markus Rösler MdL und Oberbürgermeister Gerd Maisel	Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen Sämann Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
26. Februar 2014	Heinrich-Heine-Gymnasium und Otto-Hahn-Gymnasium in Ostfildern mit Oberbürgermeister Christof Boley	E. Bayer Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Esslingen Holcim Kies und Beton GmbH, Stuttgart
12. März 2014	Schulzentrum Weingarten Pädagogische Hochschule in Weingarten Dr. Josef-Eberle Realschule in Friedrichshafen	Kieswerk Tullius GmbH & Co. KG, Salem Bodensee-Moränekies GmbH & Co. KG, Tettang
20. März 2014	Auguste-Pattberg-Gymnasium in Mosbach mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Peter Hauk MdL	bws Baden-Württembergische Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim



IHR STEINBEDARF: 1 KG PRO STUNDE

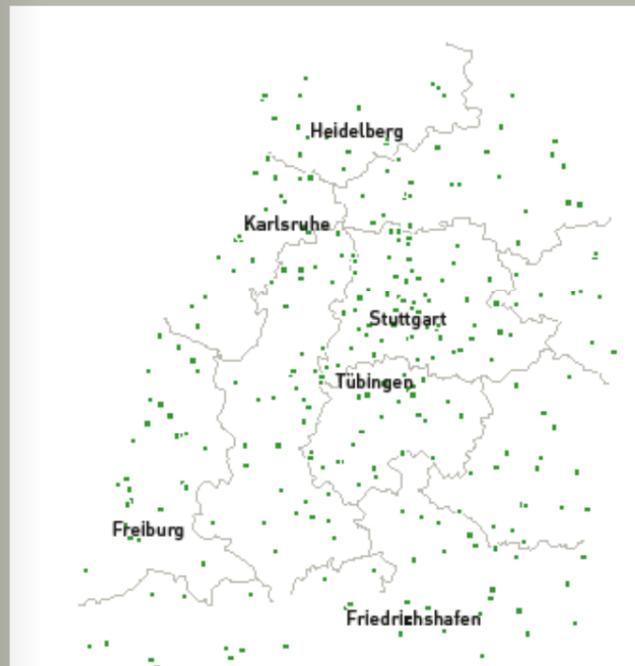
Schon morgens bei der Zahnhygiene haben Sie Kontakt mit der Steine- und Erdenindustrie: Die Grundsubstanz Ihrer Zahncreme ist Steinmehl. Auch das Haus, in dem Sie sicher geschlafen haben und die Straße, auf der Sie zur Arbeit fahren werden, sind mit Steinen gebaut. Statistisch gesehen verbraucht so jeder von uns stündlich über 1 Kilogramm Natursteine, Sand, Kies, Gips oder Steinmehl. Macht im Jahr rund 10 Tonnen pro Kopf – viel mehr als man morgens beim Zähneputzen denkt ...



ROHSTOFFGEWINNUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

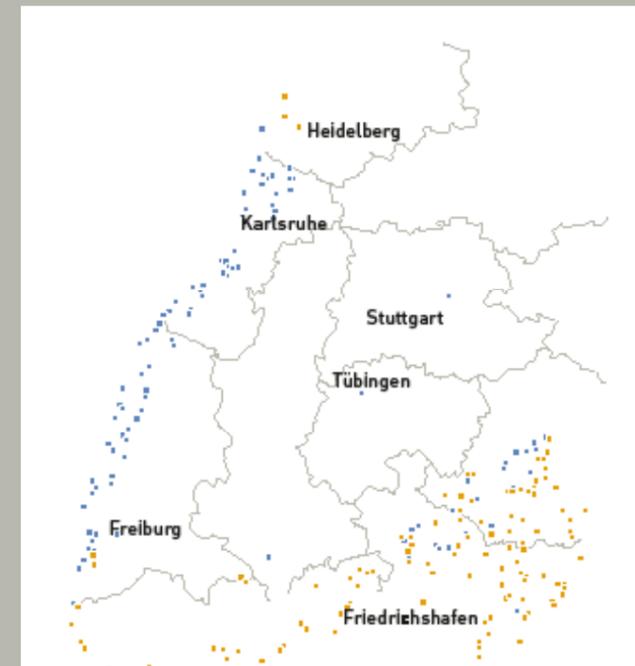
UNSERE STEINBRÜCHE

Unsere Steinbruchunternehmen gewinnen pro Einwohner und Jahr 5 Tonnen Gestein. Nach der Rohstoffgewinnung kehrt mit Hilfe der Steinbruchbetreiber die Natur zurück – biologische Vielfalt wird gefördert.



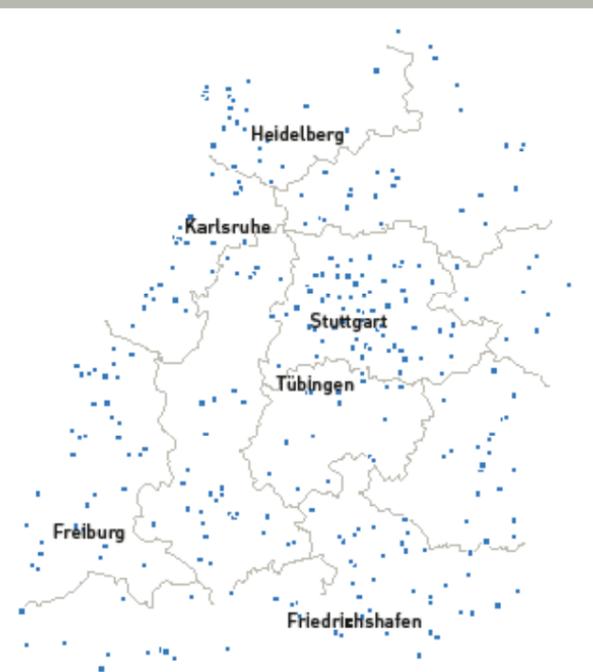
UNSERE TRANSPORTBETONWERKE

Unsere Transportbetonwerke produzieren pro Einwohner und Jahr fast 1 Kubikmeter Beton – und zwar dort, wo man ihn braucht.



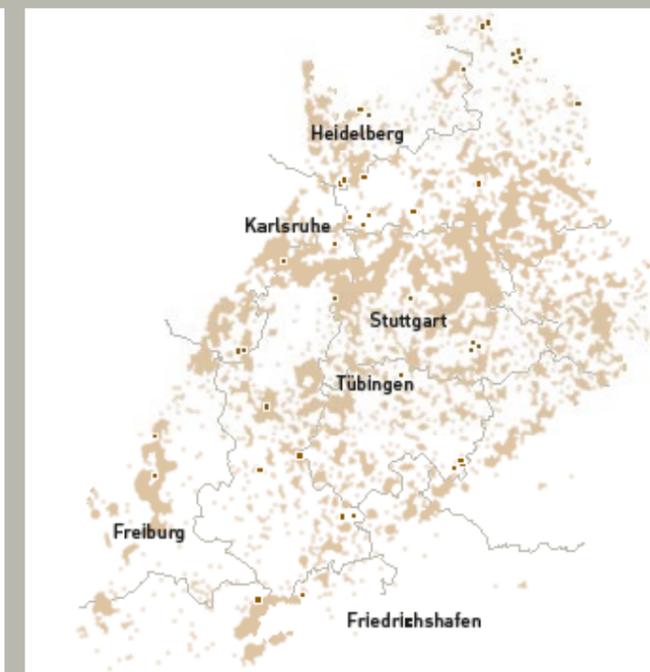
UNSERE KIESGRUBEN UND BAGGERSEEN

Der Ort der Rohstoffgewinnung ist an deren Vorkommen gebunden. Baggerseen (blau) in der Rheinebene und Kiesgruben (gelb) im Bereich der einstigen Gletscherausläufer sichern unseren Bedarf an Sand und Kies: 5 Tonnen pro Einwohner und Jahr.



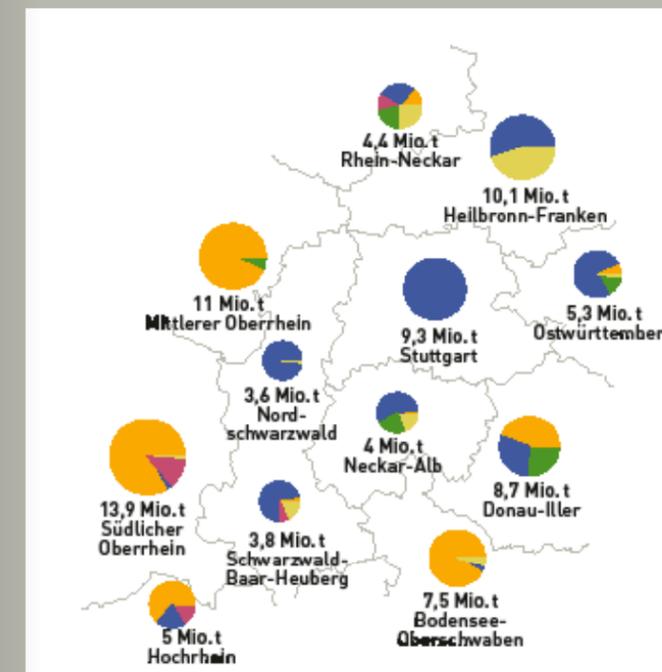
UNSERE BAUSTOFF-RECYCLINGWERKE

Durch Sortierung und Aufbereitung im Recyclingwerk werden aus Bauschutt hochwertige Recycling-Baustoffe, z.B. für den Straßen- und Kanalbau. 350 Baustoff-Recyclingwerke produzieren pro Einwohner und Jahr 1 Tonne Recycling-Baustoffe. Dadurch werden Primärressourcen geschont.



UNSERE NATURWERKSTEINBRÜCHE

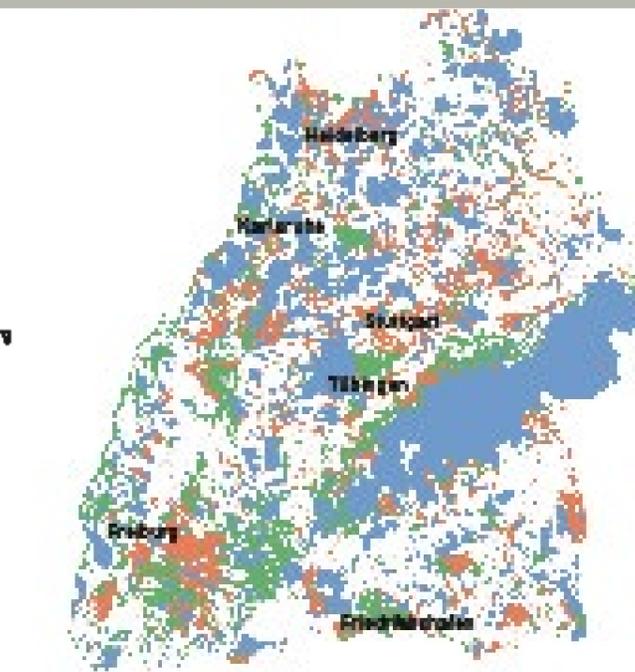
Naturwerksteine aus dem Land schaffen durch Verwendung bei Bauwerken vor Ort eine unverwechselbare regionale Identität und darüber hinaus Arbeitsplätze. Von den ehemals fast 2.000 überwiegend kleinen Gewinnungsstellen in Baden-Württemberg (hellbraun) sind heute nur noch 46 Naturwerksteinbrüche in Betrieb (braun). Die Konkurrenz durch billige Überseeerzeugnisse zweifelhafter Herkunft ist zu groß.



ABBAU NACH REGIONEN

In Baden-Württemberg werden jährlich zwischen 80 und 100 Mio. Tonnen Gestein abgebaut. Hierfür werden nur 0,004% der Landesfläche neu in Anspruch genommen – die gleiche Fläche wird der Natur zurückgegeben.

- Kies und Sande
- Natursteine/ Karbonatgesteine
- Natursteine/ Vulkanite, Metamorphite und Plutonite
- Zement- und Energierohstoffe
- Sonstige

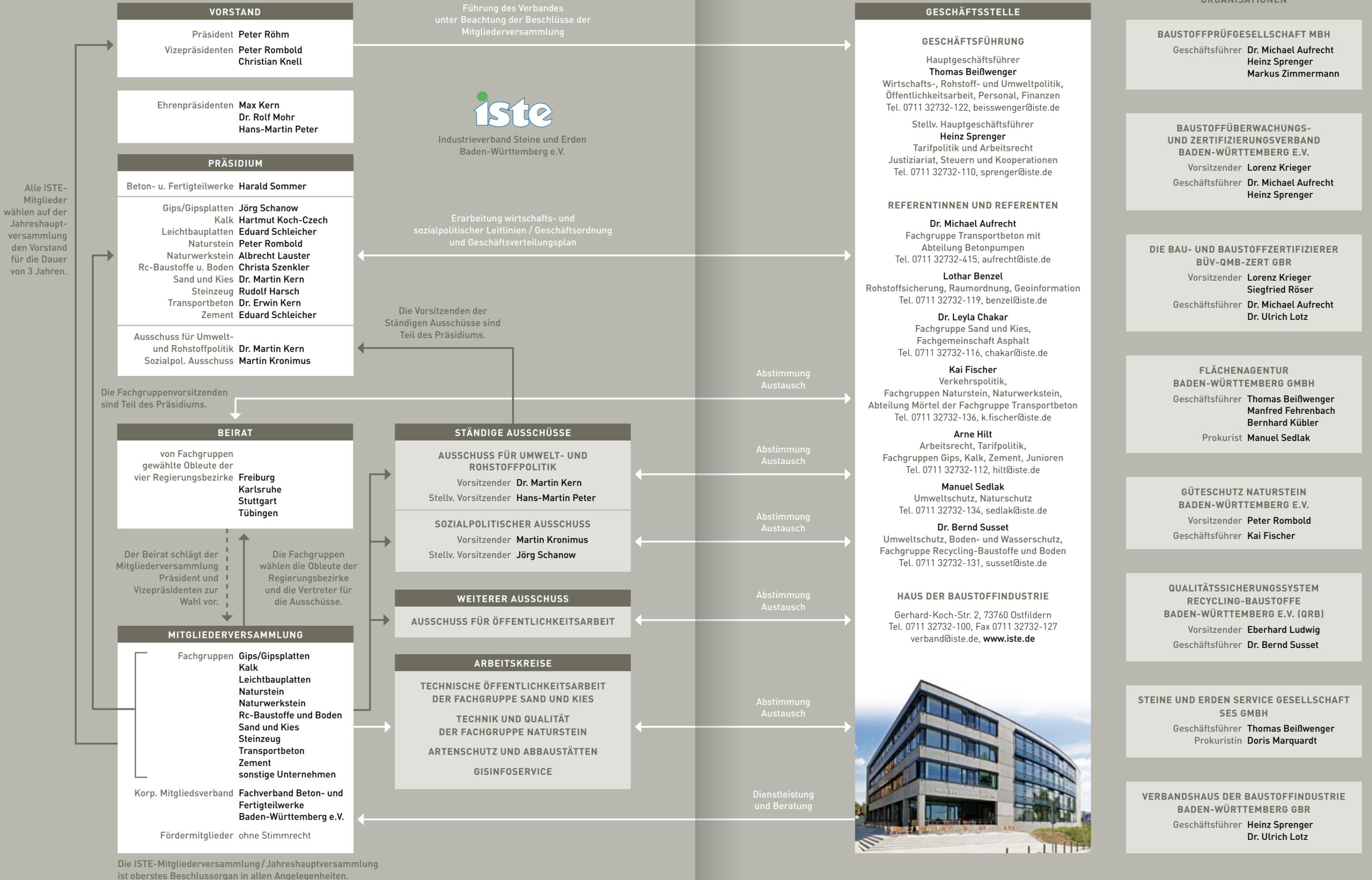


ABBAU MIT EINSCHRÄNKUNGEN

In Baden-Württemberg sind mehr als 60 Prozent der Fläche unter besonderen Schutz gestellt. Die noch verbleibenden „weißen“ Flächen werden unter anderem für Siedlung und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft genutzt. Für den Abbau von Steinen und Erden ist kaum noch Platz – dezentrale, verbrauchsnahe Rohstoffgewinnung mit kurzen Transportwegen steht auf dem Spiel.

ORGANISATIONSSTRUKTUR DES ISTE

Stand 15. Mai 2014



BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (BÜV-ZERT)

Wir sind eine DAkkS-akkreditierte, nach Landesbauordnung und Bauproduktengesetz anerkannte Überwachungs- und Zertifizierungsstelle, die in der Region organisiert und unter einem gemeinsamen Dach bundes- und europaweit tätig ist.

Wir überwachen

- über 350 Hersteller von Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau, Bahngemische sowie Transportbeton und Werkmauermörtel
- den Einbau von Beton auf Baustellen
- Sonderprodukte und -anwendungen wie Sportstättenbau, Spiel-sande, Deponiebaustoffe

Wir garantieren

- die bundeseinheitliche Überwachung und Zertifizierung
- Mitbestimmung in technischen Gremien
- unabhängige, kostengünstige und termingerechte Überwachung

Wir bieten ein umfassendes Leistungsangebot:

- Dienstleistungen zur Herstellung, Entwicklung und Vertrieb von Baustoffen sowie Qualifizierung von Mitarbeitern
- Informationsdienst zu aktuellen Auslegungsfragen von Regelwerken
- Zertifizierung von Qualitäts- und Umweltmanagementsystemen über unsere Zertifizierungsstelle BQ-Zert GbR

Über unsere Baustoffprüfgesellschaft mbH bieten wir in unseren akkreditierten Prüfstellen Ostfildern und Konstanz Prüfungen an Gesteinskörnungen für den Ingenieur- und Straßenbau an und unterbreiten gerne ein maßgeschneidertes Angebot.

Vorsitzender: Lorenz Krieger

Geschäftsführer: Dr. Michael Aufrecht und Heinz Sprenger

Mehr Informationen: www.buev.de



FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Die Flächenagentur Baden-Württemberg GmbH richtet sich an Grundstückseigentümer und Vorhabenträger, die Ökokonto-Maßnahmen durchführen oder Ökopunkte verkaufen bzw. erwerben wollen. Sie bietet umfassende Dienstleistungen für Investoren, die zur Kompensation von Eingriffen in Natur und Landschaft verpflichtet sind. Ihre internetbasierte Handelsplattform, www.flaechenagentur-bw.de, ermöglicht den landesweiten Handel mit Ökopunkten und Kompensationsflächen.

Mit der Ökokonto-Verordnung (ÖKVO), die am 01. April 2011 in Kraft getreten ist, wurde die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung für den Außenbereich flexibilisiert und landeseinheitliche Regelungen für die Anerkennung und Bewertung von zeitlich vorgezogenen Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (Ökokonto-Maßnahmen) eingeführt.

Die damit verbundene Möglichkeit, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bereits vor dem Eingriff durchzuführen und auf einem Ökokonto einzubuchen, wurde bereits von zahlreichen Akteuren genutzt. Insbesondere Vorhabenträger haben von der Möglichkeit der zeitlichen und räumlichen Flexibilisierung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung vielfach Gebrauch gemacht. Dadurch können zeitliche und finanzielle Belastungen vermieden werden, die durch die Suche nach geeigneten Flächen und den dort umsetzbaren Kompensationsmaßnahmen entstehen.

Das Ökokonto ist zwar ein „Maßnahmenkonto“ und kein Geldkonto aber es ermöglicht, Projektziele unter Berücksichtigung der Kosten so zu wählen, dass der höchstmögliche Nutzen (auch für den Naturschutz) erreicht wird.

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

- 1. Ökokonto-Tag Baden-Württemberg in Ostfildern
- Unterstützung beim Aufbau eines regionalen Kompensationspools in der Region Bodensee-Oberschwaben
- Planung und Durchführung großflächiger Naturschutzmaßnahmen (z.B. Moorschutz)
- Beteiligung am Forschungsprojekt „Ökokonto im Privatwald“
- Kooperation mit dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg (MVI)
- Aufbau einer „Waldausgleichsbörse“ für den forstrechtlichen Ausgleich nach § 9 Landeswaldgesetz.

Gesellschafter:

Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg
Landsiedlung Baden-Württemberg GmbH
Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH

Geschäftsführer:

Thomas Reißwenger, Manfred Fehrenbach, Bernhard Kübler

Mehr Informationen: www.flaechenagentur-bw.de



GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Der Güteschutz Naturstein Baden-Württemberg e.V. wurde 1971 mit dem Ziel gegründet, Qualität und Akzeptanz von Natursteinmaterial im gesamten Straßenbau zu fördern. Zu diesem Zeitpunkt gab es seitens der Straßenbauverwaltung große Vorbehalte gegen die Verwendung von Naturstein, speziell von Kalksteinmaterial in ungebundenen Schichten. Der Qualitätsgedanke, der bei Baustoffgemischen aus Kalkgestein sehr eng mit einer sorgsamem Gewinnung, Aufbereitung, Dosierung und der Einhaltung des Prüfmerkmals „Sandäquivalent“ verbunden ist, steht für die Schotterindustrie und die Mitglieder des Güteschutzes Naturstein im Vordergrund. Die baden-württembergischen Sonderregelungen für den Straßenbau mit ausgewählten Prüfparametern sind in den Ergänzungen zu den Technischen Vertragsbedingungen im Straßenbau Baden-Württemberg (ETV-StB-BW, Teil Schichten ohne Bindemittel) beschrieben und für Baustellen der öffentlichen Hand verpflichtend.

Die 57 Unternehmen mit 76 Mitgliedswerken, die dem Güteschutz angehören, produzieren neben den üblichen Straßenbaustoffen überwiegend auch andere Qualitätsbaustoffe wie z. B. Gesteinskörnungen und Gesteinsmehle für Beton und Asphalt, Wasserbausteine oder auch Gleisschotter aus den Gesteinsvorkommen des Grundgebirges. Der Güteschutz Naturstein mit seinen drei vertraglich gebundenen Prüfstellen versteht sich als Interessenvertretung für alle technischen Fragestellungen der Natursteinindustrie sowie als Vermittler zwischen Produzenten und Abnehmern. Darüber hinaus sind Wissensvermittlung und Schulung rund um die Aufbereitung und Verwendung von Naturstein im Rahmen der Technik-Seminare mit Besichtigung der Abbaustätten wichtige Ziele des Vereins.

Die Mitglieder des Güteschutzes setzen auch in Zukunft auf Zuverlässigkeit und Qualität. Darauf können sich Bauherren und Kunden verlassen!

Arbeitsschwerpunkte im Berichtszeitraum

- Erstellung und Verteilung der Broschüre „Qualität in Stein“ für die Öffentlichkeitsarbeit und Baustoffauswahl für den jeweiligen Verwendungszweck
- Forschung und Auslagerungsversuche zum Frost-Tausalz-Widerstand von Gesteinskörnungen aus Kalkgestein für Beton der Expositionsklasse XF2 nach DIN 1045-2
- Datensammlung zur Wasserempfindlichkeit von Füllern in Asphalt (Schüttelabrieb)
- Erstellung eines Güteschutz-Leitfadens „Hinweise zur Probenahme von Baustoffgemischen aus Naturstein auf Baustellen“
- Stellungnahme zu Normentwürfen sowie Neufassung ETV-StB-BW (Teil Asphalt)

Vorsitzender: Peter Rombold

Geschäftsführer: Kai Fischer

Mehr Informationen: www.gsnst-bw.de/



QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Der Qualitätssicherungssystem Recycling-Baustoffe Baden-Württemberg e.V. (QRB) wurde 2004 auf gemeinsame Initiative der Industrie, dem damaligen Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg (UVM) und der damaligen Landesanstalt für Umwelt (LUBW) gegründet und dient in erster Linie der Umsetzung des UVM-Erlasses „Vorläufige Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial“ vom 13. April 2004. Der QRB wurde vom Umwelt- und Verkehrsministerium als erste Gütegemeinschaft in Baden-Württemberg anerkannt und hat sich zur mitgliedstärksten Güteüberwachungsgemeinschaft für Recycling-Baustoffe in Baden-Württemberg entwickelt. Nach den QRB-Anforderungen produzierte Recycling-Baustoffe von QRB-Mitgliedern können als Produkte anerkannt und vertrieben werden. Stand heute haben sich 112 Unternehmen mit 142 Werken (davon 2 Fördermitglieder und 17 Prüfinstitute) dem QRB angeschlossen.

Ziel des QRB ersten Ranges ist es, RC-Baustoff-Hersteller kurzfristig in die Lage zu versetzen, mit ihren RC-Baustoffen Produktstatus zu erreichen. Hierzu leistet der QRB-Verein gemeinsam mit den Fremdüberwachungsinstituten, den Fachgremien und den durch QRB erstellten Leitfäden Hilfestellung. Wesentliches Element des QRB ist das QRB-Datenbanksystem mit Kartendarstellung im Internet. Kunden, Aufsichtsbehörden und Bürger können so über Unternehmen und Werke, die QRB-RC-Produkte anbieten, recherchieren und sich schnell ein Bild zum Status der Recycling-Werke im QRB machen. Mit der LUBW werden wie in der Satzung vereinbart, Statistiken über die Qualitäten der Recycling-Baustoffe ausgetauscht und bewertet. Die LUBW bestätigt: QRB-Betriebe produzieren überdurchschnittliche Qualität!

Arbeitsschwerpunkte des QRB im Berichtszeitraum:

- 4. Neuauflage und Verteilung der QRB-Broschüre mit Grußworten von Verkehrsminister Winfried Hermann und Umweltminister Franz Untersteller
- Intensive Normungsarbeit von Vorstandsmitgliedern und Geschäftsführer sowie den ständigen Beratern des QRB als Obmänner und Mitglieder in verschiedenen Gremien der Normungsausschüsse Wasserwesen (NAW), Gemeinschaftsausschuss Wasser/Bau (GA Bau) des DIN sowie in den europäischen (CEN) und internationalen (ISO) Gremien zur Standardisierung von Laborelutions- und Probenahmemethoden sowie intensive Mitarbeit in Fachgremien der FGSV
- Stellungnahme des QRB zum Entwurf der Mantelverordnung des BMU vom 31.10.2012 mit besonderem Fokus auf Probenahme und Güteüberwachung
- Fachgespräche mit Umweltministerium und Regierungspräsidien zur Überarbeitung der Vollzugshinweise zur Überprüfung von Bauschutt-Recyclinganlagen des UM vom April 2013
- Beteiligung in Fachbeiräten versch. UM-Forschungsprojekte

Vorsitzender: Eberhard Ludwig

Geschäftsführer: Dr. Bernd Susset

Mehr Informationen: www.qrb-bw.de



GREMIEN DES ISTE

Vorstand und Geschäftsführung des ISTE nach der Wahl am 8.4.2014 (v.l.n.r.): Hauptgeschäftsführer Thomas Beißwenger, Vizepräsident Peter Rombold, Präsident Peter Röhm, Vizepräsident Christian Knell und stellv. Hauptgeschäftsführer Heinz Sprenger

Peter Röhm,
Präsident des ISTE seit 8. Mai 2014



PRÄSIDIUM

VORSTAND

Präsident:
Peter Röhm, G. u. P. Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen

Vizepräsidenten:
Peter Rombold, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Ehrenpräsidenten:
Max Kern, Sinzheim
Dr. Rolf Mohr, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad
Hans-Martin Peter, Hermann Peter KG, Rheinau

PRÄSIDIUMSMITGLIEDER

Fachgruppe Gips/Gipsplatten:
Jörg Schanow, Knauf Gips KG, Iphofen
Stellv.: **Stefan Berwanger**, HeidelbergCement AG, Haßmersheim

Fachgruppe Kalk:
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren
Stellv.: **Peter Leifgen**, HeidelbergCement AG, Kalkwerk Istein

Fachgruppe Leichtbauplatten:
Eduard Schleicher, Schwenk Zement KG, Ulm

Fachgruppe Naturstein:
Peter Rombold, Rombold & Gfröhler GmbH & Co. KG, Ditzingen
Stellv.: **Hans-Martin Kübler**, Schotterwerk Johannes Mayer Betriebs-gesellschaft mbH, Rohrdorf

Fachgruppe Naturwerkstein:
Albrecht Lauster, Lauster Steinbau GmbH, Stuttgart

Fachgruppe Recycling-Baustoffe und Boden:
Christa Szenkler, Schäfter Schotter- und Mahlwerk GmbH & Co. KG, Öhringen
Stellv.: **Eberhard Ludwig**,

BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen

Fachgruppe Sand und Kies:
Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Alexander Dünkel**, Kieswerke Dünkel GmbH & Co., Schemmerhofen

Fachgruppe Steinzeug:
Rudolf Harsch, Süd-Keramik Verwaltungsgesellschaft mbH, Bretten

Fachgruppe Transportbeton:
Dr. Erwin Kern, BKG Transportbeton GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Oliver Mohr**, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad

Fachgruppe Zement:
Eduard Schleicher, Schwenk Zement KG, Ulm

Fachverband Beton- und Fertigteilewerke Baden-Württemberg e.V. (Korporatives Mitglied im ISTE):

Harald Sommer, Albert Regenold GmbH Baustoffwerk, Bühl
Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Rohstoffpolitik:
Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Hans-Martin Peter**, Hermann Peter KG, Rheinau

Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses:
Martin Kronimus, Kronimus AG, Iffezheim
Stellv.: **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen

BEIRAT DES ISTE

FACHGRUPPE GIPS

Regierungsbezirk Freiburg: **n.n.**

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Stefan Berwanger, HeidelbergCement AG, Haßmersheim

Regierungsbezirk Stuttgart:
Hannelore Schönebaum, Saint-Gobain Rigips GmbH, Herrenberg

Regierungsbezirk Tübingen: **n.n.**

FACHGRUPPE KALK

Regierungsbezirk Freiburg:
Peter Leifgen, HeidelbergCement AG, Efringen-Kirchen
Stellv.: **Thomas Hauri**, Hans G. Hauri KG, Bötzingen

Regierungsbezirk Karlsruhe: **n.n.**

Regierungsbezirk Stuttgart: **n.n.**
Regierungsbezirk Tübingen:
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren

FACHGRUPPE NATURSTEIN

Regierungsbezirk Freiburg:
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Stellv.: **Armin Ossola**, Ossola GmbH, Kappelrodeck

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Hans Ulmer, Natursteinwerke im Nord-schwarzwald NSN GmbH & Co. KG, Mühlacker
Stellv.: **Thomas Karcher**, Kies & Beton AG Baden-Baden, Baden-Baden

Regierungsbezirk Stuttgart:
Ralf Jessberger, Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen
Stellv.: **Baptist Schneider**, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen:
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Stellv.: **Dieter Rösch**, Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen-Feldstetten

FACHGRUPPE SAND UND KIES

Regierungsbezirk Freiburg:
Michael Peter, Hermann Peter KG, Rheinau-Freistett
Stellv.: **Daniel Hackenjos**, Artur Uhl Kies- und Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Dr. Martin Kern, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Wolfgang Krieger**, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach



Regierungsbezirk Stuttgart:
Peter Röhm, G. u. P. Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen
Stellv.: **Benedikt Fahrland**, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Regierungsbezirk Tübingen:
Norbert Schmid, Kies- und Schotterwerk Müller GmbH & Co., Ostrach
Stellv.: **Alexander Dünkel**, Kieswerke Dünkel GmbH & Co., Schemmerhofen

FACHGRUPPE NATURWERKSTEIN

Regierungsbezirk Freiburg: **n.n.**

Regierungsbezirk Karlsruhe: **n.n.**

Regierungsbezirk Stuttgart:
Thomas Hippelein, Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf

Regierungsbezirk Tübingen: **n.n.**

FACHGRUPPE RECYCLING-BAUSTOFFE UND BODEN

Regierungsbezirk Freiburg:
Lucia Rehm, SEBA Sekundärbaustoff-GmbH, Lottstetten

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Christiane Ritter, BWG Baustoff-Wiederaufbereitungs GmbH & Co. KG, Baden-Baden

Regierungsbezirk Stuttgart:
Baptist Schneider, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim

Regierungsbezirk Tübingen:
Eberhard Ludwig, BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON

Regierungsbezirk Freiburg:
Hans-Martin Peter, Hermann Peter KG, Rheinau
Stellv.: **Alexander Hackenjos**, TBW Transportbetonwerk Umkirch GmbH, Freiburg

Regierungsbezirk Karlsruhe:
Thomas Karcher, Rudolf Peter GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Stellv.: **Norbert Eichhorn**, Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart:
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Stellv.: **Petra Ulmer**, Transportbetonwerk Hirschlanden GmbH & Co. KG, Ditzingen

Regierungsbezirk Tübingen:
Oliver Mohr, Meichle & Mohr GmbH, Immenstaad
Stellv.: **Christoph Ramsperger**, tbu Transport-Beton-Union GmbH & Co. KG, Bad Dürkheim

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG BETONPUMPEN)
Christian Klafsky, Betonpumpenunion GmbH & Co. KG, Ulm

FACHGRUPPE TRANSPORTBETON (ABTEILUNG MÖRTEL)
Michael Gieding, Heidelberger Beton GmbH, Heidelberg

FACHGRUPPE ZEMENT

Regierungsbezirk Freiburg: **n.n.**
Regierungsbezirk Karlsruhe:
Christian Knell, HeidelbergCement AG, Heidelberg

Regierungsbezirk Stuttgart: **n.n.**

Regierungsbezirk Tübingen: **n.n.**

FACHVERBAND BETON- UND FERTIGTEILEWERKE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (FBF) **n.n.**

RECHNUNGSPRÜFER DES ISTE

Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Klaus Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz

Der Ausschuss für Umwelt- und Rohstoffpolitik des ISTE auf der Baustelle des Schiefererlebnisses Dormettingen 2014

Von Vize zu Vize:
Christian Knell bedankt sich bei Eduard Schleicher (links) für 15-jährige Tätigkeit im ISTE-Vorstand.



GESCHÄFTSSTELLE

Hauptgeschäftsführer:
Thomas Beißwenger, Dipl.-Biologe
Stellvertretender Hauptgeschäftsführer:
Heinz Sprenger, Rechtsanwalt

Referenten:
Dr. Michael Aufrecht, Dipl.-Ingenieur
Lothar Benzel, Dipl.-Ingenieur
Dr. Leyla Chakar, M. Eng.
Kai Fischer, Dipl.-Ingenieur
Arne Hilt, Rechtsassessor
Manuel Sedlak, Dipl. Wirtschaftsjurist
Dr. Bernd Susset, Dipl.-Geologe

Sekretariate/Assistenz:
Lena Ditzenbach, B. Eng.
Sylvia Fischer
Doris Marquardt
Sabrina Miller, DHBW-Studentin
Gudrun Müller
Anne Spießhofer
Karina von Ostrowski
Karin Zeh

STÄNDIGE AUSSCHÜSSE DES ISTE

AUSSCHUSS FÜR UMWELT- U. ROHSTOFFPOLITIK

Vorsitzender: **Dr. Martin Kern**, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim
Stellv.: **Hans-Martin Peter**, Hermann Peter KG Baustoffwerke, Rheinau

Günther Assenheimer, SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken
Andreas Drewing, Kieswerk Tullius GmbH & Co. KG, Salem
Helmut Eitelbuß, Baresel GmbH & Co. KG, Ehningen

Benedikt Fahrland, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Dr. Gerhard Friedel, HeidelbergCement Technology Center GmbH, Leimen
Daniel Hackenjos, Artur Uhl Kies- und Schotterwerk GmbH & Co. KG, Breisach am Rhein



Der ISTE-Ausschuss für Tarifpolitik im April 2013

Dr. Christoph Heim, Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG, Oberstdorf
Frank Hippelein, Schön + Hippelein GmbH & Co. KG, Satteldorf
Andreas Junginger, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Gräfin Susanne Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Michael B. Knobel, KVG GmbH Kieswerke, Tief- und Strassenbau, Hartheim
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Hans-Martin Kübler, TBG Transportbeton Nagoldtal GmbH & Co. KG, Ebhausen
Dr. Helge List, Valet u. Ott GmbH & Co. KG, Mengen-Rulfingen
Walter Minst, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Oliver Mohr, Geisinger Kalkstein Schotterwerk GmbH & Co. KG, Donaueschingen
Frank Nusser-Jungmann, Eckle GmbH, Langenau
Prof. Dr. Matthias Reimann, Knauf Gips KG, Iphofen
Christiane Ritter, EKS Eugen Kühl und Söhne GmbH & Co. KG, Baden-Baden
Steffen Ritter, Heinrich Krieger KG, Neckarsteinach
Dr. Markus Schauer, Schwenk Zement KG, Ulm
Bernd Schönebeck, Nord-Moräne-Kieswerke GmbH & Co. KG, Krauchenwies
Jürgen Schumann, Friedrich Schumann GmbH, Vellberg
Bruno Schwendemann, Vogel-Bau GmbH, Lahr
Christa Szenkler, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
 Ständige Gäste
Gerd Allgaier, Kieswerk Ravensburg GmbH & Co. KG, Salem
Pascal Bunk, Knauf Gips KG, Iphofen
Axel Dörr, Dörr Ingenieurbüro GbR, Leinfelden-Echterdingen
Jörn Ebeling, Heidelberger Sand und Kies GmbH, Waghäusel-Wiesental
Michael Giner, Heinrich Teufel GmbH & Co. KG, Straßberg

Hannes Grafmüller, Grafmüller GmbH, Zell am Harmersbach
Thomas Hinderhofer, Kies- und Schotterwerke Müller GmbH & Co. KG, Ostrach
Dr. Rolf Mohr, Meichle + Mohr GmbH, Immenstaad
Heiner Rohr, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Sebastian Striebel, Wilhelm Bohnert GmbH & Co. KG, Ottenhöfen
Dr. Ulrich Tränkle, AG.L.N. Landschaftsplanung und Naturschutzmanagement, Blaubeuren
Tino Villano, Lafarge Zement Wössingen GmbH, Walzbachtal
Dr. Stephan Zimmer, arguplan GmbH Beratung Planung Gutachten, Karlsruhe

SOZIALPOLITISCHER AUSSCHUSS

Vorsitzender: **Martin Kronimus**, KRONIMUS AG Betonsteinwerke, Iffezheim
 Stellv.: **Jörg Schanow**, Knauf Gips KG, Iphofen
Mirko Börner, Heidelberger Beton Karlsruhe GmbH & Co. KG, Karlsruhe
Edeltraud Guse, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Martin Huthmacher, TBR Frischbeton Stuttgart GmbH & Co. KG, Stuttgart
Gerhard Kaminski, Schwenk Zement KG, Ulm
Andreas Kern, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Hartmut Koch-Czech, Eduard Merkle GmbH & Co. KG, Blaubeuren-Altental
Hans-Georg Kraut, HeidelbergCement AG, Schelklingen
Christof Leuchtnr, Kronimus AG Betonsteinwerke, Iffezheim
Elisabeth Minst-Bailer, SWK Schotterwerk Kirchen GmbH & Co. KG, Munderkingen
Matthias Neumann, Monier Braas GmbH, Oberursel
Armin Ossola, Ossola GmbH, Kappelrodeck-Waldulm
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Christiane Sämman-Welschenbach, Sämman Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Heinz Schlecht, RMKS Rhein Main Kies und Splitt GmbH & Co. KG, Meißenheim

Petra Ulmer, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Klaus Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz
Christoph Wiedenmann, tbl Transportbeton Leutkirch GmbH & Co. KG, Leutkirch
Patrick Wieland, Hauraton GmbH & Co. KG, Rastatt
Thomas Zehlicke, EBRD Erdaushub und Bauschutt Recycling und Deponie GmbH & Co. KG, Bretten
Alexander Zimmermann, Heidelberger Sand und Kies GmbH, Heidelberg
 Ständige Gäste
Gräfin Susanne Kesselstatt, J. Friedrich Storz Baustoffe GmbH & Co. KG, Tuttlingen
Dr. Christian Körber, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Dr. Ulrich Lotz, Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden-Württemberg e.V., Ostfildern
Sibylle Nowatius, LAFARGE Zement Wössingen GmbH, Walzbachtal
Harald Sommer, Albert Regenold GmbH, Bühl

ARBEITSKREIS ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Hagen Aichele, Holcim Kies und Beton GmbH Marktgebiet Stuttgart, Stuttgart
Jörg Bayer, E. Bayer Baustoffwerke GmbH & Co. KG, Esslingen
Heike Flickinger, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Michael B. Knobel, KVG GmbH, Kieswerke, Tief- und Strassenbau, Hartheim
Klaus Rinderspacher, Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Hechingen
Peter Röhm, G+P Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen
Dieter Rösch, Rösch Söhne GmbH & Co. KG, Laichingen
Jochen Sämman, Sämman Stein- und Kieswerke GmbH & Co. KG, Mühlacker
Gramatiki Satslidis, Fachverband Beton- und Fertigteilwerke Baden- Württemberg e.V., Ostfildern
Sabine Schädle, Holcim (Süddeutschland) GmbH, Dotternhausen
Elke Schöning, HeidelbergCement AG, Heidelberg
Wolfram Skokan, Heidelberger Sand und Kies GmbH, Durmersheim



Vorstand und Geschäftsführung des QRB

ISTE-Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit im Oktober 2013

AD HOC AUSSCHÜSSE

ARBEITSKREIS TECHNISCHE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER FACHGRUPPE SAND UND KIES

Patricia Brunner, RHENO Kies und Splitt AG, Birsfelden
Uwe Dietz, KVB Kies – Vertrieb GmbH & Co. KG, Karlsdorf-Neuthard
Wolfgang Engler, SKV Sand-Kiesvertrieb Ulm GmbH & Co. KG, Langenau
Dr. Volker Hartmann, SW Kies GmbH & Co. KG, Iffezheim
Peter Röhm, G. u. P. Röhm & Söhne GmbH & Co. KG, Wendlingen
Thomas Rühl, OMK Oberschwaben Moräne-Kies GmbH & Co. KG, Ostrach
Michael Schmitz, Daniel Schulz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim
Thorsten Volkmer, KBI Kieswerk und Baustoff-Industrie Kern GmbH & Co. KG, Iffezheim

ARBEITSKREIS TECHNIK UND QUALITÄT DER FACHGRUPPE NATURSTEIN / GÜTESCHUTZ NATURSTEIN

Walter Balbach, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Joachim Burckhardt, SWM Schotterwerke Markgröningen GmbH & Co. KG, Markgröningen
Benedikt Fahrland, Heinrich Mertz Kies- und Sandwerke GmbH & Co. KG, Stuttgart
Klaus Huppert, Jakob Bauer Söhne GmbH & Co. KG, Erkenbrechtsweiler
Thomas Karcher, Hartmann GmbH & Co. KG, Mauer
Dietmar Körner, EKG mineral Handelscontor GmbH & Co. KG, Winnenden
Hans-Martin Kübler, Schotterwerk Johannes Mayer Betriebsgesellschaft mbH, Rohrdorf
Wolfgang Maier, c/o Karl Fischer GmbH & Co. OHG, Weilheim an der Teck
Wolfgang Moeck, Alfred Moeck KG, Lenningen
Peter Rombold, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
Michael Schmitz, Oberrhein-Handels-Union GmbH & Co. KG, Iffezheim

Baptist Schneider, bmK Steinbruchbetriebe GmbH & Co. KG, Talheim
Dieter Veigel, Gebr. Zimmermann GmbH, Vaihingen/Enz-Roßwag
Martin Weiß, Paul Kleinknecht GmbH & Co. KG, Kupferzell
Dr. Martin Westermann, SHB Schotterwerke Hohenlohe-Bauland GmbH & Co. KG, Osterburken

ARBEITSKREIS GISINFOSERVICE

Dr. Theodor Roppelt, Rohrdorfer Sand und Kies GmbH Deutschland, Rohrdorf
Dr. Markus Schauer, Schwenk Zement KG, Ulm
Günther Müller, Koch GmbH & Co. KG Kieswerk und Transporte, Metzingen
Stefan Giese, in medias res GmbH, Freiburg
Katja Schaber-Mohr, Steine und Erden Service Gesellschaft SES GmbH
 Darüber hinaus alle Nutzer der Basis-Version der Verbände sowie Nutzer des Grundstücksmoduls Plus und Server.

IN PERSONALUNION BETREUTE ORGANISATIONEN

BAUSTOFFPRÜFGESELLSCHAFT MBH

Geschäftsführer: **Dr. Michael Aufrecht, Heinz Sprenger, Markus Zimmermann**

BAUSTOFFÜBERWACHUNGS- UND ZERTIFIZIERUNGSVERBAND BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender: **Lorenz Krieger**, Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm

Geschäftsführer: **Dr. Michael Aufrecht, Heinz Sprenger**

DIE BAU- UND BAUSTOFFZERTIFIZIERER BÜV-QMB-ZERT GBR

Vorsitzende: **Lorenz Krieger**, Heinrich Krieger und Söhne KG, Neckarsulm
Siegfried Röser, GmbH & Co. KG, Obersontheim

Geschäftsführer: **Dr. Ulrich Lotz, Dr. Michael Aufrecht**

FLÄCHENAGENTUR BADEN-WÜRTTEMBERG GMBH

Geschäftsführer: **Thomas Beißwenger, Manfred Fehrenbach, Bernhard Kübler**
 Prokurist: **Manuel Sedlak**
 Projektleiter: **Marcus Haas, Katrin Büttner**

GÜTESCHUTZ NATURSTEIN BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.

Vorsitzender: **Peter Rombold**, Rombold & Gfröhrer GmbH & Co. KG, Ditzingen
 Geschäftsführer: **Kai Fischer**

QUALITÄTSSICHERUNGSSYSTEM RECYCLING-BAUSTOFFE BADEN-WÜRTTEMBERG E.V. (QRB)

Vorsitzender: **Eberhard Ludwig**, BRS Baustoff-Recycling Sigmaringen GmbH, Villingen-Schwenningen
 Geschäftsführer: **Dr. Bernd Susset**

STEINE UND ERDEN SERVICE GESELLSCHAFT SES GMBH

Geschäftsführer: **Thomas Beißwenger**
 Prokuristin: **Doris Marquardt**

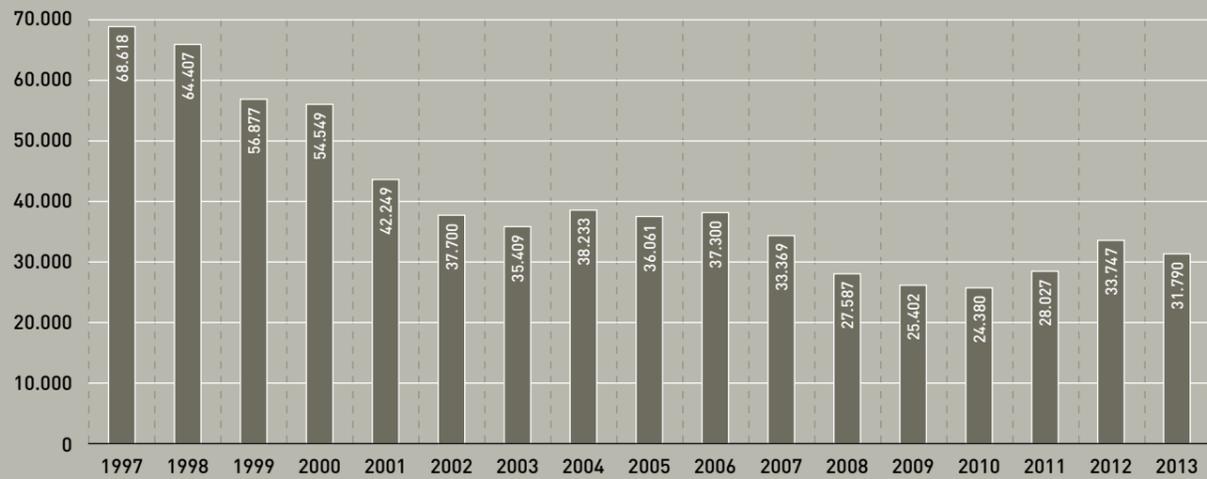
VERBANDSHAUS DER BAUSTOFF-INDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG GBR

Geschäftsführer: **Heinz Sprenger, Dr. Ulrich Lotz**

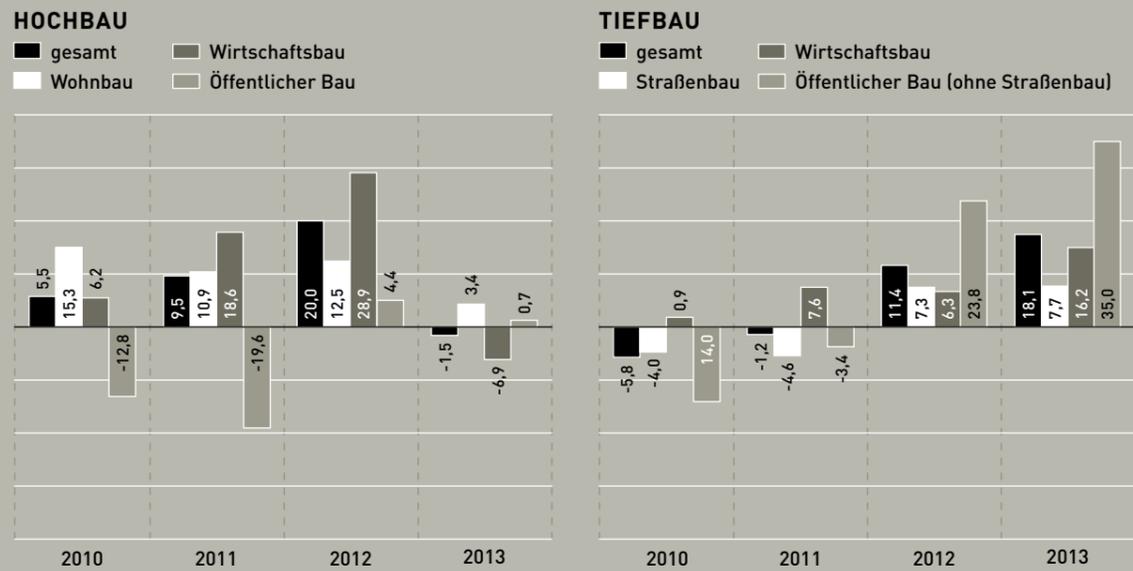
ISTE-VERTRETER AUF BUNDES- UND EU-EBENE

Die umfangreiche Liste der ehren- und hauptamtlichen Vertreterinnen und Vertreter des ISTE finden Sie unter www.iste.de im Internet.

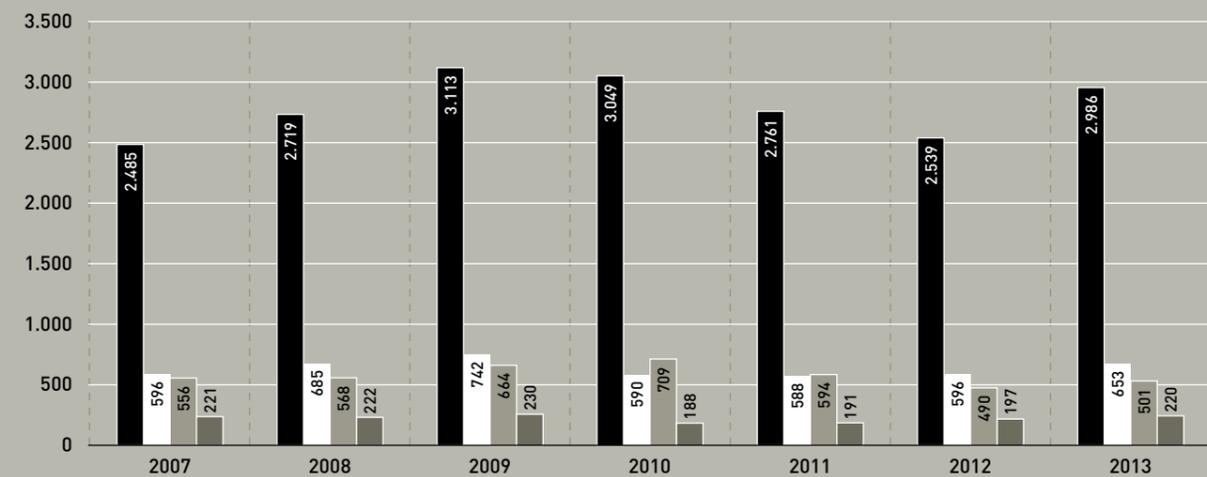
BAUFERTIGSTELLUNGEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



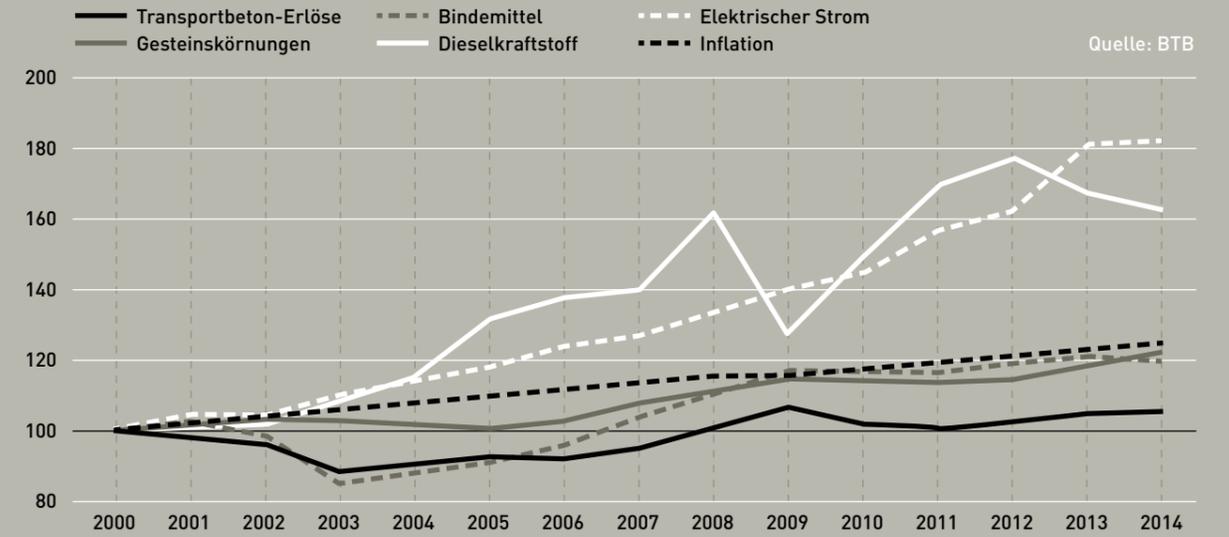
AUFTRAGSEINGÄNGE IN BADEN-WÜRTTEMBERG
Veränderung der kumulierten Zahlen gegenüber Vorjahr in Prozent Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



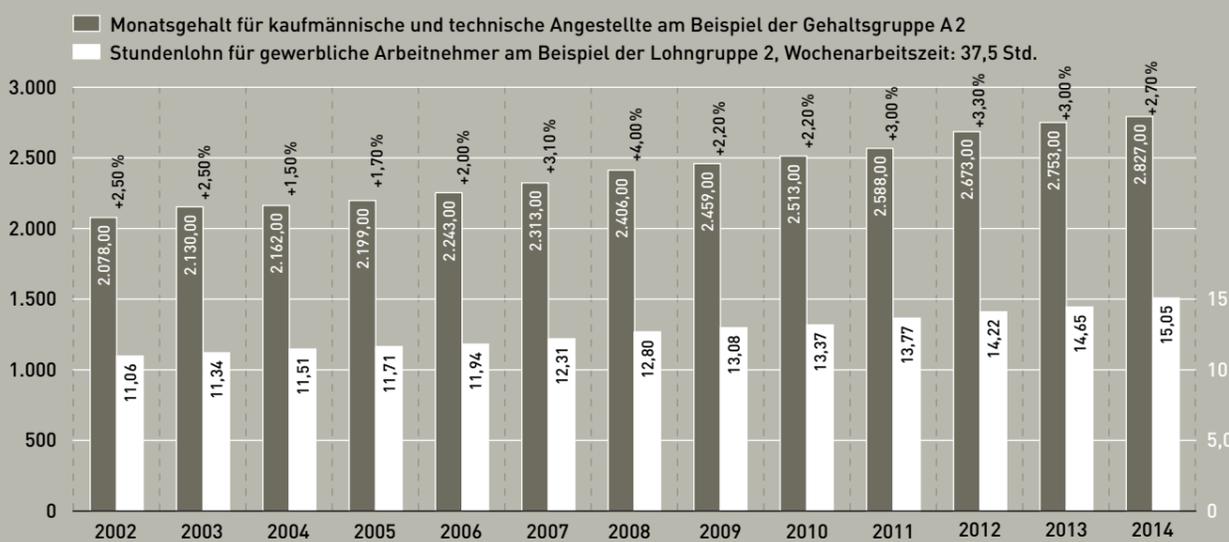
KOMMUNALE AUSGABEN FÜR BAUMASSNAHMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG in Mio. Euro Quelle: Statistisches Landesamt Ba-Wü



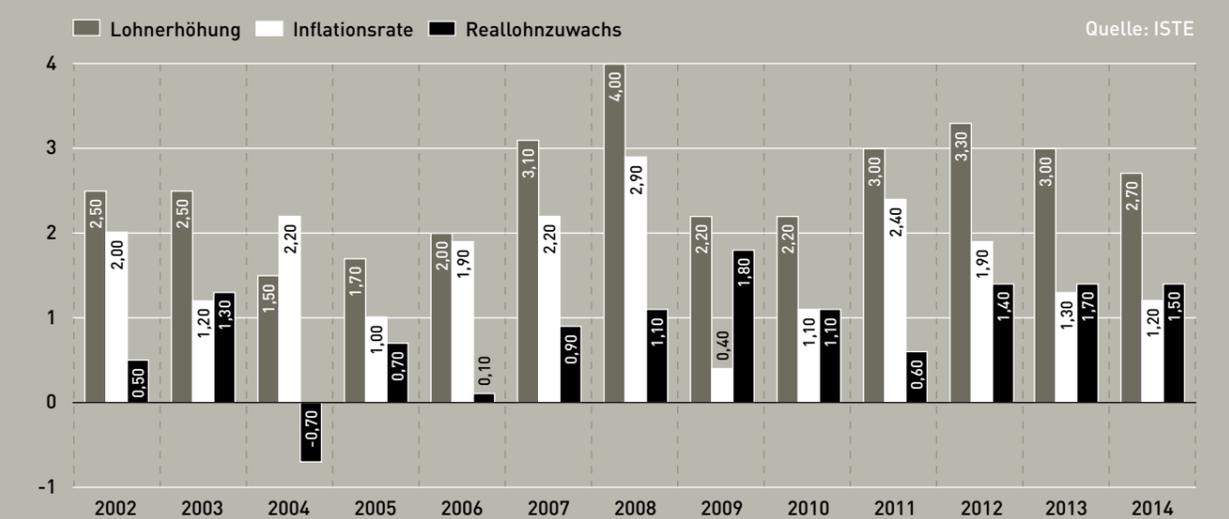
KOSTENINDEX TRANSPORTBETON 2000 = 100 Prozent Quelle: BTB



TARIFLICHE MONATSGEHÄLTER UND STUNDENLÖHNE IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro Quelle: ISTE



LOHNERHÖHUNG UND REALLOHNZUWACHS IN DER STEINE- UND ERDENINDUSTRIE BADEN-WÜRTTEMBERG in Euro Quelle: ISTE



IMPRESSUM

Herausgeber

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Verantwortlich

Thomas Beißwenger, Hauptgeschäftsführer

Inhaltliche Bearbeitung

Dr.-Ing. Michael Aufrecht
Dipl.-Biol. Thomas Beißwenger
Dipl.-Ing. Lothar Benzel
Dr.-Ing. Leyla Chakar
Dipl.-Ing. Kai Fischer
Rechtsassessor Arne Hilt
Gramatiki Satslidis, FBF (Wohnungsbaupolitik)
Dipl.-Geol. Katja Schaber-Mohr (GisInfoService)
Dipl.-Wirtsch. jur. Manuel Sedlak
RA Heinz Sprenger
Dr. rer. nat. Bernd Susset, Dipl.-Geol.

Redaktionelle Bearbeitung

Lena Ditzenbach, Sylvia Fischer, Doris Marquardt, Gudrun Müller,
Anne Spießhofer, Karina von Ostrowski, Karin Zeh

Bilder

Bahnprojekt Stuttgart-Ulm e.V., BetonmarketingSüd GmbH,
Herbert Boettcher, Bündnis 90/Die Grünen, Haußmann Pressedienste,
Fotolia, Vogel-Bau, F.+J. Minthe GmbH & Co. KG, FBF,
Flächenagentur BW, HeidelbergCement AG, ISTE, Knauf Gips KG, KVB,
Fa. Liebherr, LGRB, Ministerium für Finanzen und Wirtschaft BaWü,
MIRO, NABU BW, Nationalpark Schwarzwald, Benjamin Pütter,
Regierungspräsidium Tübingen, Simon Schuler,
Schwenk Zement KG, Stadt Freiburg, Stadt Stuttgart, Stadt Tübingen,
Umweltakademie Baden-Württemberg, TU München

Gestaltung

xxdesignpartner, Stuttgart

Druck

Offizin Scheufele, Stuttgart

Berichtszeitraum

16. April 2013 – 15. Mai 2014

© 2014

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Industrieverband Steine und Erden
Baden-Württemberg e.V. (ISTE)

Haus der Baustoffindustrie
Gerhard-Koch-Straße 2
73760 Ostfildern/Scharnhauser Park
Tel. 0711 32732-100, Fax -127
verband@iste.de
www.iste.de

